



Parlamentssitzung vom 16.06.2025

Protokoll

19:00 – 22:30 Uhr

Vorsitz

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident

Parlamentsbüro

Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsidentin
Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Franziska Adam (SP Frauen)
Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Kathrin Gilgen (SVP)
Jutta Gubler (SP Frauen)
Janka Hamm (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)
Roland Hofer (SVP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)
Mark Kobel (FDP)

Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Arlette Münger (SP Frauen)
Klaus von Muralt (Grüne)
Sladjan Petrovic (Die Mitte)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Roger Tanner (GLP)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)

PAR 2025/37

Traktandenliste und Mitteilungen

Beschluss

1. Traktandenliste

Beschluss

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 5. Mai 2025

Beschluss

2. Jahresbericht 2024, Jahresrechnung und Verwaltungsbericht

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

3. Personalreglement, Teilrevision

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

4. V2502 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Digitaler Parlamentsbetrieb zur Stärkung der politischen Teilhabe"

Beantwortung; Parlamentsbüro

5. Verschiedenes

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Ich begrüsse euch ganz herzlich zu unserer voraussichtlich letzten Parlamentssitzung vor der Sommerpause. Wir haben heute drei inhaltliche Traktanden und in fünf Tagen ist der längste Tag des Jahres und in Anbetracht dieser zwei Tatsachen erscheint es uns als realistisches Ziel, dass wir so fertig sind, dass wir später noch bei Sonnenlicht zusammen anstossen können.

Ich gebe die Geburtstage prospektiv bis zur voraussichtlich nächsten Sitzung vom 18. August bekannt: In dieser Zeit Geburtstag haben Ronald Sonderegger, Katja Streiff, Hansueli Pestalozzi, Laura Hoffmann, Isabelle Steiner, Florian Moser, Matthias Müller, Andrea Winzenried, Thomas Marti, Lukas Erni und Christine Müller. Ihr findet den Parlaments-Pin vor euch auf eurem Pult. Einige von euch haben auch eine Schokolade auf dem Pult. Wir hatten ein logistisches Problem, darum haben nicht alle eine Schokolade, wir holen dies das nächste Mal nach.

Dann komme ich noch zu einem Glückwunsch: Tanja Bauer, ich gratuliere dir im Namen des Parlaments herzlich zu deiner Hochzeit vom vergangenen Freitag. Ich wünsche dir und David alles Gute für euren gemeinsamen Weg.

Dann ein Hinweis zur Beantwortung der Anfrage V2507 "Jungbürgerfeier in der Gemeinde Köniz": Die Beantwortung dieser Anfrage wurde euch per Mail zugestellt und am 22. Mai gemeinsam mit der Traktandenliste und den Unterlagen für die heutige Sitzung auf der Webseite publiziert. Eine Anfrage wird gemäss der neuen Regelung nicht im Parlament traktandiert.

Dann komme ich zu den Entschuldigungen: Heute abgemeldet haben sich Sara Gasser, Corina Burren und Bülent Celik. Toni Eder kommt 30 Minuten später. Es sind 36 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig.

Der elektronische Aktenversand fand am 21. Mai statt, der postalische Aktenversand am 22. Mai. Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 5. Mai ist seit 3. Juni online.

Wir kommen zum Traktandum 1, zur Traktandenliste. Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall, somit erkläre ich die Traktandenliste als genehmigt.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/38

Protokoll der Parlamentssitzung vom 5. Mai 2025 Beschluss

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 5. Mai 2025 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/39

Jahresbericht 2024; Jahresrechnung und Verwaltungsbericht Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Die Gliederung der Bilanz, der Erfolgsrechnung wie auch der Kennzahlen richtet sich nach den kantonalen Vorgaben für die Buchung und Erstellung der Jahresrechnung nach HRM2.

Der Jahresbericht 2024 wird neu in zwei Teilen erstellt; dem Teil Finanzen (Rechnung) sowie dem Teil Produktgruppen (Verwaltungsbericht), inkl. Anhang mit Statistiken und Zahlen.

2. Wichtigste Erläuterungen

Der Steuerhaushalt der Gemeinde Köniz schliesst mit einem Ertragsüberschuss von rund 3.5 Mio. CHF ab. Die Einlage in die finanzpolitische Reserve beträgt 0.7 Mio. CHF. Der Bilanzüberschuss beläuft sich nun auf rund 24.1 Mio. CHF. Das Ergebnis erlaubt es der Gemeinde wieder die Schulden leicht abzubauen. Köniz kann die hohe Schuldenlast, die bereits in den Jahren 2021 und 2022 stabilisiert werden konnte, zum zweiten Mal in Folge um weitere 5 Mio. CHF auf 364 Mio. CHF reduziert.

Zum guten Ergebnis beigetragen haben die erfreuliche Entwicklung bei den Steuereinnahmen und der Heimfall des Areals Platten. Beim Aufwand fallen die höheren Zahlungen in den Lastenausgleich Soziales ins Gewicht (+1.8 Mio. CHF). Auch für Arbeiten im Unterhalt wurde mehr ausgegeben als budgetiert (+1.1 Mio. CHF). Das bedeutet, dass die Gemeinde den grossen Nachholbedarf, der im Bereich Unterhalt der Immobilien besteht, beispielsweise der Schulanlagen, in einem bedeutenden Umfang angehen konnte. Bedingt durch Rückstellungen für zurückgetretene bzw. zurücktretende Gemeinderäte (CHF +0.7 Mio.) sowie der Erhöhung von Rückstellungen für Ferien und Gleitzeit (CHF +0.2 Mio.; Aufnahme Mitarbeiter:innen mit Jahresarbeitszeiten) sowie neuen Stellen und markbedingten Neueinrichtungen, liegen die Personalkosten um ca. CHF 1.9 Mio. über Budget)

Die Investitionen hingegen konnte die Gemeinde nicht im vorgesehenen Masse umsetzen, sie blieben unter den Erwartungen. Köniz hat 2024 Investitionen in Höhe von 16.9 Mio. CHF realisiert.

Investiert wurde hauptsächlich in die Sanierung und Erweiterung der Schulanlagen, den Strassenwert-erhalt und den öffentlichen Verkehr (siehe hierzu auch Punkt 3 strategische Kennzahlen).

Der Bilanzüberschuss ist um 3.5 Mio. auf rund 24 Mio. CHF angewachsen. Diese positive Entwicklung muss jedoch relativiert werden: Gemäss Finanzplan (IAFP) wird für 2025 und 2026 jeweils ein Defizit erwartet. Ein Grund dafür sind die im November 2024 von der Stimmbevölkerung genehmigten Ausgaben in Höhe von 8 Mio. CHF in Zusammenhang mit der neugegründeten Stiftung Schloss Köniz (Einschuss ins Stiftungskapital und Sanierung Ritterhuus).

Mit dem Klimaschutzreglement hat die Gemeinde 2023 eine neue Spezialfinanzierung «Klimaschutz» geschaffen. Der Gemeinderat hat beschlossen, einen Teil des Ergebnisses in diese Spezialfinanzierung Klimaschutz einzulegen, um mit den zusätzlichen Mitteln zielgerichtet Massnahmen für den Klimaschutz finanzieren zu können.

3. Strategische Kennzahlen

Strategische Kennzahl	Zielgrösse	Interventionsgrenze	Stand 2024
Ziel 1: Bilanzüberschuss (inkl. Finanzpol. Reserve)	Minimal 1 Steuerzehntel	Kleiner oder gleich 1 Steuerzehntel	CHF 24.0 Mio.
Ziel 2: Bruttoverschuldungsanteil	Maximal 200 %	250 %	144.6 %
Ziel 3: Investitionsanteil	15 %	< 10 %	7.02 %
Ziel 4: Nettoschuld pro Einwohner:in	Maximal CHF 4'000	CHF 6'000	CHF 2'871
Ziel 5: Steueranlage	Maximal 1.58	> 1.58	1.58

Die strategischen Kennzahlen befinden sich grösstenteils auf Kurs. So konnte der Bilanzüberschuss erhöht, der Bruttoverschuldungsanteil sowie die Nettoschuld pro Einwohner:in reduziert bzw. verbessert werden.

Der Investitionsanteil liegt aber unter der Interventionsgrenze. In diesem Fall ist der Gemeinderat gemäss geltender Finanzstrategie aufgefordert Massnahmen zu ergreifen. Der Investitionsanteil kann stark variieren. Wie bereits erwähnt, wirken sich Verzögerungen bei grossen Investitionen wie z.B. beim Schulhausbau Morillion in dieser Kennzahl negativ aus. Daher hat der Gemeinderat beschlossen die Ressourcen bei BSS und IMMO zu überprüfen. Gleichzeitig wird mit der strategischen Bildungsraumplanung ein Instrument geschaffen, welches den zukünftigen Bedarf frühzeitig und transparent aufzeigt. Mit diesen Massnahmen will der Gemeinderat den Investitionsanteil verbessern.

4. Nachkredite

Im Kapitel 1.7 des Jahresberichtes Finanzen werden die Nachkredite in der Zuständigkeit des Parlaments von CHF 4'265'587.19 aufgeführt.

Bei den gebundenen Nachkrediten handelt es sich grundsätzlich um Sachverhalte wie z.B. Einlagen in Spezialfinanzierung, interne Verrechnungen, gesetzliche Vorgaben wie FILAG etc. Nachkredite sind ein notwendiges Instrument um den betrieblichen Ablauf sicherstellen zu können. Sie führen nicht zwingend zu einer zusätzlichen Belastung des Ergebnisses, da andere Kredite im Gegenzug nicht ausgeschöpft werden.

Nachkredite in Kompetenz des Parlaments (CHF 4'265'587.19):

- 1600.3893 CHF 3'000'000.00 Einlage in Vorfinanzierung des Eigenkapitals (Klimafonds)
- 3600.3113 Hardware CHF 223'643.96, im IVP eingeplant, Systemwechsel mit Aktivierung noch nicht vollumfänglich umgestellt, notwendiges Konzept in Erarbeitung
- 3620.3130 CHF 226'731.41 Dienstleistungen Dritter, Mehraufwände bei Transportkosten durch grössere Anzahl Kinder, Fahrten und entsprechenden Planungsaufwand

- 3750.3144 Unterhalt Hochbauten, Gebäude CHF 612'600.13, Provisorium Oberwangen und aufgestauter Unterhaltsbedarf bei diversen Schulanlagen
- 4500.3131 Planungen und Projektierungen Dritter CHF 202'611.69 diverse Machbarkeitsstudien wie für Verwaltungsstandorte, Sensematt (Tierkörpersammelstelle) und Bellevuestrasse (baurechtliche Analyse).

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2024:

Konto		Betrag
1600.3893	Einlage in Vorfinanzierung des EK (Klimafonds)	CHF 3'000'000.00
3600.3113	Hardware	CHF 223'643.96
3620.3130	Dienstleistungen Dritter	CHF 226'731.41
3750.3144	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	CHF 612'600.13
4500.3131	Planungen und Projektierungen Dritter	CHF 202'611.69
	Total Nachkredite Parlament	CHF 4'265'587.19

2. Das Parlament genehmigt den Jahresbericht 2024, bestehend aus:

2.1 Jahresbericht 2024 Finanzen, der bei Aufwendungen von CHF 259'963'278.54 und Erträgen von CHF 263'491'919.01 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3'528'640.47 abschliesst (Ergebnis im allgem. Haushalt / Steuerhaushalt CHF 3'495'875.31), wie auch die Bestandesrechnung die per 31. Dezember 2024 mit Aktiven und Passiven von je CHF 514'041'800.78 abschliesst.

2.2 Jahresbericht 2024 Produktgruppen (Verwaltungsbericht).

Köniz, 14. Mai 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Jahresbericht 2024 Finanzen (Jahresrechnung)
- 2) Jahresbericht 2024 Produktgruppen (Verwaltungsbericht)
- 3) Jahresbericht 2024 Produktgruppen mit Zahlen und Statistiken (Web-Version)

Diskussion

Präsidentin Finanzkommission, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Die Begutachtung und Prüfung der Jahresrechnung gehört zu den Kernaufgaben der Finanzkommission. Im Namen der Finanzkommission danke ich der Verwaltung und dem Gemeinderat herzlich für die gut strukturierte und übersichtliche Jahresrechnung 2024. Die angepasste Darstellung in zwei Teilen ist anschaulich und informativ. Wir anerkennen die Arbeit und den Einsatz, der dahintersteckt.

An der Schlussbesprechung der Revisionsstelle ROD haben ich, Präsidentin der Finanzkommission, sowie Florian Moser, Vizepräsident der Finanzkommission, teilgenommen. Die Revisionsstelle stellte grundsätzlich fest, dass die Anforderungen erfüllt sind und keine mit der Unabhängigkeit der Revisionsstelle nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

Das Rechnungswesen der Gemeinde Köniz wird umsichtig und sorgfältig geführt. Es wird den Verantwortlichen ein hohes Qualitätsbewusstsein attestiert. Die gute Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen in der Verwaltung wurde verdankt.

Im Namen der Finanzkommission informiere ich euch nun über den eigentlichen Inhalt der Jahresrechnung:

Der Steuerhaushalt schliesst nach Einlage in die Spezialfinanzierung Klimafonds von CHF 3.4 Mio. sowie in die finanzpolitische Reserve von CHF 0.7 Mio. mit einem Ertragsüberschuss von knapp CHF 3.5 Mio. ab. Das ist wiederum ein positives Ergebnis.

Die spezialfinanzierten Haushalte schliessen mit einem leichten Plus von knapp CHF 33'000 ab. Dieses Resultat liegt aber deutlich unter dem erwarteten Budgetwert von CHF 0.7 Mio.

Alles in allem resultiert nun ein kumulierter Bilanzüberschuss von CHF 24 Mio. Durch das positive Ergebnis konnten wie bereits im Vorjahr weitere CHF 5 Mio. Schulden abgebaut werden.

Das gegenüber dem Budget positive Ergebnis sollte uns aber nicht über die weiterhin angespannte finanzielle Lage hinwegtäuschen. Einige Aspekte möchte ich gerne hervorheben:

- Bei den Erträgen liegt der Steuerertrag deutlich über dem Vorjahr und somit auch deutlich über dem budgetierten Ertrag. Der Haupteffekt wird bei der Einkommenssteuer der natürlichen Personen erzielt. Dies wird im Wesentlichen durch die sehr hohen Nachzahlungen für das Steuerjahr 2022 verursacht. Warum das so ist und wie nachhaltig, bleibt unklar. Weiter fällt der Finanzertrag deutlich über Budget aus. Dies ist hauptsächlich dem Aufwertungseffekt aus dem Heimfall des Areals Platten (Auflösung RKZMB) und der damit verbundenen Neubewertung in der Höhe von CHF 4.5 Mio. geschuldet.
- Im Bereich der Ausgaben sieht man wiederum eine deutliche Zunahme. Die Personalkosten haben gegenüber dem Vorjahr stark zugenommen und liegen damit auch über dem Budget. Dies ist vor allem auf neue Stellen, marktgerechten Löhnen im Hinblick auf den Fachkräftemangel sowie auf Rückstellungen für zurücktretende Gemeinderäte und Rückstellungen für Ferien und Gleitzeit zurückzuführen. Der Sach- und Betriebsaufwand bewegt sich ebenfalls deutlich über dem Budget. Die stärkste Überschreitung ist durch Aufwendungen im Zusammenhang mit Investitionen - zum Beispiel vorbereitende Aufgaben und nachfolgende Ausgaben für Unterhalt und Reparaturen - verursacht worden.
- Bei den Investitionen konnte nur ein Realisierungsgrad von 48.8% der geplanten Investitionen erreicht werden. Dies liegt vor allem an den im Bereich Hochbauten immer wieder eintretenden Verzögerungen durch Einsprachen. Im Bereich Finanzvermögen fällt die Investitionen "Einschuss Stiftungskapital" an die Stiftung Schloss Köniz erst 2025 an und eine Beteiligung an der Trägerschaft zum Wärmeverbund Wabern-Bern wurde ohne Beteiligung der Gemeinde gelöst. Der Investitionsstau im allgemeinen Haushalt wird durch die tiefen Investitionen weiter verschärft und die Bugwelle, die wir schon vor uns herschieben, erneut grösser. Zwar konnte dadurch wiederum ein hoher Selbstfinanzierungsgrad sowie eine verzögerte Zunahme bei den Abschreibungen erreicht werden. Die strategische Kennzahl "Investitionsanteil" liegt nun unter der Interventionsgrenze der Finanzstrategie. Der Gemeinderat muss nun Massnahmen ergreifen. Diese werden im Parlamentsantrag aufgeführt. Im Bereich der Investition gilt es in Zukunft weiterhin genau hinzuschauen und die Wunschliste der Investitionen auf eine realistische Zeitachse zu bringen.
- Im Bereich der Spezialfinanzierungen hat sich die Situation etwas entschärft. Die realisierte Tarifierhöhung im Bereich Wasserversorgung und Siedlungsentwässerung hat eine Verbesserung jedoch nicht im Umfang der Erwartungen zur Folge.

Das zur allgemeinen Würdigung des Jahresergebnisses 2024.

Die Fragen der Finanzkommission im Rahmen der Behandlung der Rechnung 2024 konnten vom Finanzverwalter und der Gemeindepräsidentin als Vorsteherin des Departements Finanzen geklärt werden. Aus sachlicher Sicht hat die Finanzkommission keine Einschränkungen festgestellt. Eine Mehrheit der Kommissionsmitglieder ist jedoch der Ansicht, dass Sondereffekte in der Rechnung stärker begründet bzw. erläutert werden sollten. Die guten Resultate der letzten beiden Jahre konnten nur dank Sondereffekten realisiert werden. Weiter vertreten sie die Meinung, dass der "Konsum" der Gemeinde zu stark steigt, während die Investitionen nach wie vor hinterherhinken. Hier sehen sie für die kommenden Jahre Probleme auf uns zukommen.

Die heute beantragten Nachkredite wurden ebenfalls erläutert, können jedoch von einem kleineren Teil der Kommission nicht zur Annahme empfohlen werden. Insbesondere für die Einlage in die Spezialfinanzierung Klimafonds sollten ihrer Ansicht nach konkrete Verwendungsbeispiele aufgezeigt werden.

Einig ist sich die Kommission, dass es weiterhin gilt, den Finanzen Sorge zu tragen und die stabilisierte Finanzsituation weiterzuführen.

Damit komme ich zur Abstimmungsempfehlung der Finanzkommission:

- Die Finanzkommission empfiehlt dem Parlament dem Antrag des Gemeinderats "Ziffer 1 Nachkredite" zuzustimmen. Das Abstimmungsergebnis war 5 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen.
- Weiter empfiehlt die Finanzkommission dem Parlament dem Antrag des Gemeinderats "Ziffer 2.1 Jahresbericht 2024 Finanzen" ebenfalls zuzustimmen. Hier war das Abstimmungsergebnis 3 Stimmen dafür bei 4 Enthaltung.

Präsidentin Geschäftsprüfungskommission, Heidi Eberhard, FDP: Der Bericht der GPK über die Verwaltungsbesuche wurde euch mit Mail vom 6. Juni 2025 zugestellt.

Zwischen Ende April bis Ende Mai haben die Referentinnen und der Referent der GPK die ihnen zugeordneten Direktionen besucht und die Berichte verfasst. Im Namen meiner Kolleginnen und meines Kollegen der GPK, danke ich den Gemeinderatsmitgliedern und den involvierten Fachpersonen aus der Verwaltung für die sehr guten und offenen Gespräche. Den Referentinnen und dem Referenten danke ich für das grosse Engagement in der Geschäftsprüfungskommission während des ganzen Jahres und für das Verfassen des vorliegenden Jahresberichtes 2024 resp. den Bericht, welcher die Ergebnisse der Verwaltungsbesuche zusammenfasst.

Ein grosses Dankeschön geht auch an die Fachstelle Parlament: Merci Chantal, Stefan und Ursula für die sehr geschätzte Arbeit und Unterstützung für Parlament und Parlamentskommissionen. Von den Referentinnen und dem Referenten der GPK wird die Arbeit der Verwaltung als sehr gut beurteilt. Die Mitarbeitenden sind mit Herzblut bei der Sache und setzen sich für die Gemeinde Köniz ein. Herzlichen Dank dafür. Wir bitten den Gemeinderat, der Belegschaft den Dank für die Arbeit und die damit verbundene Anerkennung auszurichten.

Für die Verwaltungsbesuche haben wir von der GPK Neuerungen eingeführt. So wurden zwei bis drei Schwerpunkte von Seiten der GPK gewählt. Neu konnten die Direktionen jedoch auch "eine gut gelöste Herausforderung der jeweiligen Direktion" vorstellen. Wir alle erhalten so einen Einblick in zusätzliche Arbeiten, die wir im Bericht auch würdigen.

Als Querschnittsthemen hat die GPK folgende gewählt:

- "Die Auswirkungen des Klimaschutzreglements und des zugehörigen Massnahmenpakets auf die Direktion"
- sowie bei einigen Direktionen "die Zusammenarbeit mit der Fachstelle Koordination Grossprojekte – KOP".

Die Auswirkungen des Klimaschutzreglements sind in den Direktionen unterschiedlich:

- Auf die Direktion Präsidiales und Finanzen hat dieses keine direkten Auswirkungen.
- Die Direktion Bildung und Soziales, im Speziellen die Abteilung Soziales ist vom Klimaschutzreglement und dem zugehörigen Massnahmenpaket kaum betroffen. Durch die mehrheitlich papierlose Dokumentenablage und den elektronischen Versand von Dokumenten wird weniger Papier verbraucht, was dem Klimaschutz zugutekommt. Beweggründe dafür waren insbesondere die effiziente Arbeitsweise und der Datenschutz.
- Bei der Direktion Planung und Verkehr, Abteilung Verkehr und Unterhalt sind jedoch verschiedenste Tätigkeitsgebiete betroffen. Beispielsweise die Dekarbonisierung der Fahrzeugflotte, die Reduktion von grauer Energie, der Einsatz von rezyklierten oder CO₂-bindenden Baumaterialien. Es wird eine Fülle von Massnahmen und Projekten im Zusammenhang mit dem Klimaschutz bearbeitet. Details seht ihr auf Seite 14 des Berichtes der Verwaltungsbesuche. Auch bei der Planungsabteilung werden Massnahmen getroffen: Reduzierung der gewichteten Gesamtenergieeffizienz bei ZPP Standard, Wärmeverbünde, etc. – alles ist auf Seite 18 einsehbar.
- Die Direktion Sicherheit und Liegenschaften nennt auf Seite 25 des Berichtes etliche Herausforderungen. Auch die Mehrkosten für die Massnahmen aus dem Klimaschutzpaket werden genannt.
- Die Direktion Umwelt & Betriebe verweist auf Seite 31 auf das Klima-Massnahmenpaket, welches sehr umfangreich ist.

Der Bericht der Verwaltungsbesuche enthält nebst den Auswirkungen des Klimaschutzreglements denn auch Erfahrungswerte der Abteilungen mit der Fachstelle KOP. Die Rolle der KOP hat sich seit der Einführung entwickelt. Es zeichnet sich ab, dass sich die optimale Zusammenarbeit mit der KOP noch im "Findungsprozess" befindet. Bei einigen Abteilungen wird die Zusammenarbeit als gut wahrgenommen, doch auch hier ist die Aufgabenzuteilung teils noch nicht abschliessend geklärt.

So wird unter anderem berichtet, dass die Unterstützung der Fachstelle KOP dann am wirkungsvollsten ist, wenn die Aufgaben klar definiert sind und sich die Fachstelle KOP auf den Prozess und die Abteilungen auf die fachlichen Aspekte konzentrieren. Eine Abteilung hält fest, dass die Koordination von komplexen Planungsprozessen zum Tätigkeitsbereich der Abteilung selbst gehört. Die Abgrenzung wo für die Fachstelle KOP und was Aufgabe der jeweiligen Abteilung ist, hat noch Klärungs- und Regelungsbedarf. Weiteres Verbesserungspotential besteht auch bei der Kommunikation nach aussen. Wer ist gegen aussen der Ansprechpartner?

Eine Empfehlung von Seiten Abteilungen: Die Fachstelle KOP könnte - sofern es die personellen Ressourcen zulassen - bei abteilungsübergreifenden Bauprojekten das Projektmanagement und die Koordinationsleistungen, die Organisation von Sitzungen und Terminen übernehmen. Einzelne Abteilungen sehen den Aufgabenschwerpunkt der KOP beim Projektmanagement, bei der strategischen Führung bei grösseren Projekten; jedoch keine inhaltliche Federführung. Ein "Kompetenzzentrum für Projektmanagement", welches ein gemeinsames Projektvokabular und Projektstrukturen für die gesamte Gemeindeverwaltung erarbeitet. Begrüsst würde zudem, wenn die Fachstelle KOP einmal jährlich zu einem Kurs einladen könnte, an welchem die taktischen und technischen Vorgaben erläutert werden.

Der Bericht der GPK über die Verwaltungsbesuche gibt einen umfassenden Ein- und Überblick.

Fazit: Die Verwaltungsbesuche haben aufgezeigt, dass die Mitarbeitenden der Gemeinde Köniz mit grossem Engagement und wie bereits gesagt, mit Herzblut bei der Arbeit sind. Sie sind Neuerungen gegenüber offen und stets bestrebt beste Arbeit zu leisten.

Namens der GPK nochmals herzlichen Dank an alle, die ihre Arbeitskraft für Köniz einsetzen.

Die Beschlüsse der GPK zum Jahresbericht 2024, Verwaltungsbericht:

1. Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.
Abstimmungsergebnis: einstimmig
2. Die GPK empfiehlt dem Parlament, den Verwaltungsbericht 2024 (GR-Antrag Ziffer 2.2.) zu genehmigen (Abstimmungsergebnis: einstimmig).

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Fabienne Marti-Locher, GLP: Wir danken der Verwaltung für die Erstellung der umfassenden Unterlagen. Ein riesiger Aufwand, welchen wir explizit würdigen wollen. Und obwohl wir lieber über die Leistungen sprechen wollen, müssen wir uns hier doch auf die Finanzen beschränken. Der Gemeinderat hat am 23.4. die Medienmitteilung zur Rechnung publiziert. Wir schliessen das dritte Jahr in Folge mit Überschuss ab. Die Blumen sind bereits medial verteilt. Wir haben also einen "Hatrick".

Unsere Fraktion sieht vorliegend aber nicht nur die Spielresultate, sondern auch die Kosten dazu - für den Rasen, für die Bewässerung, das Fussballhäuschen und sogar das Team selber. Zudem wurde dem Verein ein Secondhand-Tor geschenkt, bei welchem man den Zustand nicht kennt.

Zuerst zum Ertrag: Die höheren Steuereinnahmen basieren auf sehr hohen Nachzahlungen von natürlichen Personen für das Jahr 2022 – wir haben es gehört. Ist dies, ich zitiere, "eine erfreuliche Entwicklung"? Hier wird eigentlich ein Goal aus einem früheren Match nachträglich gezählt. Zudem: Wir mussten auch erst die Steuern erhöhen. So erfreulich ist die Entwicklung also nicht.

Dann, der Heimfall des Areals Platten, hier ist die Lage kompliziert: Die Nutzung ist auf Zivilschutz- und Feuerwehrausbildung beschränkt. Für eine andere Nutzung bräuchten wir ein Planerlassverfahren. Auch zum Beispiel für den Schulraum ist das Areal als Inselzone nicht geeignet. Zudem wurde dort Löschschaum eingesetzt, welcher zu PFAS-Belastungen führt. Ob Köniz die Sanierung mitfinanziert oder die Kantone oder das regionale Kompetenzzentrum als Betreiberin, ist offen. Rückstellungen bei der Gemeinde fehlen und die Unsicherheiten sind in der Rechnung nicht ausgewiesen.

Dann zum Aufwand: Dieser ist in den letzten zwei Jahren massiv angestiegen. Im Allgemeinen Haushalt sind die Wachstumsrate in den vier Jahren vorher, also vor den letzten zwei Jahren, durchschnittlich jährlich um 0.8% beim Personal und 0.7% beim Sach- und Betriebsaufwand gelegen. Die letzten zwei Jahre haben wir beim Personalaufwand Wachstumsraten von 8.6% und 6.3%, beim Sach- und Betriebsaufwand 18.8% und 10.1%. Das ist aus unserer Sicht zu hoch.

Beim Lastenausgleich Soziales ist unter den kantonalen Programmen budgetiert worden, also tiefer. Der Aufwand liegt nun CHF 1.8 Mio. darüber. Hier bräuchte es Richtlinien, allenfalls vertiefte Abklärungen mit dem Kanton, wie man mit solchen Prognosen umgeht.

Ein Wort zur Einlage in den Klimafonds: Hier möchten wir bereits anmelden, dass uns der Gemeinderat die Finanzplanung im Budget aufzeigen soll.

Und dann schliesslich noch zur Bilanz: Die Nettoschuld pro Kopf liegt CHF 88 tiefer, aber noch immer bei CHF 2'870. Zum Vergleich: Vier von fünf Gemeinden im Kanton Bern weisen ein Nettovermögen auf. Nur 18 von 335 Gemeinden haben eine Nettoschuld von über CHF 2'000.

Der Zielwert in der Finanzstrategie von CHF 4'000 und der Interventionswert von CHF 6'000 fallen völlig aus dem Rahmen. Geradema! zwei Gemeinden im Kanton Bern lagen 2023 über CHF 4'000.

Die Finanzkommission arbeitet derzeit intensiv an der parlamentarischen Initiative "nachhaltiger Finanzhaushalt". Wir erwarten, dass auch der Gemeinderat die langfristigen Dimension von Budgetausgleich und -transparenz anerkennt, endlich in die Diskussion einsteigt und in die gleiche Richtung läuft, wie die Parlamentsmehrheit. Und dazu muss man auch noch sagen: Schuldenbremsen werden von Ratingagenturen in den Ratings berücksichtigt. Setzen wir eine solche Regel in Kraft, kann dies eine direkte Wirkung auf unsere Finanzierungskonditionen haben. Wenn der Gemeinderat also etwas für das Rating machen will, dann wäre hier die Möglichkeit.

Zu den Aussichten: Der Gemeinderat relativiert die positive Entwicklung bereits für das aktuelle Jahr 2025 – das haben wir gehört – und auch für das Jahr 2026. Wir stehen heute bei einem Bilanzüberschuss von rund drei Steuerzehntel. Diese gute Ausgangslage müssen wir unbedingt bewahren.

Unser Fazit: Materiell sehen wir viele guten Entwicklungen in der Verwaltung und in der Gemeinde. Zum Beispiel bei der von uns geforderten Elektrifizierung des Fahrzeugparks. Aber wie bereits vor einem Jahr, stellen wir fest, dass der betriebliche Aufwand, auch wieder gegenüber dem Rechnungsjahr 2023 massiv gestiegen ist. Eine solche Steigerung ist, gerade bei Sondereffekten heikel. Von der immer wieder behaupteten Stabilisierung der Finanzen kann keine Rede sein. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmt der Ziffer 1 zur Bewilligung der Nachkredite zu, enthält sich zu Ziffer 2.1 aus den genannten Gründen und stimmt der Ziffer 2.2 zu. Die Verwaltung hat wirklich viel geleistet während diesem Jahr.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne: Vorab will ich für den wirklich guten und übersichtlich strukturierten Bericht herzlich danken und wie auch in früheren Jahren, ordne ich zuerst das Rechnungsergebnis aus grüner Sicht ein und komme danach auch noch auf einige inhaltliche Punkte aus dem Jahresbericht zu sprechen, welche ich herausgepickt habe und will mich eben nicht nur auf das Finanzielle beschränken.

Am Rechnungsabschluss besonders positiv stimmt die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen die gute Entwicklung beim Steuerertrag der natürlichen Personen, da sich dies auch auf die kommenden Jahre positiv auswirkt. Es ist also nicht nur ein Goal aus dem letzten Match. Ebenfalls positiv ist der Bilanzüberschuss in der Höhe von zirka CHF 24 Mio., welche auch die erwarteten Negativergebnisse in den kommenden zwei Jahren wird abfedern können.

Besonders erfreut sind wir natürlich, dass jetzt erstmals mit einer Jahresrechnung Geld in die Spezialfinanzierung Klimaschutz eingelegt werden soll. Es freut uns, dass das durch uns initiierte Instrument künftig noch mehr Wirkung entfalten können. Dass dieses Geld dringend benötigt wird, ist ausser Frage, die Gemeindeverwaltung muss bis 2035 das Netto-Null-Ziel erreichen, auf dem Gemeindegebiet bis 2045. Wie man dem Jahresbericht entnehmen konnte, ist die Verwaltung dabei hinten und vorne nicht auf dem Zielpfad, das heisst, in den nächsten Jahren müssen diverse Ausgaben in der Planung, Prüfung von Machbarkeiten und natürlich in der Umsetzung von Massnahmen insbesondere im Gebäude und im Verkehrssektor getätigt werden. Eigentlich wäre es in unseren Augen daher sinnvoll, noch mehr Geld in diese Spezialfinanzierung einzulegen. Im Sinne eines ersten Schrittes sind wir aber mit dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Betrag einverstanden.

Was wir ebenfalls positiv beurteilen ist, dass im vergangenen Jahr mehr in den Unterhalt der Infrastruktur investiert werden konnte, denn wie bereits länger bekannt ist, besteht dort Aufholbedarf. Insofern ist für uns auch der daraus resultierende Zuwachs beim Sach- und Betriebsaufwand logisch und gerechtfertigt. Auch der Zuwachs beim Personal ist nachvollziehbar. In den letzten Jahren war man zum Beispiel bei den Gemeindebetrieben immer unterbesetzt und es ist erfreulich, dass man jetzt diese Fachpersonen finden und die zusätzlichen Stellen besetzen konnte. Und auch durch die Rückstellungen im Personalbereich sind wir für die kommenden Jahre jetzt besser aufgestellt.

Die Kehrseite der hohen Ausgaben beim Unterhalt ist aber, dass wir jetzt schon das dritte Mal hintereinander massiv zu wenig investiert haben. Gegenüber dem durch den Gemeinderat definierten Zielwert in der Finanzstrategie von 15% Investitionsanteil, besteht über die letzten drei Jahre eine Investitionslücke von etwa CHF 50 Mio. Die Verzögerung beim Morillon kann einen Teil davon vielleicht erklären, aber auch wenn diese CHF 40 Mio. dort rechnungswirksam angefallen wären, hätten wir noch immer eine Lücke von CHF 10 Mio. zum Zielwert alleine in diesen letzten drei Jahren. Da muss der Gemeinderat zwingend mit dem kommenden IAFP aufzeigen, wie dieser Investitionsstau abgebaut werden soll.

Jetzt wie gesagt noch kurz zum Inhaltlichen, hier mehr einige Punkte und definitiv nicht vollständig:

- Es wurde sehr viel geleistet, abteilungsübergreifend entwickelt, wie zum Beispiel die BSS mit dem Konzept "Bildung für nachhaltige Entwicklung" als Nachfolgelösung für das bis jetzt ausgeführte ökologische Arbeiten.

- Dann konnte man lesen, die Betreuungsstunden in den Tagesschulen haben weiter zugenommen. Das zeigt, dass es sich dort um ein gefragtes Angebot handelt.
- Weiterhin rückläufig ist hingegen die Anzahl der Sozialhilfefälle, auch das ist natürlich erfreulich.
- Und ebenfalls rückläufig ist die Leistung bei der öffentlichen Beleuchtung. Da zeigen sich jetzt die Effekte der LED-Leuchten.
- Es gibt aber auch weniger Positives zu lesen: Zum Beispiel ist die Leerwohnungsziffer immer noch bei extrem tiefen 0.38. Umso wichtiger sind dort natürlich Projekte, welche in der Umsetzung oder in der Pipeline sind und natürlich auch die Mietinitiative im Herbst bei der Abstimmung.
- Man sieht bei den Zahlen auch vermehrt einen Wechsel zu elektrischen Fahrzeugen bei der kommunalen Fahrzeugflotte, aber Diesel hat weiterhin mit Abstand den grössten Anteil, es bleibt also viel zu tun.
- Und die Velozahlen stagnieren leider trotz Bevölkerungswachstum. Es ist also wichtig, dass die Gemeinde hier weiterhin in die Infrastruktur für Velofahrende investiert, um diese Verlagerungsziele erreichen zu können.
- Zu guter Letzt, die Menge geliefertes Gas auf Könizer Boden: Auch hier eine Stagnation. Ein weiterer Grund, wieso zwingend Geld in diese Spezialfinanzierung eingelagert werden muss.

Damit will ich dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich für die vielen Arbeiten danken. Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen nimmt das Geschäft zustimmend zur Kenntnis und den Antrag der FDP lehnen wir ab.

Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher: Zuerst möchten wir über den einfachen Teil starten und einige Worte zum Bericht und zu den Unterlagen verlieren. Und hier wollen wir dem Gemeinderat und der Verwaltung danken, wir schätzen natürlich diese Arbeit, welche wir hier jedes Jahr erhalten. Alles ist sehr übersichtlich und einleuchtend. Auch der GPK danken wir herzlich für diesen Verwaltungsbericht. Dieser ist ebenfalls ausführlich und verständlich formuliert und aus diesem Grund werden wir Punkt 2.2. einstimmig zustimmen.

Kommen wir zur Jahresrechnung: Jetzt wird die Lage schon etwas ernster. Trotz der positiven Zahlen läuten bei uns die Alarmglocken. Wir möchten schon auf einige Fakten eingehen, welche wir in Zukunft verbessern wollen und wo man besonders darauf schauen muss. Die Entwicklung der Kosten seit der Steuererhöhung bereitet uns Sorgen. Glücklicherweise haben wir auf der Ertragsseite verschiedene Effekte, welche die Zahlen aufpolieren, die Finanzkommissionspräsidentin hat diese erwähnt.

Folgende Fakten möchten wir kurz ansprechen:

- Das ist sicherlich einmal der Investitionsanteil, welcher zum zweiten oder gar schon zum dritten Mal nicht so ist, wie wir dies eigentlich wollten. Das erhöht den Druck auf der einen Seite, aber auf der anderen Seite ist natürlich das Positive, dass wir irgendwo bei der Verschuldung eine Verschnaufpause haben.
- Beim Unterhalt konnten wir vorwärts machen, das ist sicherlich auch gut, aber es kostet immer Geld.
- Die Stellen wurden auch bereits angesprochen und das beschäftigt uns auch. In den letzten zwei Jahren haben wir doch 41 Vollzeitstellen geschaffen in der Gemeinde Köniz, auf der anderen Seite haben wir ein Bevölkerungswachstum von 2%. Der Personalaufwand hat in diesen zwei Jahren CHF 8.1 Mio. zugenommen, das ist doch relativ viel, wenn man es zu vor der Legislatur vergleicht, damals lag dieser bei CHF 1.3 Mio. im Jahr 2 und 3. Und wenn ich schaue, dann hat die Verwaltung seit 2018 um 20% zugenommen und die Bevölkerung um 5%. Jetzt haben wir immer gehört, dass man strenger bei der Stellenbewirtschaftung ist und darum stellen wir uns doch auch die Frage, wie wir dies verstehen müssen. Vielleicht muss man uns dies nochmals erklären. Denn die Zahlen sprechen eine andere Sprache.
- Auch die Budgetzahlen im Gesamten beim Betriebsaufwand, wir haben es zuvor auch bereits gehört, wir überschreiten dies laufend. In den letzten zwei Jahren hatten wir einerseits eine Überschreitung von CHF 11.3 Mio., im Jahr 2023 CHF 5 Mio. Auch hier fragen wir uns, ob man im Budgetprozess etwas anders machen müsste, nachdem wir jetzt plötzlich Überschreitungen haben. Und wenn man dann noch den Finanzplan anschaut, wo wir ansonsten schon nicht sehr rosig dastehen und man diese Abweichung noch oben raufrechnet, dann wird es nochmals schwieriger.
- Das ist die eine Erkenntnis, aber die andere ist sicher, dass es bei den Erträgen in die richtige Richtung geht. Es ist aber natürlich auch etwas bedauerlich, weil wir nicht so genau wissen, wie nachhaltig diese Erträge sind. Darum ist es für uns umso wichtiger, dass wir den Kostenfokus wieder schärfen und die finanzielle Stabilität langfristig sichern. Denn in den letzten drei Jahren mit der Steuererhöhung, damals sprach man von CHF 6.5 Mio. pro Jahr, dann sprechen wir von CHF 20 Mio., welche man zusätzlich eingenommen hat. Unser Eigenkapital liegt jetzt bei CHF 37.5 Mio. – auch dank Effekten.

Kritiker könnten sagen, es hätte auch bei einem tieferen Steuersatz und mit den gleichen Effekten funktioniert, man hätte auch so schwarze Zahlen schreiben können. Aber eben, das ist alles hypothetisch. Doch wir müssen sehr bescheiden mit unserem gut gefüllten Sparschwein umgehen.

Heute Abend sollten wir darum den Nachkreditantrag des Gemeinderates kritisch prüfen. Da die geplanten CHF 3 Mio. für den Klimafonds für uns in Bezug auf Höhe und Vorgehensweise nicht akzeptabel sind. Niemand von uns würde sein Eigenkapital schwächen oder in einen Fonds einzahlen, ohne konkret zu wissen, was man dann auch genau umsetzt, welche Massnahmen. Besonders bei Steuergeldern ist die Transparenz und die Klarheit über die Verwendung unerlässlich. Darum beantragen wir, den Betrag dieses Nachkredits um die Hälfte zu kürzen. Wenn es der Parlamentspräsident erlaubt, komme ich dann später nochmals erläutern, warum.

Wir stellen aber auch fest, dass Teile des Parlaments mit ihren Vorstössen – ich hätte zuvor schon relativ viele unterschreiben sollen – den Staat weiter ausbauen wollen und dazu auch Mehrheiten bestehen. Dazu gehören eben auch gewisse Angebote, neue freiwillige Ausgaben und weitere Forderungen. Eigentlich sollte man immer auch aufzeigen, was dies dann auch finanziell heisst, wenn man einen solchen Vorstoss umsetzt. Es sollte nicht nur eine Schuldenbremse, sondern auch eine Euphorie-Bremse geben. Mit diesem Verhalten wird das Sparschwein geschlachtet und andere sollen es wieder zusammensetzen und dann auch wieder füttern. Das wollen wir nicht.

Wir haben zuerst noch überlegt, wenn wir jetzt diese Jahresrechnung ablehnen, das wäre eigentlich noch verlockend gewesen, aber es bringt ja auch nichts. Eine Ablehnung würde die finanzielle Lage nicht verbessern. Die FDP stellt bei Punkt 1 wie erwähnt den Abänderungsantrag, bei Punkt 2.1 haben wir Stimmfreigabe beschlossen – es wird also Zustimmungen und Enthaltungen geben.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Ich halte fest, dass Toni Eder eingetroffen ist, es sind somit 37 Parlamentsmitglieder anwesend.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Ich möchte mich auch im Namen der SP/JUSO-Fraktion bei der Verwaltung für den gut aufbereiteten und informativen Jahresbericht 2024 bedanken. Wir sind uns bewusst, wie viel Arbeit hier jeweils dahintersteckt.

Die SP/JUSO-Fraktion ist über das erneut positive Ergebnis der Jahresrechnung 2024 erfreut. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die positiven Ergebnisse der Vorjahre fortgeschrieben werden konnten. Die vorgelegten Zahlen sind für uns plausibel und die Abweichungen gut begründet. Aus diesem Grund ist es für uns nicht nachvollziehbar, wenn einzelne Fraktionen die Rechnung ablehnen oder gar zurückweisen wollten. Hier geht es einzig und alleine darum, ein sogenanntes Zeichen zu setzen. Um es vorwegzunehmen, die SP/JUSO-Fraktion wird die Jahresrechnung 2024 sowie den Verwaltungsbericht und die Nachkredite in allen Punkten genehmigen.

Zu den Abweichungen in der Jahresrechnung 2024 gegenüber dem Budget kann folgendes gesagt werden:

- Dominic Amacher hat zuvor auf den Personalaufwand hingewiesen. Der Personalaufwand fällt im Vergleich zum Budget 2024 1.98% oder CHF 1.25 Mio. höher aus. Dies bei einem Personalaufwand von total CHF 63 Mio. Hier sollte festgehalten werden, dass das Budget 2024 bereits anfangs 2023 erstellt werden muss. Einige Entwicklungen konnten zu diesem Zeitpunkt gar noch nicht vorausgesagt werden. Ausserdem schlagen sich neu geschaffene Stellen immer erst in der Jahresrechnung nieder, wenn sie besetzt werden können. In den Vorjahren waren zudem die Vakanzen von nichtbesetzten Stellen höher als Ende 2024.
- Das gleiche kann auch über den Sach- und Betriebsaufwand gesagt werden. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst, dass die Ressourcen, die nicht für Investitionen aufgrund von Einsparungen genutzt werden konnten, für Vorarbeiten zu künftigen Investitionen und für den baulichen Unterhalt umgenutzt wurden. Natürlich würden auch wir es lieber sehen, wenn die Investitionen gemäss Planung durchgeführt werden könnten. Der tiefe Realisierungsgrad im Bereich der Investitionen ist auch für uns nicht befriedigend. Die übrigen Begründungen bezüglich der Budgetüberschreitung konnten bei der Planung noch nicht abgesehen werden und erscheinen uns plausibel.

Zu den Nachkrediten: Die SP/JUSO-Fraktion findet die zusätzliche Einlage in die Vorfinanzierung Klimafonds von CHF 3 Mio. sinnvoll und richtig. Dadurch besteht die Möglichkeit, Klimamassnahmen bei Bauprojekten zu unterstützen und Massnahmen gemäss dem Klima-Massnahmenpaket umzusetzen. Der Nachkredit betreffend Schulhardware ist zwar unschön, wir gehen jetzt aber davon aus, dass nun die Prozesse innerhalb der BSS klar sind und zukünftig keine solchen Nachkredite mehr nötig werden. Die übrigen Nachkredite sind für uns unproblematisch.

Noch zu einigen allgemeinen Punkten zum Verwaltungsbericht:

- Uns ist aufgefallen, dass der Frauenanteil bei den Kaderpositionen zwar gegenüber dem Vorjahr etwas gestiegen ist. Im Vergleich zum Anteil beim Gesamtpersonal zeigt sich jedoch ein gegenteiliges Bild. Während 61% des Personals weiblich ist, sind es bei den Kaderpositionen nur knapp 35%. Das heisst, dass die Frauen in Kaderpositionen nach wie vor ungenügend vertreten sind. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass der Frauenanteil bei den Kaderpositionen weiter erhöht wird.
- Der mittels Planungserklärung geforderte Bericht zur Nutzung der Betreuungsgutscheine wurde das zweite Jahr in Folge nicht erfüllt und befindet sich noch nicht einmal in der Umsetzung. Somit bestehen weiterhin keine Anhaltspunkte, ob und wie sich das System tatsächlich bewährt. Zu diesem Thema haben wir festgestellt, dass die Anzahl bezogener Gutscheine zum ersten Mal gesunken ist. In der Erläuterung wäre interessant gewesen zu lesen, was die Gründe sind und ob gleichzeitig auch die Betreuungsquote gesunken ist.
- Weiter kann festgehalten werden, dass die Bevölkerung von Köniz insgesamt belasteter erscheint. Darauf deuten die steigende Anzahl Steuererlassgesuch mit stetig komplexeren Situationen, die steigende Anzahl Kinderschutzmandate sowie auch der deutliche Anstieg der Fallzahlen in der Schulsozialarbeit. Auch die erhöhte Nachfrage bei den Beratungsangeboten Familie, Jugend und Sucht zeigen in diese Richtung. Hier gilt es jedoch zu erwähnen, dass die Bevölkerung mit diesen Angeboten erreicht werden kann, was wiederum positiv zu werten ist.

Zusammenfassend können wir sagen, dass die eingeschlagene Richtung im Bereich unserer Gemeindefinanzen stimmt. Wir möchten an dieser Stelle jedoch darauf hinweisen, dass Köniz nach wie vor mit einer schlechten Finanzsituation in Verbindung gebracht wird. Die Rückweisung des Budgets 2022 sowie dem damit verbundenen budgetlosen Zustand hat dem Ruf sowie der Bonität der Gemeinde Köniz extrem geschadet. Obwohl in den letzten drei Jahren die Finanzsituation stabilisiert und positive Ergebnisse erzielt werden konnten, haftet uns der schlechte Ruf nach wie vor an. Wir appellieren hier an alle Parlamentarier:innen diesem Ruf durch eine Ablehnung oder Stimmenthaltung zur Jahresrechnung, die notabene positiv ausfällt, nicht weiter zu schaden. Die Situation hat sich gegenüber vor ein paar Jahren massiv verbessert. Dies auch dank des Budgetkompromisses und der damit verbundenen beschlossenen Steuererhöhung, welche es unserer Ansicht nach definitiv gebraucht hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lasst uns nach vorne schauen und daran arbeiten, dass Köniz zukünftig nicht nur mit schlechten Finanzen in Verbindung gebracht wird und wir unseren Ruf aufgrund von sogenannten "Zeichensetzungen" nicht noch weiter selbst beschädigen.

Wie bereits eingangs erwähnt, wird die SP/JUSO-Fraktion alle Anträge des Gemeinderates einstimmig unterstützen. Den Abänderungsantrag der FDP-Fraktion lehnen wir ab.

Fraktionssprecher SVP, Florian Moser: Vielen Dank der Direktion Präsidiales und Finanzen für diese ausführlichen Unterlagen zum Jahresabschluss. Die Jahresrechnung kommt sehr strukturiert und übersichtlich daher. Mit der neuen Version mit diesen zwei Teilen – ein Teil Jahresrechnung und ein Teil Verwaltungsbericht – hat das Ganze meiner Ansicht nach nochmals an Qualität und Lesefreundlichkeit gewonnen.

Zum Inhalt: Wenn man sich rein auf das Ergebnis beschränkt, wie dies auch der Gemeinderat mit einer Medienmitteilung der Bevölkerung kommuniziert hat, ist dies ja eigentlich grundsätzlich gar nicht so schlecht. Man konnte ja einen Ertragsüberschuss ausweisen. Man könnte also eigentlich zufrieden sein – doch eben, man *könnte*.

Wir sind aber nicht zufrieden: Solange das Ergebnis aus der betrieblichen Tätigkeit nicht positiv ist, kann man mit einem Jahresabschluss eigentlich nicht zufrieden sein. Und das ist bei der Rechnung 2024 nicht der Fall. Das heisst, in der Rechnung 2024 wurden wieder wie im Vorjahr Sondereffekte ausgewiesen, welche die Rechnung quasi etwas verbessern.

- In diesem Jahr war es namentlich der Heimfall Platten und die aussergewöhnlich guten Steuererträge, welche die Ertragslage etwas besser machten. Der Heimfall Platten hat sich im Finanzertrag mit CHF 4.5 Mio. positiv ausgewirkt.
- Was uns, der SVP-Fraktion, aber Kummer bereitet, sind die steigenden Kosten – wir haben es in vorherigen Voten auch bereits einige Male gehört. Total sind dies CHF 11.3 Mio. Kostenzuwachs zum Budget. Der Kostenzuwachs wird relativiert, da die Erträge auch im gleichen Ausmass gekommen sind, darum hat sich dies nicht so stark auf das Ergebnis ausgewirkt. Wären die Steuererträge noch so gut gekommen, wie sie jetzt in der Rechnung stehen, dann hätten wir ein kleines Problem.
- Es fällt auf, dass die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr um CHF 3.8 Mio. höher sind und gegenüber dem Budget CHF 1.2 Mio. Letztes Jahr, ich habe nachgeschaut, war es auch bereits CHF 1 Mio. Da frage ich mich schon, wie dies weitergeht.

- Im Budget 2024 hat die Verwaltung alle Eventualitäten eingeplant – man hat sie also budgetiert. Man hat den Stellenzuwachs budgetiert, man hat die Teuerung budgetiert, man hat die Lohnanpassung budgetiert, man hat noch gewisse Entschädigungen etc. budgetiert. Warum die Personalkosten trotzdem CHF 1.2 Mio. über dem Budget ausfallen, kann ich mir nicht erklären. Dann ist eigentlich das Budget nicht gut gemacht worden, das darf so nicht weitergehen und dort müssen wir etwas machen.
- Zudem hat man beim Sach- und Betriebsaufwand gegenüber dem Budget auch CHF 2.7 Mio. mehr ausgegeben. Das ist eine unschöne Entwicklung. Aber das ist natürlich, wie auch bereits gehört, auf die Investitionstätigkeit zurückzuführen. Bei den Investitionen sind wir schlecht dran: 7.02%, das ist unterinvestiert und die Investitionsgrenze von Minimum 10% ist damit unterschritten. Wir sind gespannt, was der Gemeinderat hier vorhat und wie er dies lösen will.
- Ich habe das Gefühl, es ist immer noch nicht bei allen angekommen: Jeder Franken, welche die Gemeinde ausgibt, muss irgendwie zuerst an einem Ort verdient werden. Das ist eine ganz einfache Weisheit und wenn diese nicht konsequent umgesetzt wird, werden wir im betrieblichen Ergebnis nie Erfolg haben.
- Was uns in der SVP-Fraktion ebenfalls sehr sauer aufstösst, ist diese Einzahlung via Nachkredit in den Klimafonds. Vor zwei Jahren haben wir zähneknirschend eine Steuererhöhung bei der Könizer Stimmbevölkerung knapp durchgeboxt. Und jetzt, zwei Jahre später, hintergehen wir eigentlich unsere Bevölkerung. Einen Überschuss in den Klimafonds einzuzahlen, wo man notabene noch nicht einmal weiss, für was dieses Geld ausgegeben wird, ist eigentlich nicht das, was die Bevölkerung bestellt hat und da fragen sich sicherlich die Leute, warum man die Steuern erhöht hat, wenn man danach den Mehrertrag einfach in einen Fonds steckt.

Darum wird die SVP-Fraktion bei Punkt 1 den Nachkrediten zustimmen, bis auf diese Einlage in diese Vorfinanzierung Klimafonds. Und daher möchte ich für diese Abstimmung eine Einzelabstimmung beantragen, also dass man über den Klimafonds einzeln abstimmt, denn die anderen Nachkredite sind für uns unbestritten.

Und bei Punkt 2.1 haben wir Stimmfreigabe erteilt, da wird es sicherlich Leute geben, welche dies ablehnen oder sich enthalten. Und bei Punkt 2.2 stimmen wir dem Verwaltungsbericht zu.

David Müller, Grüne: Ich möchte noch auf einige Voten reagieren. Einerseits auf die Kritik am steigenden Sach- und Betriebsaufwand. Dort denke ich, es ist einfach zu sagen, die Ausgaben dürfen nicht mehr steigen, aber, um was geht es konkret? Und wenn man schaut: CHF 200'000 mehr Geld für Lebensmittel in den Schulen – ist da jemand dagegen? Dann Fahrzeugunterhalt: Auch hier denke ich, dies ist äusserst sinnvoll, denn ansonsten müssen einfach früher wieder neue Fahrzeuge angeschafft werden. Ver- und Entsorgung beim Verwaltungsvermögen: Auch dort will hier wohl niemand, dass sich der Kehricht einfach türmt. Darum denke ich, es ist wichtig, dass man hier über die Inhalte spricht und nicht einfach sagt, man ist dagegen.

Dann beim Personalaufwand, da ist es wichtig zu wissen, dass man in den letzten Jahren in gewissen Abteilungen durchaus prekär oder nahe am Prekären unterwegs war, da man diese Stellen nicht besetzen konnte. Und wenn sich das jetzt im Personalaufwand niederschlägt, dann ist dies insofern ein gutes Zeichen.

Und dann noch zur Frage, ob vielleicht nicht auch ein tieferer Steuersatz gereicht hätte? Der tiefe Steuersatz in den vergangenen Jahren war ja das Problem, dass man wesentlich zu wenig investiert hat und dass man jetzt einen riesigen Investitionsstau hat. Darum würde es mich interessieren, wie man denn genau diesen Investitionsstau abbauen möchte und auch das Investitionsvolumen, welches noch auf uns zukommt, wie man das will stemmen können.

Dann noch zum letzten Votum bezüglich dem betrieblichen Ergebnis: Ja, es steht noch ein Minus dort, aber wenn man die Zahl genau anschaut, dann ist dies mehr oder weniger eine Null. Es geht um 0.3% unter null im Vergleich zum Gesamtvolumen. Das ist an sich schon ein gutes Ergebnis und es macht einfach auch absolut keinen Sinn, wenn man nur das betriebliche Ergebnis anschaut und den Finanzertrag ausser Acht lässt. Denn, wenn ich ein Mehrfamilienhaus kaufen würde, in meinen Überlegungen aber die Mieterträge, welche ich mit diesem Mehrfamilienhaus machen könnte, absolut nicht berücksichtige, dann würden wir ja alle sagen, dass dies keinen Sinn macht. Die gleiche Logik gilt auch bei der Gemeinde: Man kann nicht einerseits Investitionen tätigen und nur die Ausgaben anschauen, aber dann sagen, das, was man an Ertrag hat, das lassen wir ausser Acht. Darum, dies hier als Begründung anzuführen, dieser Rechnung nicht zuzustimmen, das verstehe ich wirklich nicht.

Ronald Sonderegger, FDP: Vorweg: Die Ausführung des Berichts, dies wurde bereits erwähnt, diese ist positiv, dem schliesse ich mich an.

Die Rechnung 2024 der Gemeinde Köniz schliesst schwer positiv ab. Hier enden aber meine Glücksgefühle bereits. Als Geschäftsführer eines KMU's, welches ich bereits seit 30 Jahren führen darf, weiss ich um die Höhen und Tiefen, welche es bei den Abschlüssen geben kann, durch sowohl Unvorhergesehenes, wie auch Planbares. Und ich bin schlicht über die Verwendung und das Verbraten unseres Bilanzgewinns empört. Kein Unternehmer würde eine Schwächung des Eigenkapitals auf diese Art und Weise umsetzen. Statt CHF 6.5 Mio. Bilanzüberschuss, gehen CHF 3 Mio. in einen Klimafonds, anstatt die Verschuldung der Gemeinde, welche weit über CHF 300 Mio. liegt, abzubauen. Wir wissen von den drohenden Defiziten der nächsten Jahre, von den Kosten, welche auf uns zukommen, von den Wünschen aus den Parlamentsreihen - gerade von der GLP und Linksrün - welche ebenfalls finanziert werden wollen. Welche Gedanken macht sich der Gemeinderat hierzu?

Für mich ist dies nicht verantwortungsvoll. Wir müssen die Steuereinnahmen der Könizer Bürger verwahren. Ich erinnere an die Steuererhöhung, welche die FDP. Die Liberalen zähneknirschend mitgetragen hat, um die Gemeinde vor einem finanziellen Kollaps zu bewahren. Doch statt durch diese Mehreinnahmen, die finanzielle Misere zu mildern und die Schuldenlast zu reduzieren, wird ein Klimafonds in einer verantwortungslosen Grössenordnung befüllt. Das entspricht in etwa einem halben Zehntel Gemeindesteuern. Ein vernünftiger und verantwortungsvoller Umgang in der Gemeinde ist etwas, welcher vor allem mir, als FDPler am Herzen liegt. Ich bin hier wirklich enttäuscht. Ich hätte mir gut vorstellen können, dass man etwas in diesen Klimafonds einbezahlt, das ist klar, vielleicht mit 10% oder so, aber nicht gerade mit CHF 3 Mio. Darum lautet auch der Antrag von uns, dass man diesen halbiert, damit man dem etwas Rechnung trägt. Im Moment ist nicht klar, wo man überall dieses Geld investieren würde, wo dies dann hinkommt, es ist einfach mal in einem Fonds, es ist weg und man kann dann weiterschauen, was passiert. Spare in der Zeit, dann hast du in der Not.

Dominic Amacher, FDP: Wir haben diesen Antrag gestellt, dass man die Summe auf CHF 1.5 Mio. kürzt. Als FDP hätten wir es uns einfach machen können. Wir hätten sagen können, wir sind dagegen, wir lehnen es ab, wir haben dies nie gewollt, wir wollen nicht das Eigenkapital schwächen. Das wäre einfacher gewesen, auch zum Erklären, auch kommunikativ, aber wir fanden, nein, wir versuchen mit diesem Antrag einen finanzpolitischen Kompromiss zu finden und auch die Meinung der Minderheit einzubringen. Und wir hoffen hier auf die Unterstützung der Mitte-EVP-GLP. Ich weiss, meine Jungs sagen manchmal, gewisse Sachen sind für die Katz, aber wir versuchen es trotzdem.

Wir sind durchaus bereit, nachhaltige Investitionen zu machen, im Sinne der Zielerreichung, das wollen wir nicht abstreiten. Aber dafür wollen wir Fakten auf dem Tisch. Wir wollen wissen, was machen wir, welchen Nutzen haben diese Massnahmen und vor allem, bis wann ist dies umgesetzt. Und dann sehen wir diese CHF 1.5 Mio. wie eine Art Vorschuss, welchen wir einzahlen wollen, obwohl dies sehr deutlich gegen unser Prinzip verstösst. Wir erwarten hier dringend, dass wir hier Fakten auf dem Tisch haben, Konzepte sehen und diese müsste der Gemeinderat ja haben, wenn er CHF 3 Mio. in einen Fonds einlegt.

Braucht es hier Reglementsänderungen? Welche Massnahmen können ressourcenneutral, also ohne Personalsteigerung, umgesetzt werden? Oder braucht es auch neue Stellen? Gibt es auch Massnahmen, welche budgetneutral hätten umgesetzt werden können? Und, und, und. Ihr hört es, es sind so viele Fragen, bei welchen wir sagen, diese wollen wir zuerst wissen, bevor wir an einem Ort einzahlen. Und die anderen CHF 1.5 Mio., diese wollen wir beim Eigenkapital des Steuerhaushaltes sein lassen. Denn – du hast es zuvor erwähnt, David – Investitionsstau, du hast von CHF 50 Mio. gesprochen. Wenn man jetzt rechnet, für CHF 1.5 Mio. Abschreibungen, könnte man bereits CHF 37.5 Mio. Investitionen finanzieren. Wir versuchen hier einfach, beides zu berücksichtigen. Es würde uns freuen, wenn ihr unseren Antrag unterstützen würdet und wir sind gespannt, wie ihr abstimmt.

Kathrin Gilgen, SVP: Die Mitglieder der SVP-Fraktion haben weder das verschärfte Klimaschutzreglement noch den Klimafonds unterstützt. Wir befürworten Rückstellungen in solche Spezialfonds – mit Ausnahme der "Zinsschwankungsreserve" - nicht. Gute, nötige, sinnvolle und nachhaltige Projekte für den Klimaschutz können auch über die laufende Rechnung getätigt werden – diese unterstützen wir. Im Weiteren finden wir es äusserst bedenklich und verwerflich, dass die Könizer Bevölkerung keine Möglichkeit hat, über diese CHF 3 Mio. Einlage zu befinden. Aus diesen Gründen, ist die SVP-Fraktion nicht damit einverstanden, CHF 3 Mio. in den Klimafonds einzulegen. Geld, welches bei den vielen anstehenden Investitions- und Unterhaltsprojekten oder auch beim Schuldenabbau dringendst eingesetzt werden sollte.

Auch die, von der FDP geforderten CHF 1.5 Mio. sind uns eigentlich zu viel. In Anbetracht der Situation und in der Hoffnung, dass sich eventuell auch die Mitte-Fraktion, welche sich jeweils wegen ihrer restriktiven Finanzpolitik brüstet, nun auch auf das zurückbesinnt, sind wir bereit, diese Kröte zu schlucken und überwinden uns, dem Antrag der FDP mehrheitlich zuzustimmen. Wir wählen also das kleinere Übel und dies nicht etwa, weil wir am Klimaschutz nicht interessiert wären.

Sollte aber aus unerklärlichen Gründen keine Mehrheit für diesen Änderungsantrag feststellbar sein, wird es Ablehnungen zum Nachkreditantrag von CHF 3 Mio. geben, wie auch mindestens eine Ablehnung zur Gesamtrechnung.

Ich bin nicht ganz sicher, Florian hat zuvor etwas wegen der Auszählung von Punkt 2.1 gesagt: Da hätten wir gerne eine Ausweisung im Protokoll über die einzelnen Zustimmungen, Ablehnungen und Enthaltungen.

Géraldine Boesch, SP Frauen: Florian hat mit uns eine einfache Weisheit geteilt, ich möchte auch gerne noch eine teilen: Es gibt einen Unterschied zwischen Unternehmen und Gemeinden, es gibt einen Unterschied zwischen BWL und VWL, ich denke, das müssen wir uns auch immer wieder vor Augen führen.

Und das andere betrifft die Höhe des Klimafonds: Die Idee dieses Klimafonds ist ja genau – und das macht man in der Politik häufig so – dass man längerfristig plant, dass man dann, wenn gute Zeiten kommen, wenn Sondereffekte da sind, dass man dann äufnet, dass man dann Einlagen macht, damit man eben genau diese Massnahmen, welche man beschlossen hat, nachhaltig auch umsetzen kann.

Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Ich möchte hier gerne noch kurz auf das Votum von Ronald eingehen. Und zwar hat er gesagt, eine Einlage in den Klimafonds, sei Eigenkapital verbraten. Das ist alles andere, als Eigenkapital verbraten. Die Klimakrise ist allgegenwärtig und wir müssen hier finanzielle Grundlagen schaffen, um dem entgegen zu wirken. Ausserdem besteht ein Reglement für den Klimafonds, welches die Entnahme regelt. Das Geld ist also nicht weg oder verbraten und das kann dann auch nicht irgendwie genutzt werden.

Reto Zbinden, SVP: Jetzt haben wir so viel über diesen Klimafonds gesprochen und es gibt eigentlich genau zwei Punkte, welche entscheidend sind: Der erste, Kathrin hat es zuvor gesagt: Die Bevölkerung kann nichts dazu sagen, obschon es um CHF 3 Mio. geht. Das ist eigentlich das grosse Übel an dem Ganzen, welches wir hier zusammengeschustert haben. Eigentlich müsste hier die Bevölkerung dazu Stellung nehmen können und dann wäre das Problem nämlich auch bereits gelöst. Man würde das fakultative Referendum ergreifen, die Bevölkerung kann sagen "ja" oder "nein" – Punkt, erledigt. Dann müssten wir hier gar nicht so lange darüber diskutieren. Wir haben hier wirklich etwas zusammengeschustert, was gegenüber der Bevölkerung von Köniz nicht fair ist. Ich erinnere nochmals daran: Sie hat mit 58% "nein" zur Photovoltaikinitiative gesagt, zur Solarinitiative. Da ist die Mehrheit vielleicht auch nicht mehr dafür, gleich CHF 3 Mio. reinzustecken. Und jetzt kommt meine Frage: Wenn man jetzt diese CHF 3 Mio. wirklich sinnvoll für gute Projekte einsetzen könnte, dann könnte ich schlussendlich auch noch sagen, okay, dann machen wir das. Darum jetzt hier die Frage an den Gemeinderat: Was passiert mit diesen CHF 3 Mio. ganz konkret? Danke für die Beantwortung.

David Müller, Grüne: Gut habe ich dies hier bereits antizipiert, dass ich noch etwas sagen möchte. Einerseits: Du hast jetzt gerade ein Abstimmungsergebnis und auch dort nur das Halbe rausgepickt. Wenn man sich ansonsten den Trackrecord der Könizer Bevölkerung anschaut, dann würde ich sagen, die Sprache ist relativ klar, was Abstimmungen rund um den Klimaschutz angehen. Und das Geld wird ja nicht für irgendetwas eingesetzt, sondern es gibt diese Basis, es gibt die klar definierten Ziele, es gibt das entsprechende Klimareglement und es gibt das Klimamassnahmenpaket, da sage ich später noch etwas dazu.

Doch zuerst noch etwas zu den Schulden, welche zuvor angesprochen wurden und zum Thema Verantwortung übernehmen: An der Klimakonferenz in Baku hat man sich global auf ein Finanzierungsziel von CHF 300 Mrd. geeinigt, notwendig wären gemäss diversen Studien noch wesentlich mehr, aber sogar wenn man mit diesen CHF 300 Mrd. rechnet, müsste die Schweiz gemäss historischer Emissionsrechnung 1%, also CHF 3 Mrd. übernehmen. Die Gemeinde Köniz, wenn man es wieder gemäss Bevölkerungsanteil runterrechnet, hat somit CHF 168 Mio. Klimaschulden. Wir müssen also alles tun, um diese zu beheben und vor allem, damit diese nicht noch weiter anwachsen. Und genau das können wir eben mit diesen Massnahmen machen. Nehmen wir also dort unsere Verantwortung wahr.

Jetzt klar, gewisse mögen sagen, ja, die globalen Überlegungen, diese interessieren uns hier nicht, aber sogar wenn man diese ausser Acht lässt: Die Könizer Bevölkerung, das lokale Gewerbe, profitiert von diesen Massnahmen, auch das wurde verschiedentlich erwiesen.

Dann noch zum Vorwurf, man wisse nicht, wofür dieses Geld eingesetzt wird. Man könne hier jetzt nicht Geld sprechen, ohne Fakten zu haben. Da empfehle ich die Lektüre des Klimamassnahmenpakets, es wurde heute auch bereits erwähnt. Dort hat es verschiedene Beispiele, Studien zur PV-Nutzung an Fassaden oder sonstiger Infrastrukturen, dort ist die geplante Umsetzung, auch dort gibt es Aussagen dazu, in den Jahren 2026/27, also perfekt, wenn wir da heute Geld einlegen. Dann sonstige Studien zum Zusammenschluss des Eigenverbrauchs, Güterverkehrskonzept, aber dann auch Infrastruktur, Energiespeicher, Information und Beratung für die Bevölkerung z.B. zum Heizungsersatz etc. Und natürlich fällt finanziell besonders ins Gewicht zum Beispiel die Elektrifizierung der kommunalen Fahrzeugflotte und natürlich auch die energetischen Sanierungen bei den Gebäuden, welche über das gesetzliche Minimum hinausgehen, also eben nach diesen Gebäudestandards und auch inklusive die Berücksichtigung der grauen Energie. Es gibt dort also klare Grundlagen und ich denke, wir können hier heute gut entscheiden und ich appelliere wirklich nochmals an alle: Nutzen wir diese Gelegenheit im Sinne einer Investition in die Zukunft, denn diese Ziele sind gesetzt und es liegt in unserer Verantwortung, dass wir diese Massnahmen dafür auch ergreifen.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Köniz ist eine wunderschöne Gemeinde und sie hat eine sehr lebendige Demokratie, wie wir sie gerade am heutigen Abend erleben dürfen. Für mich ist Köniz die schönste Gemeinde, vielleicht geht es dem einen oder anderen von euch auch so und auch viele Leute, welche hier leben, sehen dies so. Es wird mir sehr oft gesagt, wenn ich an Veranstaltungen bin, wenn ich Leute treffe, wie gerne sie in ihrem Ortsteil, in ihrem Quartier leben und dies freut mich immer sehr. Aber das sind nicht nur Einzelrückmeldungen, wir haben bei der Könizer Bevölkerung eine Umfrage gemacht und eine überwältigende Mehrheit sagt, sie leben sehr, sehr gerne in unserer Gemeinde. Sie schätzen besonders die Wohnlage, sie schätzen die Nähe von Stadt und Land, dass man also so schnell in der Natur ist, aber auch schnell in der Stadt, sie schätzen die Infrastruktur. Sie haben aber auch durchaus Anforderungen, was man verbessern müsste: Das ist einerseits ganz viel im Bereich öffentlicher Verkehr, bezahlbares Wohnen, Infrastruktur- und Schulanlagen, aber auch in den öffentlichen Räumen, in der Begrünung, im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz, ihr konntet dies alles lesen.

Köniz zu entwickeln, ist eine grosse Aufgabe und was passiert, wenn wir es nicht machen, das haben wir in den letzten Jahren gemerkt: Fehlende Unterhaltsarbeiten geben uns heute mehr als Kopfzerbrechen, wir haben auch fehlenden Schul- und Tagesschulraum, den wir nun wirklich vor uns herschieben und welchen wir dringend beheben müssen, was unsere Möglichkeiten manchmal beinahe etwas übersteigt. Wir haben zum Teil auch andere fehlende Infrastruktur.

Doch wir haben etwas ganz Wichtiges: Wir haben eine unglaublich glückliche Ausgangslage und das will ich heute schon nochmals sagen, denn es klingt beinahe etwas negativ, wenn ich euch zuhöre. Wir haben einen unglaublich guten pro Kopf-Steuerertrag, verglichen mit anderen Gemeinden, wir sind sehr attraktiv. Wir haben Entwicklungsmöglichkeiten und Bauland – schon alleine das ist im Vergleich mit anderen Gemeinden speziell – wir haben sogar noch eigenes Bauland. Das ist unglaublich und um das werden wir weit herum beneidet. Viele Gemeindepräsidenten und Gemeindepräsidentinnen sagen mir wirklich, dass wir dies noch haben ... Wenn diese sehen, wie viel Bauland wir haben und wie viel eigenes Land, dann können sie das nicht glauben. Zuletzt war es gerade jemand aus der Stadtberner Exekutive, welcher dies nicht glauben konnte, was wir für eine Ausgangslage haben.

Ich bin wirklich stolz darauf, was wir als Gremium zusammen mit der Verwaltung in den letzten Jahren zusammen erreichen konnten. Gerade auch wenn ich daran denke, wo wir herkommen und wie schwierig es noch vor einigen Jahren war - da habt auch ihr dazu beigetragen, damit es besser geworden ist. Und ich finde, da dürfen wir auch darauf stolz sein. Aber wir wissen auch, welche Aufgaben noch auf uns warten. Eine Dynamik ist also da und man muss weiterhin sorgfältig und nachhaltig zusammenarbeiten, damit wir diese Entwicklung, welche sich die Bevölkerung zurecht auch wünscht – diese will ja nicht nur Steuern zahlen, sondern diese will auch etwas zurück erhalten – die positive Entwicklung der Gemeinde, damit wir diese der Bevölkerung auch bieten können.

Ich glaube, dass die meisten von euch sehr gerne in Köniz leben, ansonsten würdet ihr nicht Abende lang hier sitzen und debattieren. Aber ich sehe auch, dass diese Entwicklung und diese hohe Dynamik, welche nun mal auch einmalig ist – eine solche dynamische Gemeinde gibt es eben auch nicht so oft – dass dies auch einige Ängste auslöst und das haben wir auch gehört und darum möchte ich auf einige Punkte, welche genannt wurden, nochmals speziell eingehen.

Zuerst möchte ich der GPK-Präsidentin für das Votum und für den Dank an die Mitarbeitenden danken, welchen ich sehr gerne ausrichten werde. Und ich möchte auch der Finanzkommissionspräsidentin für die gute Zusammenfassung danken, darum muss ich die ganze Vorlage nämlich nicht mehr erläutern, sondern gehe nur noch auf diese Sachen ein, welche ihr zum Teil aufgeworfen habt und bei welchen ihr noch mehr Antworten wollt.

- Der erste Punkt, welchen ich mir aufgeschrieben habe, ist "Steuerertrag": Da wurde mehrfach gesagt, dies sei nicht nachhaltig, das seien Sondereffekte. Da sind wir anderer Meinung: Das sind Nachveranlagungen, welche übrigens viele andere Gemeinden aus dem Jahr 2022 auch haben. Wir gehen schwer davon aus, dass die kantonale Steuerverwaltung durch Corona damals überlastet war und diese Nachveranlagungen erst jetzt kommen. Aber, das bedeutet auch, wir können diese mitnehmen. Dieser Effekt sollte also nachhaltig sein.
- Aber auch ansonsten: Der steigende Steuerertrag ist nicht einfach Zufall. Das ist jetzt wirklich die Frucht harter Arbeit. Diese Entwicklung, welche wir machen, bedeutet eben auch mehr Pro-Kopf-Einnahmen. Das bedeutet auch eine Entwicklung beim Finanzertrag, da haben wir auch überall positive Effekte und das muss man auch den Kosten gegenüberstellen. Also: Es wird gearbeitet und das gibt dann auch wieder mehr Einnahmen.
- Bei den Investitionen freut es mich sehr, dass wir uns alle einig sind, dass dort mehr gehen muss. Das ist schlicht und einfach so. Wenn wir in letzter Zeit einmal in gewissen Schulen waren, dann ist uns dies absolut klar. Wenn man mit gewissen Vereinen, gerade im Sportbereich, gesprochen hat, dann ist einem dies absolut klar. Wir müssen auch dort Schritt halten, unsere Infrastruktur muss sich auch weiterentwickeln, da sind wir nicht auf der Höhe, aber auch hier gebe ich zu bedenken, dass es Ressourcen und Vorarbeiten braucht, welche eben im Sach- und Betriebsaufwand zu finden sind oder im Personalaufwand. Und dort hat uns der budgetlose Zustand doch ein bisschen ein Problem gemacht, das müssen wir jetzt wirklich wieder angehen. Aber ihr werdet in nächster Zeit und in den nächsten Jahren ziemlich viele Anträge hier haben, welche wirklich Investitionen in unsere Infrastruktur sind und dann könnt ihr und meistens auch gleich noch die Bevölkerung, sagen, ob ihr dies wirklich auch wollt oder nicht.
- Zur Kostenentwicklung und was mir wichtig zu sagen ist: Man kann nicht nur den Fokus auf die Kostenentwicklung haben, denn es gibt auch Einnahmenentwicklungen, welche Schritt halten. Wir haben zuvor ein Beispiel gehört, dass man mehr Geld für die Mittagessen an den Schulen braucht. Da gibt es auch mehr Einnahmen durch die Beiträge. Das darf man auch nie ausser Acht lassen, man darf nicht nur die Kosten anschauen. Und das ist beim Transferaufwand ähnlich: Wenn ihr die Abweichungen bei den Kosten und auch beim Transferaufwand anschaut, dann sind diese minim, wenn man sich den Gesamtbetrag vor Augen führt. Wir haben inzwischen ein Budget im Bereich von CHF 250 Mio. - vielleicht müssen sich die einen oder anderen noch an diese Zahl gewöhnen - und Abweichungen im Millionenbereich, sind prozentual nicht riesig. Viel genauer kann man es so lange im Voraus nicht voraussagen und das ist auch beim Transferaufwand so: Der Kanton schätzt, wir schätzen - einmal sind wir darüber, einmal sind wir darunter, aber die Abweichungen sind immer relativ gering.
- Das gilt auch für den Personalaufwand. Dort will ich aber noch etwas ganz Wichtiges sagen und das ist mir wirklich wichtig: Ohne Personal können wir gar nichts machen. Das ist für unsere Gemeinde wirklich elementar. Es fehlt einerseits im Service public, eine wachsende Bevölkerung braucht automatisch auch mehr Personal, aber auch – und das ist auch noch wichtig – bei unseren Entwicklungsprojekten, welche wir haben, bei den Infrastrukturprojekte, dort braucht man auch mehr Leute und dort braucht man auch Leute, welche bei uns arbeiten wollen. Darum haben wir in der Vergangenheit Stellen geschaffen, weil wir unterdotiert waren. Wir haben auch Marktlöhne. Wir haben Analysen gemacht, ob wir unsere Leute gerecht entlöhnen, das ist alles sehr wichtig im Fachkräftemangel und ich denke, das ist auch gerechtfertigt. Wir haben euch alle Stellen gezeigt. Jede einzelne Stelle, welche im vergangenen Jahr geschaffen wurde und ich habe von absolut niemandem gehört, welche wir nicht hätten schaffen sollen. Aber was wichtig ist: Wir haben jede einzelne Stelle abgeklärt, ob diese wirklich so richtig ist und sie kommen alle in den Gemeinderat, wir schauen alle einzeln an. Und auch dort gibt es Stellen, welche gar nicht wir finanzieren, sondern zum Beispiel der Kanton. Das seht ihr aber beim Stellenzuwachs nicht, weil die Einnahmen woanders verbucht werden. Also auch das ist ein differenziertes Bild und die Abweichungen ist eben nicht so gross.
- Dann etwas kleines zum Rating: Wir haben eher die Erfahrung gemacht, dass ein budgetloser Zustand sich nachhaltig schlecht auf ein Rating auswirkt. Das wurde wahrgenommen, das wurde uns wieder gesagt, da muss man doch auch ein bisschen aufpassen.

- Und ganz zum Schluss noch etwas zum Fussballvergleich: Wir können leider aktuell nicht Fussball spielen, wir haben schlicht viel zu wenige Plätze. Wenn wir also alle auch noch spielen gehen wollen, dann würden wir wirklich den Kindern und Jugendlichen den Platz streitig machen. Darum schlage ich vor, statt dass wir in irgendeiner Form ein Gruppenturnier machen, wäre es doch viel schöner, ihr geht die Frauen-EM im Schloss schauen, das ist ja gleich da drüben, in der Schüür und wir haben zusammen Freude an dieser Euphorie und zeigen den Vereinen, dass wir ihre riesige ehrenamtliche Arbeit wertschätzen und ihnen auch die entsprechende Infrastruktur, welche es nun mal für 44'000 Leute braucht, zugestehen.

Jetzt weiss ich nicht, ob ich noch Spezialredezeit für den Antrag zum Klimafonds habe?

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Dies ist grundsätzlich in der allgemeinen Redezeit enthalten, aber du kannst noch kurz etwas sagen.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Viel wurde ja bereits zu diesem Antrag gesagt. Es wurden Fakten verlangt. Ganz wichtig ist, wir, ihr, haben entschieden, was unsere Klimaziele sind: Netto-Null-Ziel für die Verwaltung bis 2035 und Netto-Null-Ziel für die Gemeinde bis 2045. Ihr wisst alle, das dies finanzielle Mittel braucht. Ihr habt im Klimareglement klar eingeschränkt, dass dies nur für zusätzliche Aufwände gelten soll, nicht für ordentliche Gemeindeaufgaben. Das waren eure Vorgaben. Ihr habt aber auch festgelegt, dass wir einlegen sollen, wie, in welcher Art und Weise – das ist jetzt eine Möglichkeit, wie wir in den Klimafonds einlegen können, von dieser machen wir Gebrauch und wir haben das Klimamassnahmenpaket gemacht, welches ihr hier gesehen habt, welches zeigt, welches unsere Massnahmen sind, damit wir diese Netto-Null-Ziele erreichen. Dieser Klimafonds wird im Rahmen dieses Klimamassnahmenpakets genutzt.

Jetzt verstehe ich aber, dass Ihr vielleicht noch etwas Genaueres wissen wollt: Das könnte zum Beispiel sein, dass man irgendwo einen vorzeitigen Ersatz einer fossilen Heizung macht, bevor diese abgeschrieben ist. Also jetzt spreche ich für die Gemeindeverwaltung. Man könnte zum Beispiel energetischen Sanierungen, welche über dem gesetzlichen Minimum liegen, finanzieren - beim Morillon-Schulhaus machen wir so etwas zum Beispiel. Man könnte Energiespeicher finanzieren, Mehrkosten für Elektrofahrzeuge, was zuvor eindeutig gelobt wurde, dass wir hier in die richtige Richtung gehen. Umweltbildung an den Schulen, Qualitätssicherung und Monitoring, welches ebenfalls ein Reglementsartikel von euch ist.

Für das Gemeindegebiet könnten dies auch Machbarkeitsstudien und Konzepte für erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Mobilität und Kreislaufwirtschaft sein, welche von euch ja auch gefordert wurden und welche wichtig sind. Wie auch Beratungsangebote beim Klima und Energie, da auch viele Private mobilisiert, motiviert und informiert werden müssen, aber auch Pilot- oder Demonstrationsprojekte mit einem Zusammenhang zum Klimaschutz.

Dass dies nicht hierher kommt und undemokratisch sei, zu dem möchte ich am Schluss noch etwas sagen. Die allermeisten dieser Massnahmen liegen nicht in der Gemeinderatskompetenz. Ein Schulhaus liegt nicht in der Gemeinderatskompetenz. Das kommt hierher und meistens sogar vor die Bevölkerung und dort ist ausgewiesen, welchen Anteil wir über den Klimafonds finanzieren. Das heisst also, es ist nicht so, dass diese CHF 3 Mio. jetzt einfach irgendwo ausgegeben werden dürfen, sondern, dass jede Massnahme wieder nach den normalen Kreditkompetenzen ausgegeben wird und dort gilt die Einheit der Materie. Wir können also nicht irgendwie einen Teil eines Schulhauses einfach an euch vorbeischieben, dieser kommt mit dem ordentlichen Antrag. Und am Schluss seid ihr ja von der Bevölkerung gewählt, wir auch und so ist es auch nicht undemokratisch, wenn wir in unserer Finanzkompetenz Klimamassnahmen entscheiden.

Darum würde ich euch beliebt machen, dass wir diese ursprünglichen CHF 3 Mio., welche der Gemeinderat vorschlägt in den Klimafonds einzulegen, dass wir diese auch so einlegen.

Beschluss über Abänderungsantrag der FDP-Fraktion zum Nachkredit 1600.3893 "Einlage in die Vorfinanzierung des EK (Klimafonds)"

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag der FDP-Fraktion ab:

Konto: 1600.3893	Einlage in Vorfinanzierung des EK (Klimafonds)	Betrag: CHF 3'000'000.00 Betrag: CHF 1'500'000.00
---------------------	--	--

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dagegen / 16 Stimmen dafür)

Schlussabstimmung über GR-Antrag Ziffer 1

Das Parlament bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2024:

Konto		Betrag
1600.3893	Einlage in Vorfinanzierung des EK (Klimafonds)	CHF 3'000'000.00
3600.3113	Hardware	CHF 223'643.96
3620.3130	Dienstleistungen Dritter	CHF 226'731.41
3750.3144	Unterhalt Hochbauten, Gebäude	CHF 612'600.13
4500.3131	Planungen und Projektierungen Dritter	CHF 202'611.69
	Total Nachkredite Parlament	CHF 4'265'587.19

(Abstimmungsergebnis: 26 Stimmen dafür / 10 Stimmen dagegen / 1 Enthaltung)

Beschluss über GR-Antrag Ziffer 2

1. Das Parlament genehmigt den Jahresbericht 2024, bestehend aus:
 2. 2.1 Jahresbericht 2024 Finanzen, der bei Aufwendungen von CHF 259'963'278.54 und Erträgen von CHF 263'491'919.01 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 3'528'640.47 abschliesst (Ergebnis im allgem. Haushalt / Steuerhaushalt CHF 3'495'875.31), wie auch die Bestandesrechnung die per 31. Dezember 2024 mit Aktiven und Passiven von je CHF 514'041'800.78 abschliesst.
 3. (Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen dafür / 2 Stimmen dagegen / 13 Enthaltungen)
- 2.2 Jahresbericht 2024 Produktgruppen (Verwaltungsbericht).
(Abstimmungsergebnis: einstimmig)

PAR 2025/40

Personalreglement, Teilrevision

Beschluss; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage; Motion V2117

Ein wichtiger Auslöser der Überarbeitung des Personalrechts war die Motion V2117. Der Inhalt dieser Motion fand sowohl im Gemeinderat wie im Parlament eine sehr breite Zustimmung. Mit der Erheblicherklärung im Jahr 2021 erteilte das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag bezüglich Personalreglement. Betreffend Personalverordnung und Weisungen gab es dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

Aufgrund der Tragweite des Reglements beantragte der Gemeinderat die Beratung durch eine nicht-ständige parlamentarische Kommission gemäss Art. 66 GO. Der Auftrag wurde wie folgt definiert:

- Der Gemeinderat wird der Kommission einen Entwurf mit Änderungen im Personalreglement vorlegen. Die Kommission "Personalrecht" hat die Aufgabe, den Entwurf zu begutachten. Sie kann eine Stellungnahme an den Gemeinderat abgeben, die Empfehlungen und Anträge enthält. Gestützt darauf wird der Gemeinderat den Parlamentsantrag ausarbeiten. Die Kommission wird den Parlamentsantrag zuhanden des Parlaments vorberaten. Die Kommission erstattet dem Parlament Bericht über die wesentlichen Ergebnisse der Überarbeitung und gibt eine Abstimmungsempfehlung zu Händen des Parlaments ab.

- Der Gemeinderat wird der Kommission auch bekanntgeben, wie er jene Inhalte der Motion umzusetzen gedenkt, die nur Richtliniencharakter haben (Änderungen der Personalverordnung; allenfalls Änderungen bei Weisungen des Gemeinderats). Es ist vorgesehen, dass sich die Kommission auch bei diesen Punkten einbringen kann. Der Gemeinderat wird dem Parlament Bericht erstatten.

2. Weitere ins Geschäft eingeflossene Arbeiten

Der Gemeinderat hatte in Zusammenarbeit mit der Personalabteilung, dem Führungskader sowie den Mitarbeitenden bereits vorgängig verschiedene Unterlagen erarbeitet und verabschiedet, welche als Kompass für die Personalpolitik der nächsten Jahre gelten:

- Personalstrategie 2021-2025
 - . Ziel 1: Die Gemeinde positioniert sich als attraktive Arbeitgeberin
 - . Ziel 2: Die Gemeinde Köniz bezahlt marktgerechte Löhne
 - . Ziel 3: Die Zusammenarbeit ist geprägt von gegenseitiger Wertschätzung
 - . Ziel 4: Alle Mitarbeitenden der Gemeinde Köniz entwickeln sich mit dem Ziel, ihre Aufgaben für die Gemeinde optimal erfüllen zu können
- Führungsgrundsätze
- Personalentwicklung der Gemeinde Köniz – Rahmenkonzept
- Personalentwicklung der Gemeinde Köniz – Teil Nachwuchsausbildung
- Mitarbeitendenbefragung
- Weitere, zumeist im Tagesgeschäft festgestellte Pendenzen und Lücken

All dies gehörte ebenfalls zur Basis für die Überarbeitung des Personalrechts.

3. Weitere parlamentarische Vorstösse

Im Parlament wurden zusätzlich zur Motion V2117 weitere Vorstösse eingereicht, die ebenfalls Änderungen im Personalrecht verlangen. Die meisten dieser Änderungen sind in die Personalverordnung einzuarbeiten, die in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Der Gemeinderat gibt dem Parlament informationshalber auch den Änderungsentwurf der Personalverordnung. Der Gemeinderat beabsichtigt, nach der Behandlung durch das Parlament die Verordnungsänderung im August 2025 zu beschliessen.

Die erwähnten Vorstösse sind die folgenden:

- V2109 Postulat "Gleichstellung dank Elternzeit und Arbeitszeit"
- V2134 Motion "Whistleblowing für Mitarbeitende der Gemeindeverwaltung"
- V2303 Postulat "Dreiwöchiger vorgeburtlicher Mutterschutz"

Die Abschreibung der Vorstösse wird später im Jahr 2025 beantragt.

4. Kurze Information über die geleistete Arbeit

Nach der verwaltungsinternen Vorarbeit wurden die Entwürfe in zahlreichen Sitzungen mit dem Gemeinderat und mit der nichtständigen Kommission diskutiert und bearbeitet, mehrmals auch unter direktem Einbezug der Personalvereinigung. Im Frühjahr 2025 wurden alle Direktionen zum Mitbericht eingeladen. Am 23. April 2025 konnte der Gemeinderat das Geschäft verabschieden. Die Vorberatung durch die nichtständige Kommission fand am 13. Mai 2025 statt.

5. Inhalt der Teilrevision

Köniz ist als Arbeitgeberin grundsätzlich gut aufgestellt. Das hat eine Benchmark-Analyse gezeigt, das heisst ein Vergleich mit anderen Verwaltungen. Das Arbeitszeitmodell hält dem Vergleich stand und auch das Lohnsystem: Köniz bezahlt faire und marktfähige Löhne. Es braucht aber Anpassungen im Personalrecht, damit die Gemeinde als Arbeitgeberin attraktiv bleibt.

Der Gemeinderat hat ein Paket geschnürt, das den Mitarbeitenden verschiedene Verbesserungen bringt. Die Änderungen betreffen unter anderem die Arbeitszeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Lohnsystem. Der Gemeinderat hat damit auch zentrale Kritikpunkte aus der 2023 durchgeführten Mitarbeitendenbefragung aufgenommen. Nachfolgend die wichtigsten Punkte. Detaillierte Informationen finden sich in den Beilagen.

- **Arbeitszeit:** Die Wochenarbeitszeit wird von 42 auf 41 Stunden reduziert, das entspricht sechs freien Tagen pro Jahr;
- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf:** zusätzlich drei Wochen vorgeburtlicher Mutterschutz und eine zusätzliche Elternzeit von vier Wochen; höhere Familienzulagen (freiwillige Gemeindefamilienzulage für alle Mitarbeitenden mit Kindern);
- **Lohnsystem:** Die Lohnentwicklung soll einfacher und flexibler werden, Lohnbänder statt Lohnstufen;
- **Aus- und Weiterbildung:** Die Möglichkeiten für Beiträge der Gemeinde werden erweitert (finanzielle Beiträge und Zeitgutschriften).

Im Rahmen des Postulats "V2109 Gleichstellung dank Elternzeit und Alterszeit" hat der Gemeinderat die Aufgabe erhalten, die Freizeitregelung für die Mitarbeitenden der Gemeinde Köniz zu überprüfen. Als Teil dieser Überprüfung wird der Ferienanspruch für Mitarbeitende im Alter von 45 bis 60 Jahren im Gegenzug zur Reduktion der Wochensollarbeitszeit angepasst. Trotz dieser Reduktion bleibt der Ferienanspruch im Vergleich zu anderen Verwaltungen jedoch weiterhin marktkonform. Dem Gemeinderat ist wichtig anzumerken, dass die beiden Änderungen als Gesamtpaket zu verstehen sind und zusammen betrachtet werden sollten. Nachfolgend werden zu beiden Massnahmen für das Parlament zusätzliche Informationen aufgeführt.

a. Reduktion Ferienanspruch für 45- bis 65-jährige Mitarbeitende

Der Ferienanspruch für die 45- bis 65-jährigen Mitarbeitenden soll leicht korrigiert werden. Mitarbeitende ab 45 Jahren sollen 26 Tage Ferien erhalten, ab 50 beträgt der Ferienanspruch 30 Tage und ab 60 sind es 35 Tage. Der Gemeinderat schlägt eine Übergangsfrist von drei Jahren vor. Die neue Regelung ist mit denjenigen von anderen öffentlichen Arbeitgebern vergleichbar.

b. Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden

Im Vergleich mit anderen grösseren öffentlichen Verwaltungen fiel auf, dass sie 40 oder 41-Stunden-Wochen kennen (Thun, Biel 41 Std./ Stadt Bern 40 Std.). Das Thema Wochenarbeitszeit wurde auch in der Mitarbeitendenbefragung angemerkt. Nachfolgend die wichtigsten Gründe für die Reduktion der Wochenarbeitszeit:

- Steigerung der Produktivität: Studien zeigen, dass kürzere Arbeitszeiten die Effizienz und Leistungsfähigkeit steigern können, da Mitarbeitende erholter und fokussierter arbeiten. Dies ist ein wichtiger Grund, warum die leichte Reduktion der Wochenarbeitszeit für viele Funktionen keine Auswirkung auf neue Stellenprozente und damit auf höhere Kosten haben wird.
- Verbesserung der Work-Life-Balance: Eine kürzere Arbeitswoche kann die Work-Life-Balance der Mitarbeitenden verbessern, was zu höherer Zufriedenheit und geringerer Fluktuation führt. Dies kann langfristig die Kosten für die Rekrutierung und Einarbeitung neuer Mitarbeitenden senken.
- Mitarbeiterbindung: Eine solche Massnahme kann als Zeichen der Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden gesehen werden, was die Bindung an die Verwaltung stärkt und die Kultur positiv beeinflusst.
- Verbesserung der Gesundheit und weniger krankheitsbedingte Abwesenheit: Wie bei den vorherigen Punkten aufgeführt, hat die Reduktion der Arbeitszeit eine positive Auswirkung auf die Effizienz, Gesundheit und Bindung der Mitarbeitenden. Die Gemeinde ist aber auch erfolgreicher auf dem Stellenmarkt, da die Wochenarbeitszeit ein Punkt ist, der bei der Rekrutierung positiv wiegt. Damit reduziert sich die Gefahr, dass Mitarbeitende durch langfristig nicht besetzte Stellen Überstunden leisten und/oder überlastet sind. Dies kann zu krankheitsbedingten Abwesenheiten führen, die auch Kosten verursachen.
- Zusätzliche Stellenprozente in Einzelfällen möglich: Der Gemeinderat geht davon aus, dass in einzelnen Funktionen die Reduktion der Arbeitszeit tatsächlich dazu beiträgt, dass es zusätzliche Stellenprozente braucht. Allerdings geht er aufgrund seiner Erfahrungen nicht davon aus, dass die Reduktion der Arbeitszeit um 1 Stunde pro Woche alleine als Begründung für zusätzliche Stellenprozente ausreicht.

Vielmehr sind zusätzliche benötigte Stellenprozente das Ergebnis von unterschiedlichen Gründen: Auftragsveränderung/-ausweitung, organisatorische Gründe, etc. Der Gemeinderat wird auch in Zukunft alle zusätzlichen Stellenprozente, die beantragt werden, einzeln und genau prüfen und wird dabei das Personalbudget immer genau im Auge haben.

6. Finanzen

Die finanziellen Aspekte des Geschäfts sind im Faktenblatt Kostenzusammenstellung dargestellt (Beilage 6).

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Parlament beschliesst die Änderung des Personalreglements gemäss vorgelegtem Entwurf.
2. Die Änderungen der Artikel 51 und 56 Personalreglement treten am 1. Januar 2027 in Kraft, alle übrigen Änderungen des Personalreglements am 1. Januar 2026.

Köniz, 21.05.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Erläuterungen zur Teilrevision Personalrecht
- 2) Änderungsvorlage Personalreglement, synoptische Darstellung – zum Beschluss
- 3) Änderungsvorlage Personalverordnung, synoptische Darstellung – zur Information
- 4) Personalentwicklung - Anhang 2 Externe Aus- und Weiterbildung (Art. 38)
- 5) Anhang 6 – Auszug aus dem Strafregister und dem Betreibungsregister
- 6) Faktenblatt Kostenzusammenstellung

Diskussion

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Bei diesem Geschäft handelt es sich um einen Beschluss der Direktion Präsidiales und Finanzen. Die Sitzungsakten beinhalten den Bericht und den Antrag des Gemeinderates sowie die Tischvorlage mit Abänderungsanträgen. Wir gehen wir folgt vor: Zuerst hat der Präsident der vorberatenden Kommission das Wort. Dann kommen wir zur allgemeinen Diskussion über die Vorlage mit den Fraktionsvoten, Einzelvoten und Gemeinderatsvotum. Danach gehen wir zur Detailberatung über mit den Voten zu den einzelnen Artikeln des Reglements, mit den Anträgen, der Fraktions- und Einzelvoten und des Gemeinderatsvotums. Danach stimmen wir ab. Mit Mail vom 10. Juni habe ich darauf hingewiesen, dass Anträge zum Reglementsentwurf schriftlich vorliegen müssen. Beim Versand der Tischvorlage habe ich darum gebeten, dass auf die Abänderungsanträge zum Reglement erst in der Detailberatung eingegangen wird.

Frage an den Gemeinderat, gibt es neue Erkenntnisse oder Ergänzungen zum schriftlichen Bericht?

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ich habe nach Rückmeldung mit der Personalkommission vereinbart, dass ich noch folgende neue Erkenntnisse, welche euch auch im Teamraum zur Verfügung standen, hier zu Protokoll gebe: Der Gemeinderat wird die Reduktion der Wochenarbeitszeit budgetneutral umsetzen. Er geht davon aus, dass die Einführung der 41-Stunden-Woche zu einer Steigerung der Produktivität, Verbesserung der Work-Life-Balance, besseren Mitarbeitendenbindung und einer Verbesserung der Gesundheit und weniger krankheitsbedingte Abwesenheiten führt. Falls es in gut begründeten Einzelfällen zu zusätzlichen Stellenprozente kommen sollte, wird der Gemeinderat diesen Aufwand anderweitig kompensieren. Die Direktionsvorstehenden werden dafür sorgen, dass diese Informationen innerhalb der Verwaltung bekannt sind und entsprechend umgesetzt werden. Ich werde dann im Hauptantrag noch einige Punkte dazu sagen.

Präsident nichtständige Kommission Personalreglement, Reto Zbinden, SVP: Als Präsident dieser nichtständigen Kommission Personalreglement darf ich heute endlich etwas zu unserem Geschäft sagen. Wir haben dieses in den letzten mindestens 1 ½ Jahren erarbeitet, zusammen mit dem Gemeinderat und zusammen mit der Verwaltung.

Es ist ein sehr wichtiges Geschäft für die Gemeinde. Nur mit guten und motivierten Mitarbeitenden können wir gute Dienstleistungen für die Bevölkerung erbringen und auch die Zielerreichung, zum Beispiel die Legislaturziele hängen ganz direkt und spürbar mit den Mitarbeitenden zusammen. Die Überarbeitung des Personalreglements betrifft also unsere über 700 Mitarbeitenden. Es geht um das Herzstück: Um die Arbeitsbedingungen. Und auch um die Positionierung der Gemeinde als moderne, starke Arbeitgeberin im Wettbewerb um Fachkräfte.

Ich will vorweg einen grossen Dank an alle Beteiligten richten. Unseren Mitgliedern in der Kommission: Dominic Amacher, Toni Eder, Monika Röthlisberger und Isabelle Steiner sowie auch den früheren Mitgliedern, welche leider nicht mehr im Parlament sind, Rahel Gall und Dominic Fischli. Es war eine sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit und auch eine langjährige Zusammenarbeit. Wir konnten die allermeisten Entscheide einstimmig entscheiden, wir konnten immer offen und vorwärtsgerichtet diskutieren und es hat mich wirklich sehr gefreut, mit euch zusammen zu arbeiten.

Ich danke auch dem Gemeinderat, insbesondere Tanja Bauer, welche meistens an den Sitzungen mit dabei war - wenn es gewünscht war, immer – wie auch der Personalabteilung, namentlich Manfred Rohrer und Marianne Appenzeller, der Fachstelle Recht, mit Roland Feuz und Franziska Schmucki und vor allem auch Stefan Rey, welcher uns begleitet, das Protokoll geführt, die Organisation übernommen und uns stets unterstützt hat.

Ein grosser Dank geht auch an Gabriela Küng, welche als Vertreterin der Personalvereinigung im ganzen Prozess involviert war. Und wir durften auch mit externen Fachleuten zusammenarbeiten, ich komme später noch darauf zurück.

Die Teilrevision geht auf mehrere erheblich erklärte Vorstösse zurück. Insbesondere auf die Motion V2117 der SVP "Überarbeitung des Personalrechts in der Gemeinde Köniz" aus dem Jahr 2021. Den Auftrag an die nichtständige Kommission habt ihr am 18. September 2023 erteilt. Man hat damals beschlossen, die Kommission auf fünf Mitglieder zu reduzieren und das hat sich aus meiner Sicht bewährt - ich habe es zuvor bereits gesagt, wir konnten wirklich sehr effizient, lösungsorientiert und sachlich arbeiten.

Die Kommission hat auf Grundlage von zahlreichen Dokumenten gearbeitet. Da wäre die Personalstrategie 2021-2025, die Führungsgrundsätze, das Personalentwicklungskonzept, das ganze Rahmenkonzept und dort insbesondere auch der Teil Nachwuchs, das Konzept Lärmmanagement und schliesslich wurde per 1. Januar 2023 die Personalverordnung leicht angepasst. Und "last but not least", wurde im Jahr 2023 eine Mitarbeitendenbefragung durchgeführt und dieser Ergebnisbericht ist ebenfalls in unsere Arbeit eingeflossen. Diese Grundlagen haben uns klare Leitplanken für unsere Arbeit gegeben.

Mit dieser Überarbeitung konnten diverse Vorstösse erfüllt werden. Das wäre von der SP/JUSO der "dreiwöchige vorgeburtliche Mutterschutz", von der GLP-EVP-Mitte die "Gleichstellung dank Elternzeit und Altersteilzeit", die SVP mit dem Personalrecht und dann haben die Mitglieder der GPK das Whistleblowing eingebracht, etwas, womit wir uns in dieser Überarbeitung ebenfalls beschäftigt haben. Die SP hatte noch weitere Vorstösse, die "Beibehaltung des von der Gemeinde entschädigten Vaterschaftsurlaubs" und "10 Tage Urlaub bei der Geburt eines Kindes für alleinerziehende Mütter, Mütter in eingetragenen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, Witwer und Adoptiveltern". Das alles ist hier eingeflossen.

Zusammen mit der Gemeindepräsidentin und der Personalabteilung haben wir eine Arbeitsplanung gemacht. Wir definierten drei Arbeitspakete:

1. Das erste Paket beinhaltete allgemeine Bestimmungen, die Rechtspflicht, die Personalbeurteilung, die Förderung und Personalentwicklung.
2. Das zweite Paket umfasste die Ausgaben für das Personal, den Stellenplan, die Begründung, die Änderung und die Beendigung des Arbeitsverhältnisses, öffentliche Ämter und Nebenbeschäftigungen, die Arbeitszeit, Ferien und Urlaub, arbeitsfreie Tage sowie Lohn und finanzielle Leistungen. Die zwei letzten Punkte haben wir dann schlussendlich ins Arbeitspaket drei verschoben, darauf komme ich noch zurück.
3. Das Arbeitspaket 3 hat ausserdem die Arbeitszeit, Ferien, Urlaub, arbeitsfreie Tage, Lohn und andere finanzielle Leistungen und die Übergangs- und Schlussbestimmungen beinhaltet. Ihr seht, Paket Nr. 3 wurde relativ umfangreich, aber es war gut, haben wir uns diese Zeit genommen um auch nochmals darüber diskutieren zu können.

Zu Beginn durften wir von zwei externen Fachpersonen die Expertisen geniessen. Dr. Iwan von Wartburg von der Firma Perinnova zeigte uns einen interkommunalen Vergleich über das Lohnsystem auf. Unser System war schon zuvor transparent, die Einführung der Lohnbänder ab 2027 bringt aber mehr Transparenz und Klarheit und erhöht auch ein bisschen den Handlungsspielraum.

Er hat dies sehr empfohlen. Die Arbeitszeitanalyse, welche durch Monika Bigler, von der Firma Empiricon gemacht wurde, hat hervorgehoben, dass wir auch bereits heute gute Arbeitszeitmodelle bieten und dass die Reduktion auf die 41-Stundenwoche, welche euch hier vorliegt, zeitgemäss und konkurrenzfähig ist.

Die Kommission konnte festhalten, dass Köniz bereits zuvor eine gute Arbeitgeberin war und die Revision wird diese Position weiter festigen. Man konnte also bereits zuvor sagen, dass wir immer gut zum Personal geschaut haben. Wir hatten zuvor bereits gute Arbeitsbedingungen, das war sehr wichtig für die Kommission und hat uns auch sehr beruhigt.

Ich komme zu den wichtigsten Inhalten der Revision:

- Die Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden: Die Kommission begrüsst diese Reduktion grundsätzlich. Sie hatte bezüglich der budgetneutralen Umsetzung gewisse Vorbehalte. Ihr habt die Ergänzung erhalten und der Parlamentsantrag wurde ebenfalls nochmals überarbeitet. Das war auch der Grund, warum ihr dies etwas später als üblich erhalten habt. Daran ist die Kommission schuld und nicht der Gemeinderat. Die Stellungnahme des Gemeinderates wurde nun nachgeliefert, darum ist die Kommission nun auch einverstanden. Das ist genau das, was wir in der Kommission besprochen hatten.
- Dann die Anpassung der Ferienregelung bei den älteren Mitarbeitern: Hier hatte Köniz eine überaus grosszügige Regelung. Diese soll jetzt mit der Anpassung der Wochenarbeitszeit gleichzeitig etwas kompensiert werden. Das ist ein Paket und darum bin ich froh, dass keine Anträge zu diesen beiden Themen vorliegen. Diese hängen sehr eng zusammen und wenn wir dies heute hätten diskutieren müssen, dann wäre dies schwierig geworden.
- Dann der vorgeburtliche Mutterschutz von drei Wochen und diese vier Wochen zusätzliche Elternzeit: Diese sind auf die bereits erwähnten Vorstösse zurückzuführen. Es ist sicherlich grosszügig, aber die finanziellen Folgen sind überschaubar und tragbar, weshalb sie auch von der Kommission akzeptiert werden. Und wir sehen auch, dass die Gemeinde hier eine gewisse Vorbildfunktion übernehmen soll.
- Die zusätzliche freiwillige Gemeindefamilienzulage: Auch das ist grosszügig. Der Antrag erfolgt aufgrund der Auswertung der Mitarbeitendenbefragung, welche ich auch bereits erwähnt habe. Das gab in der Kommission bereits zu reden und ist heute vermutlich das umstrittenste Thema. Die Kommission steht aber zu dieser freiwilligen Gemeindefamilienzulage.
- Dann die Regelung zum Whistleblowing: Auch das ist auf einen parlamentarischen Vorstoss zurückzuführen. Die Kommission hat hier eingebracht, dass diese Stelle unabhängig, aber nicht zwingend extern sein muss. Das ist umgesetzt und lässt Spielraum für die Ausgestaltung in der Zukunft. Hier ist die Kommission ebenfalls voll dafür. Wir fanden es gut, konnten wir dies in diesem Schritt hier gleich integrieren und erledigen.
- Dann die Einführung der Lohnbänder: Diesen Punkt kann man erst auf das Jahr 2027 umsetzen. Dies war in der Kommission unbestritten und wurde von der Firma Perinnova so empfohlen. Dies gibt mehr Flexibilität und junge Mitarbeitende können besser gefördert werden, was sehr zu begrüssen ist. Zu diskutieren gab der Einführungstermin. Wir haben heute eine separate Abstimmung darüber. Das ist sicherlich nicht ganz perfekt, aber wenn man die ganze Situation anschaut, dann ist dies die beste Lösung und darum bitten wir euch, dem zuzustimmen.
- Verbesserte Aus- und Weiterbildung: Auch hier haben wir einen überwiesenen Vorstoss der SVP-Fraktion "Verstärkte Aus- und Weiterbildung in der Gemeinde Köniz". Die Kommission begrüsst, dass der Willen, künftig noch mehr Fachpersonen intern aus- und weiterzubilden, jetzt auch im Reglement abgebildet wird. Aber klar, schlussendlich muss es dann im Operativen umgesetzt werden, aber das Reglement bildet hier jetzt eine gute Basis dafür.

Ihr seht, wir konnten hier sehr viele Vorstösse umsetzen und einbeziehen. Bei einigen Artikeln wollten wir die Formulierungen noch etwas vereinfachen, aber eine komplette Neuformulierung wäre zu aufwändig geworden und wir haben dies aus Kostengründen abgelehnt, da eine externe Unterstützung notwendig geworden wäre. Und dann wäre noch der zweite Punkt dazu gekommen, dass das Reglement und die Verordnung kongruent sein sollten und das ist hiermit der Fall.

Ich komme noch zu den finanziellen Folgen: Sie waren ein zentrales Thema bei der Arbeit der Kommission und aufgrund dessen habt ihr die Stellungnahme des Gemeinderates noch erhalten. Die Reduktion der 41-Stunden-Woche kann mehrheitlich budgetneutral umgesetzt werden. Das ist möglich, das kann ich aus meiner eigenen Erfahrung sagen, und ich habe es auch in anderen Unternehmen gesehen, dass dies wirklich möglich ist. Wenn man dies gut macht und kommuniziert, dann sollte das ohne Mehrbelastung des Budgets möglich sein. Es ist sicherlich wichtig, dass auch hier die Mitarbeitenden mitgenommen werden.

Es sind noch drei budgetrelevante Punkte welche bleiben: Das sind die Gemeinde-Familienzulage, die Förderung der Aus- und Weiterbildung und die Pikettentschädigung wie auch einige technische Investitionen, wie zum Beispiel für das neue Lohnprogramm, welches für die Umsetzung der neuen Lohnbänder notwendig wird. Ihr habt dies alles im Anhang ausgewiesen, ich gehe hier nicht im Detail auf die einzelnen Punkte ein. Ihr seht, welchen Voranschlag wir erhalten haben und auch hier ist klar, dass man dies nicht auf den Rappen genau ausweisen kann. Aber wir haben hier eine sehr transparente Darstellung, welche euch zugänglich gemacht wurde.

Zum Schluss: Ich will besonders betonen, dass die Revision wirklich spürbare Verbesserungen für unsere Mitarbeiter mit sich bringt. Sei es mehr Zeit für Familie und Erholung, eine klarere Lohnstruktur, gezieltere Weiterbildung oder eine stärkere soziale Absicherung. Es sind nicht nur kosmetische Anpassungen, sondern es sind wirklich Fortschritte im Sinne einer modernen, fairen und zukunftsorientierten Personalpolitik. Die Menschen, welche für unsere Gemeinde arbeiten, sind das Fundament des täglichen Funktionierens in unserer Gemeinde - sei es in der Schule, im Werkhof, in der Verwaltung, im Sozialdienst, in der IT, bei den Immobilienprojekten und vielen mehr. Mit dieser Revision sagen wir auch, eure Arbeit zählt und ihr verdient gute Rahmenbedingungen. Ich danke den Mitarbeitenden der Gemeinde Köniz an dieser Stelle herzlich für ihren täglichen Einsatz für die Bevölkerung.

Die nichtständige Kommission hat folgende Beschlüsse gefällt:

1. Die nichtständige Kommission stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Grundlagen und Informationen vorliegen.
2. Die Kommission empfiehlt dem Parlament, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Wir haben beide Beschlüsse einstimmig gefällt.

Mit dieser Revision stärken wir die Attraktivität unserer Gemeinde als Arbeitgeberin, die Verlässlichkeit des Personalrechts und die Glaubwürdigkeit gegenüber den Mitarbeitenden. Ich danke nochmals allen Beteiligten ganz herzlich für die sachliche und engagierte Arbeit und bitte um Zustimmung zur Vorlage.

Zu den vorliegenden Anträgen hat die Kommission keine Beschlüsse gefällt. Es sind sicherlich zwei Themen, welche auch in der Kommission intensiv und auch kontrovers diskutiert wurden.

Allgemeine Diskussion

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne: Ein grosses Merci an die Verwaltung und das Präsidium und an die Kolleginnen und Kollegen der Personalkommission für die gute Vorbereitung dieses Geschäfts. Die Grünen/Jungen Grünen haben dieses überarbeitete Personalreglement gut aufgenommen und sind der Meinung, dass die Gemeinde Köniz mit den vorgeschlagenen Änderungen als zeitgemässe Arbeitgeberin gute Karten hat und weiterhin gute Mitarbeitende für sich gewinnen kann. Wir stimmen also den beiden Anträgen des Gemeinderates zu.

Wir begrüssen besonders, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit verschiedenen Massnahmen erleichtert wird. Das ist aus unserer Sicht bitter nötig und eine der grossen gesellschaftlichen Herausforderungen, bei welcher wir unbedingt noch weiterkommen müssen. Die Reduktion der Arbeitszeit ist ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung und die Schaffung einer unabhängigen Anlaufstelle für Whistleblower wird jetzt auch endlich Realität. Super! Die Reduktion der Ferientage für die älteren Mitarbeitenden ist ein kleiner Wermutstropfen, welcher aber aus unserer Sicht durchaus vertretbar ist, weil vergleichbare Arbeitgeber auch weniger Ferien haben und man dies mit den reduzierten Arbeitsstunden kompensieren könnte. Wir vertrauen aber darauf, dass die Führungskräfte dem auch Rechnung tragen und den älteren Mitarbeitenden gut Sorge tragen.

Die zwei Anträge der GLP-EVP-Mitte-Fraktion und von der FDP/SVP-Fraktion, haben uns aber doch etwas erstaunt. Wir sind davon ausgegangen, dass wir hier ein ausgewogenes Paket an Massnahmen haben und sich alle mit weiteren Forderungen zurückhalten. Darum haben wir auch keine Anträge gestellt. Wir lehnen beide Anträge ab. Die Vertrauensarbeitszeit haben wir in der Kommission mehrmals und ausführlich diskutiert und es hat sich gezeigt, dass weder bei der Personalvereinigung noch bei den betroffenen Mitarbeitenden ein Interesse dafür besteht. Darum findet es eine Mehrheit in unserer Fraktion nicht nötig, der Verwaltung hier etwas aufzudrücken, was niemand wirklich will.

Den Antrag zur Gemeindefamilienzulage der GLP-EVP-Mitte-Fraktion lehnen wir ab, weil wir finden: Einfache Lösungen sind gute Lösungen. Der Antrag führt zu komplizierteren Prozessen und administrativem Mehraufwand, sowohl bei den Mitarbeitenden, als auch beim Personaldienst. Die Einsparung, welche diesem Aufwand gegenübersteht, ist in keinem Verhältnis. Wir nehmen an, dass einige Mitarbeitende, welche diese Zulage heute erhalten, in Zukunft darauf verzichten werden müssen, da eben auch viele Betriebe solche Familienzulagen haben und ihre Partner oder Partnerinnen dann vielleicht eben schon eine solche Zulage bekommen.

Kinder haben bedeutet in der Schweiz immer noch für zu viele Familien mit zu schmalen Einkommen ein Armutsrisiko. Aus Sicht der Grünen/Jungen Grünen sollten wir alle Massnahmen ergreifen, welche dem entgegenwirken. Darum lehnen wir auch den Antrag der SVP/FDP ab. Wenn man dann mit diesem Gemeinde-Familienzuschlag sparen will, dann würden wir eher vorschlagen, dass man diese Zulagen in den höheren Lohnklassen ganz streicht oder sie dann beispielsweise nur in den unteren Lohnklassen auszahlt.

Wenn beide Eltern bei der Gemeinde Köniz arbeiten, dann sollen beide diese Zulage erhalten. Wenn der Vater beim Bund oder bei der Landi arbeitet und dort auch eine Zulage erhält, dann soll die Mutter die Könizer Zulage ebenfalls erhalten. Wenn die Gemeinde den Mitarbeitenden Reka-Checks abgeben würde, dann würde man ja auch nicht fragen, ob der Partner dann auch Reka-Checks bekommen würde und wie viele. Aus unserer Sicht ist die Gemeindefamilienzulage eben ein freiwilliger Beitrag der Gemeinde – ähnlich wie Reka-Checks – und nicht ein staatlicher Beitrag pro Kind, wie die Familienzulage des Kantons, welche ja nur ein Elternteil erhält. Darum sehen wir hier auch überhaupt keinen technischen Fehler.

Und noch etwas: Wenn wir hier jetzt beschliessen, dass die Gemeindefamilienzulage familienintern aufgerechnet werden soll, könnt ihr sicher sein, dass in den allermeisten Fällen einmal mehr die Väter diese Zulage erhalten. Die Mütter haben wieder einmal das Einsehen und die Gleichstellung können wir rauchen.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Isabelle Steiner, SP Frauen: Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und bei der Verwaltung für die sorgfältig vorbereitete Vorlage. Herzlichen Dank auch an Reto Zbinden für die gute und produktive Leitung der Personalkommission zur Begleitung dieses Geschäfts.

Bevor ich auf die konkreten Inhalte der Vorlage eingehe, möchte ich einige Worte zur Ausgangslage verlieren: Aktuell arbeiten nämlich über 1'000 Personen für unsere Gemeinde. Sie sorgen dafür, dass unsere Gemeinde funktioniert - vom Baugesuch über die Strassenreinigung bis zur Sozialhilfe oder Badeaufsicht. Diese Leute haben unseren Respekt verdient und gute Arbeitsbedingungen sind vielleicht der wichtigste Ausdruck dieses Respekts. Das ist Teil 1 der Ausgangslage.

Teil 2 ist aber auch, dass wir uns aktuell in einem sogenannten Arbeitnehmermarkt befinden. Bereits heute haben wir einen akuten Fachkräftemangel. In der Gemeindeverwaltung sind bereits heute Stellen unbesetzt, weil sich kein geeignetes Personal hat finden lassen. Dazu kommt, dass ein wesentlicher Teil der Belegschaft in den kommenden Jahren pensioniert wird. Der Fachkräftemangel wird sich also eher noch verschärfen. In diesem Umfeld können Arbeitnehmende wählen, was ihnen wichtig ist: Die hohen Löhne beim Kanton oder Bund, Rentenalter 63 und 40-Stundenwoche bei der Stadt Bern oder die 40 Tage Vaterschaftsurlaub in Fribourg. Und auch die Privatwirtschaft hat längst begonnen, sich um die besten Mitarbeitenden zu konkurrenzieren und verbessert ihre Argumente auf dem Arbeitsmarkt stetig. Gute Arbeitsbedingungen sind darum eine absolute Notwendigkeit, um genügend gute Leute zu finden, damit wir als Gemeinde attraktiv und funktionsfähig bleiben.

Der vorliegende Entwurf ist ein fein austariertes Gesamtwerk. Es hat grosse und viele kleine Verbesserungen für das Personal. Die grosse Verbesserung ist die Reduktion der Wochenarbeitszeit, welche allen Mitarbeitenden mehr Lebensqualität gibt und so zu einer höheren Motivation und Identifikation führt. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst diese Massnahme explizit.

Weitere wichtige Verbesserungen gibt es aus unserer Sicht insbesondere bei der Vereinbarkeit: Mit der vierwöchigen bezahlten Elternzeit erfüllt die Gemeinde eine dringende Notwendigkeit. Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung. Mit dem vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub wird eine Forderung der SP/JUSO umgesetzt, welche die Mütter in dieser Phase der Schwangerschaft entlastet und der Gemeinde Planungssicherheit bietet.

Hervorheben möchten wir auch die Verbesserungen bei der kommunalen Familienzulage: Das bisherige System, welches nur die hauptverdienende Person begünstigt hat, war unfair und das wird jetzt korrigiert. Erfreut sind wir auch darüber, dass diese Beiträge auf Verordnungsebene noch etwas angehoben werden sollen.

Ewas irritiert hat unsere Fraktion festgestellt, dass die betriebliche Mitwirkung der Fachgruppe Gleichstellung eingeschränkt werden soll. Dafür mag es Gründe geben, beispielsweise, dass diese Gruppe in letzter Zeit offenbar nicht mehr sehr aktiv war. Umso mehr gilt es aus unserer Sicht sicherzustellen, dass die Gleichstellung einen fixen Bestandteil des Führungsalltags und von allen Führungshandlungen bildet. Noch immer haben wir viel zu wenige Frauen in Kaderpositionen, wir haben es zuvor im Jahresbericht gehört, da sehen wir Handlungsbedarf.

Auch bei der Ausarbeitung des weiteren Lohnsystems muss die Gleichstellung eine spezielle Aufmerksamkeit genießen. Bei der Umstellung auf Lohnbänder müssen die Kriterien für die Lohnberechnung so ausgestaltet werden, dass diese Lohngleichheit gewährleistet ist, was heisst, dass es gerecht und transparent ist.

Die Kehrseite der Vorlage sind aus unserer Sicht hauptsächlich die Abstriche beim Ferienanspruch von älteren Mitarbeitenden. Das ist ein unschönes Zeichen, da es meist erfahrene und teilweise auch besonderes treue Mitarbeitende trifft. Trotzdem ist die SP/JUSO-Fraktion bereit, diese Kröte zu schlucken, denn das vorliegende Geschäft ist als Gesamtpaket zu betrachten und das setzen wir so auch um. Das neue System, in welchem die Ferien nicht alle paar Jahre um einen Tag steigen, sondern in grösseren Abständen um eine ganze Woche, ist auch nachvollziehbar. Wir hoffen hier auf die Solidarität der betroffenen Mitarbeitenden. Sie machen damit den Weg frei, damit heute Abend hoffentlich auch alle anderen von Verbesserungen profitieren können.

Und schliesslich hätte man aus unserer Sicht in einigen Punkten noch etwas weiter gehen können, zum Beispiel bei der Mitfinanzierung von Weiterbildungen. Der Posten in der Höhe von CHF 100'000, da haben wir das Gefühl, da hätte man noch mehr investieren können.

Insgesamt ist die Vorlage eine sinnvolle Modernisierung, welche wichtige Verbesserungen enthält. Wir werden dieser Vorlage in dieser Form insgesamt zustimmen. Zu den Anträgen komme ich dann in der Detailberatung.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Toni Eder, Die Mitte: Ich mache es ganz kurz: Es wurde sehr viel Arbeit geleistet. Vielen Dank dafür und danke der Gemeindepräsidentin, dem Gemeinderat und auch der Verwaltung. Es ist keine Riesenänderung, es war ja auch nur eine Teilrevision. Aber in der Sache sind die Änderungen wirksam und überhaupt nicht klein. Die Gemeinde bleibt damit nicht nur eine gute Arbeitgeberin, nein, sie wird sogar eine noch bessere Arbeitgeberin.

Ich wiederhole nicht nochmals alle Details, diese wurden alle gesagt und ich bin mit diesen einverstanden. Und ganz wichtig ist: Es ist ein Paket und dieses Paket ist ausgewogen und es bleibt ein Paket.

In der Detailberatung haben wir dann noch einige kleine Änderungen, da war für mich auch wichtig, dass man das Paket mit diesen Änderungen nicht aufschnürt, da kann man dann diskutieren. Roland wird in der Detailberatung diese Punkte oder zumindest einen Punkt einbringen.

Darum: Die GLP-EVP-Mitte-Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderats grundsätzlich und grossmehrheitlich zu.

Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried: Wir danken der nichtständigen Kommission, dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihren grossen Aufwand, welchen sie betrieben haben, um dieses Personalreglement zu revidieren und für die guten verständlichen Erläuterungen, bei den Neuanspassungen.

Ihre Arbeit hat gezeigt, dass doch gewisse Artikel im Personalreglement und in der Verordnung der Zeit angepasst und verändert werden mussten. Ein aktuelles Personalreglement ist wichtig und nötig, aber für eine gute Arbeitskultur und ein gutes Arbeitsklima braucht es eine professionelle Personalführung für die operative Umsetzung dieses Reglements und dort ist sicherlich noch etwas Potential vorhanden. Grundsätzlich darf man ja wirklich sagen, dass die Gemeinde Köniz als Arbeitgeberin aktuell – auch wenn es manchmal anders geklungen hat – und zukünftig noch mehr, als attraktive Arbeitgeberin gilt. Das zeigt auch diese Benchmark-Analyse im Vergleich mit den anderen Verwaltungen.

Uns freut es, dass Geldbeträge und die Stunden für die Aus- und Weiterbildung wesentlich erhöht werden. Für Arbeitnehmer:innen steigt so die Attraktivität des Arbeitsplatzes und gut ausgebildete Arbeitnehmer:innen sind für den Betrieb auch ein grosser Mehrwert. Wir haben auch ein grosses Interesse daran, dass die Gemeinde möglichst viele Lernende ausbildet. Das haben wir bereits im Jahr 2019 mit einem Vorstoss gefordert. Es ist immer billiger und effizienter, wenn man eigene ausgebildete Arbeitnehmer:innen anstellen kann, anstelle von betriebsfremden. Drei von sieben Lehrabschlussgänger:innen konnten bei der Gemeinde weiterbeschäftigt werden. Es freut uns auch, dass aktuell 23 Ausbildungsplätze besetzt sind - zwei mehr, als im vergangenen Jahr und es wäre schön, wenn dieser Trend so weiter aufwärts gehen würde.

Wie wir dem Bericht entnehmen konnten, führt die Gemeinde eine faire Lohnpolitik. Das jetzt neu Lohnbänder anstelle von Lohnstufen eingeführt werden sollen, ist für uns nachvollziehbar. Wir finden es allerdings schade, dass dies nicht gleichzeitig mit den anderen Änderungen angepasst werden kann, sondern erst ein Jahr später. Aber vielleicht braucht es für eine gute Ausarbeitung etwas mehr Zeit.

Der 41-Stunden-Woche stimmen wir eher ungerne zu. So wie es aber klingt, ist eine 41-Stunden-Woche für Arbeitnehmer:innen in der Verwaltung gang und gebe.

Von diesen Arbeitszeiten können Arbeitnehmer:innen in der Privatwirtschaft oder in der Landwirtschaft nur träumen, aber das ist ein anderes Thema. Wir danken dem Gemeinderat für seine nachträgliche schriftliche Stellungnahme zur budgetneutralen Umsetzung dieser 41-Stunden-Woche und wir werden dies in Zukunft im Budget und der Rechnung im Auge behalten.

Ich habe nur einen kurzen Satz und bleibe gleich hier vorne und komme später nicht nochmals: Mit der zusätzlichen freiwilligen Gemeindefamilienzulage sind wir aber nicht einverstanden. Wir sind der Meinung, dass eine Familienzulage, welche ja die erstanspruchsberechtigte Person sowieso erhält, ausreicht. Das wäre erneut eine Überbevorteilung von Arbeitnehmern der öffentlichen Hand gegenüber der Privatwirtschaft. Zudem sind wir mit der Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs und der freiwillig gewährten Elternzeit bereits sehr grosszügig und familienfreundlich unterwegs. Wir sind einzig gegen die zusätzliche freiwillige Familienzulage.

Wir und die FDP-Fraktion danken für eure Unterstützung unseres Antrags, Art. 66 im Personalreglement unverändert zu lassen. Dem Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion über Art. 46 werden wir zustimmen.

Fraktionssprecher FDP, Dominic Amacher: Wir sind uns alle einig, das Personal ist für die Verwaltung und für ein Unternehmen das wichtigste Kapital. Wir danken der Verwaltung für ihren Einsatz, ihre Arbeit und ihre täglichen Bemühungen. Auch danken wir der Kommission und der Gemeindepräsidentin für die Erarbeitung dieser Teilrevision des Personalreglements - diese war notwendig.

Es ist sicher klar: Dass herauskam, dass die Gemeinde Köniz ein attraktiver Arbeitgeber ist und bleibt, das ist ein wichtiger Punkt und so soll dies auch bleiben und das dürfen wir auch gerne erzählen. Wir hatten hie und da das Gefühl, wir haben nicht die besten Bedingungen, aber das ist nicht so, wir können dies bestätigen und Freude haben, dass wir gute Konditionen offerieren. Viele Veränderungen und Anpassungen wurden bereits erwähnt, welche wir ebenfalls klar unterstützen, ich gehe nicht mehr darauf ein.

Hingegen haben wir in der Fraktion über diese Ausdehnung der freiwilligen Gemeindefamilienzulage diskutiert und haben uns hier reiflich überlegt, ob wir diese unterstützen wollen oder nicht. Wir haben auch den Vergleich mit der Privatwirtschaft gemacht und dort müssen wir klar sagen, dass man davon weniger profitieren kann. Doch das ist nicht der Grund, dass wir dies ablehnen, sondern wir sagen, es ist ja bereits schon sehr attraktiv. Wir haben ja auch schon mehr als andere bekommen und man darf dies auch nicht schlecht reden, wenn man dies ablehnt. Wir haben es vielmehr finanzpolitisch gewichtet und fanden, irgendjemand muss dies auch noch bezahlen. Und wir haben auch im vorherigen Traktandum gehört: Die Herausforderungen sind gross, neue Wünsche sind da und wir wollen mittelfristig nicht noch mehr Druck aufbauen. Man kann jetzt sagen: CHF 100'000 ist auf CHF 250 Mio. nicht viel, aber es sind trotzdem CHF 100'000. Und darum haben wir diesen Antrag gemeinsam mit der SVP eingereicht und bitten euch, diesen zu unterstützen.

Den Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion finden wir eher kompliziert und werden ihn sicherlich in einer ersten Runde ablehnen, in einer zweiten Runde, werden wir vermutlich Stimmfreigabe beschliessen.

Beim Antrag zur Vertrauensarbeitszeit, diesen unterstützen wir. Es geht ja um eine Wahlmöglichkeit für das oberste Kader und wir sehen keinen Grund, dass man dies nicht einführen soll, auch wenn dies nicht gewünscht ist, das Reglement wollen wir nicht in zwei Jahren bereits wieder anpassen, also finden wir, wir wollen dies einführen und da könnte man die Kaderleute auch besser in die Organisation einbinden und motivieren.

Die Wochenarbeitszeit, da haben wir lange darüber diskutiert und ganz klar: Hätten wir nicht dieses zusätzliche Schreiben erhalten, mit dem Statement, dass diese Reduktion budgetneutral erfolgt und Kompensationen gemacht werden, wenn es zusätzliche Stellen gibt, dann hätten wir vermutlich abgelehnt. Denn das kam uns noch zu wenig aus dem Antrag heraus. Dort hatten wir das Gefühl, man präsentiert uns den Kassenzettel, will aber den Garantieschein dazu nicht unterschreiben. Aber jetzt haben wir dieses Schreiben erhalten und da danken wir dem Gemeinderat sehr, dass dies so klar formuliert ist und darum unterstützen wir dieses Geschäft auch so.

Trotzdem möchten wir zum Schluss noch einige Gedanken teilen: Wir haben es zuvor in der Jahresrechnungsdebatte gehört, wir haben es in den Budgetdebatten gehört: Wir haben Nachholbedarf und das heisst, irgendjemand muss diese Arbeit ja auch erledigen. Wir kommen nicht darum herum, auch die Arbeitsprozesse weiter zu optimieren, denn ansonsten ist diese Ansage der verbesserten Work-Life-Balance dann vielleicht nur im Parlamentsantrag niedergeschrieben und das bringt ja dann niemandem etwas.

Und da ist auch der Gemeinderat und die Gemeinde nicht alleine, ich kann hier aus eigener Erfahrung sprechen: In der Privatwirtschaft müssen wir auch kontinuierlich diese Prozesse hinterfragen, denn die Arbeitsbelastung nimmt bei allen zu und da sind wir alle gefordert.

Wir brauchen die Synergien, welche wir nutzen müssen, wir brauchen bessere, vereinfachte Prozesse, damit wir mehr Gestaltungsspielraum haben. Der Gemeinderat ist gefordert und man kann auch die Zusammenarbeit zwischen den Direktionen sicherlich noch verbessern, damit Ressourcen freigesetzt werden. Aber auch wir als Parlament müssen uns darüber im Klaren sein: Es kann nicht sein, dass wir jedes Jahr die Stellen erhöhen müssen und wir über dasselbe diskutieren müssen. Wir haben auch eine Verantwortung, indem wir die Verwaltung auch mehr belasten. Ob dies Vorstösse sind oder sonstige Ideen, denkt daran: Die Verwaltung setzt nur das um, was man ihr in Auftrag gibt. Das kommt vom Parlament, vom Gemeinderat oder aus übergeordneten Veränderungen.

In diesem Sinne: Die FDP wird diesem Geschäft zustimmen und dankt für die ganzen Bemühungen, welche hier unternommen wurden.

Sandra Röthlisberger, GLP: Es wurde erwähnt, es sind verschiedene Vorstösse in dieser Vorlage in dieser Teilrevision integriert worden, unter anderem auch der Vorstoss 2109 mit dem Titel "Gleichstellung dank Elternzeit und Altersteilzeit". Ich bin dort Erstunterzeichnerin und wir haben diesen im Jahr 2021 eingereicht und er wurde als Postulat überwiesen.

Fälschlicherweise steht im Antrag zweimal der falsche Titel und das ist kein Zufall, glaube ich: Einmal steht "Gleichstellung dank Elternzeit und *Arbeitszeit*" und einmal steht "Gleichstellung dank Elternzeit und *Alterszeit*". Richtig wäre: "*Altersteilzeit*". Denn das war nämlich die Forderung, dass man Altersteilzeitmodelle ausarbeitet zur Entlastung älterer Mitarbeitenden, anstelle dieser linear wachsenden Ferienansprüche mit 35 Tagen. Es war also ein Anreizsystem enthalten und wie gesagt, auch überwiesen worden. Es wurde damals gesagt, dass man dies im Rahmen der Teilrevision dieses Reglements bearbeiten wird. Jetzt ist es aber leider so, dass beides davon nicht umgesetzt ist.

In der Begründung steht unter diesem falschen Titel dann noch oder es wird suggeriert, also ob dieser Vorstoss eigentlich nur gefordert hätte, dass man die Ferienansprüche der älteren Mitarbeiter kürzt. Und das war ganz klar nicht der Antrag und nicht der Vorstoss. Ich finde es sehr stossend, dass überwiesene Vorstösse nicht umgesetzt und auch nicht begründet werden. Und ich finde es auch sehr stossend, dass die Abschreibung nicht gleichzeitig kommt. Denn wenn ich jetzt das nächste Mal, wenn dann diese Abschreibung später im Jahr kommt, hier oben sage, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben unseren überwiesenen Vorstoss leider nicht umgesetzt erhalten, dann ist dies einfach Schnee von gestern.

Ich werde diese Teilrevision aus diesem Grund ablehnen, mir gefällt dies nicht. Ich finde es aber auch eine reine Ausbauvorlage, es schafft keine zeitgemässe Anreiz und das bei einem wachsenden Personalaufwand.

Ich habe noch eine Frage zum Ziel 2, marktgerechte Löhne: Meine Frage ist, wird unter "Markt" auch das KMU und das Gewerbe miteinbezogen oder ist der "Markt" im Fall der Verwaltung nur Bund und Kanton?

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Zuerst möchte ich mich ganz herzlich an den Dank anschliessen, insbesondere gegenüber der nichtständigen Kommission Personalreglement und insbesondere auch gegenüber ihrem Präsidenten, Reto Zbinden. Sie hat hier wirklich sehr viel und sehr konstruktiv mitgearbeitet, hat viele Anliegen eingebracht und mit uns diskutiert und wir konnten uns immer sehr gut und konstruktiv zusammen vorwärts bewegen. Es ist nicht zuletzt auch euer Verdienst, dass wir hier nun ein Paket haben, welches insgesamt stimmig und bei euch so gut angekommen ist.

Ich will auch der Personalvereinigung sehr danken - der Präsidentin werde ich dann noch am nächsten Sozialpartnergespräch danken - doch ihr, welche heute da seid: Diese Zusammenarbeit ist nicht selbstverständlich. Uns war es immer wichtig, die Sozialpartnerschaft zu leben und es war klar, man kann auf ganz viele Arten eine Teilrevision machen, aber sie muss auch von den Mitarbeitenden mitgetragen werden und da habt ihr auch einen entscheidenden Anteil daran, dass wir uns auf diesem Weg so konstruktiv bewegen konnten.

Insgesamt war es kein einfaches, sondern ein sehr komplexes Thema. Es waren sogar verschiedene Themen, da möchte ich sehr gerne auf den Präsidenten der Personalreglementskommission zurückkommen, welcher unglaublich gut und vollständig erklärt hat, was wir gemacht haben. Da habe ich gar nichts mehr beizufügen, das wurde wirklich sehr gut vorgelegt. Doch ich möchte gerne noch einige Punkte kurz erwähnen, welche dem Gemeinderat wichtig sind:

Wir hatten sehr viele Ansprüche von allen Seiten, auch vom Alltag der Mitarbeitenden, aber auch aus der Mitarbeitenden-Umfrage und aus dem Parlament und wir haben uns gefragt, wie wir am besten vorgehen sollen. Wir haben uns für einen Weg entschieden, welchen einen Benchmark beinhaltete, wo wir uns mit vergleichbaren Arbeitgeber:innen verglichen haben und geschaut haben, was sie anbieten. Und da sind wir so vorgegangen, dass wir jene Arbeitgeber:innen verglichen haben, welche auf dem Markt wirklich auch unsere Konkurrenz sind.

Wir haben bewusst gewisse Verwaltungen ausgeschlossen: Wir fanden, der Bund ist über unserer Kragenweite und wir haben zwar die Stadt Bern im Benchmark mitgenommen, aber auch etwas ausgeklammert, da es eine viel grössere Verwaltung ist. Wir haben uns insbesondere auf die Stadt Thun referenziert, welche gleich gross ist, wie wir, aber zum Beispiel auch auf die ewb, wo auch Fachkräfte z.B. für die Gemeindebetriebe herkommen oder auch auf KMU, welche gewisse gleiche Stellen haben, wie jene die wir suchen. Aber am Meisten war es sicherlich die Thuner Verwaltung, welche uns ein bisschen als Vorbild gedient hat.

Diese Benchmark Analyse hat uns erstens gezeigt, dass wir absolut konkurrenzfähig sind und unsere Vorgänger:innen an vielen Orten durchaus sehr gute Arbeit geleistet haben, doch es ist wie mit allem, man muss auch immer wieder eine Revision machen und schauen, wo der Bedarf ist und den haben wir durchaus auch in denen Bereichen, welche ihr bereits aufgezählt habt, gefunden. Nur wenig erwähnt wurde die Personalentwicklung und die Weiterbildung, welches aber auch zwei sehr wichtige Themen sind und welche wir wirklich auch mit reingenommen haben.

Wir haben aber auch unser Lohnsystem analysiert, denn das war wirklich auch eine wichtige Frage, welche wir hatten und haben auch dort gemerkt, dass wir durchaus vergleichbar sind. Aber wie bereits zuvor gesagt, wir haben in der Vergangenheit bereits sehr viel gemacht und da kann ich kurz auf die Frage antworten: Wir vergleichen bei den marktfähigen Löhnen mit jenen, welche dieselbe Funktionen haben und darum ist es in den allermeisten Fällen natürlich die Verwaltung, denn viele Funktionen gibt es ja vor allem in der Verwaltung, welche wir haben. Aber dort, wo es auch andere gibt, dort fliessen alle mit rein. Es geht also darum, was jemand mit diesem Stellenprofil im Schnitt verdienen würde.

Was ich gerne noch erwähnen möchte, bevor ich noch ins Detail gehe, sind die Arbeitsbedingungen, die wir hier in diesem Reglement anschauen und die ein Teil der Attraktivität als Arbeitgeberin sind. Der Lohn ist ein weiterer Teil, aber ebenso wichtig ist das ganze Arbeitsklima und natürlich auch das Team und das Führungsverhalten. Und auch diese Sachen gehen wir an, das finden wir auch wichtig. Es ist jetzt nicht so, dass wir einmal diese Teilrevision machen und dann die Hände in den Schooss legen, sondern das ist eine ständige Aufgabe für den Gemeinderat, aber auch für die obersten Kader, dass wir uns hier auch immer wieder challengen und versuchen, insgesamt möglichst gute Arbeitsbedingungen zu finden.

Zwei Sachen gaben besonders zu reden, da möchte ich noch etwas genauer darauf eingehen:

- Das eine war auf jeden Fall das Thema Wochenarbeitszeit: Da haben wir schlicht und einfach beim Benchmark-Vergleich gesehen, dass wir hier ein Thema haben und dass andere Verwaltungen durchaus dort schon tiefer sind. Ausserdem war das auch ein Ergebnis der Mitarbeitendenbefragung.
- Das andere Thema war die Ferienregelung für ältere Mitarbeitende: Auch dies kam aus dem Benchmark und es wurde auch hier bereits erwähnt, dass wir hier eine Regelung haben, welche sehr, sehr grosszügig ist und wir haben uns überlegt, was eine faire Art und Weise wäre, an beiden Orten im Mittelfeld zu sein, damit wir uns ein Ziel setzen, was wir auch finanzieren können, welches aber auch den Mitarbeitenden wirklich hilft. Und da sind wir wirklich der Meinung, dass einerseits diese 41-Stunden-Woche und andererseits diese moderate Anpassung der Ferien ein Weg ist, welcher insgesamt für die Mitarbeitenden gut ist. Die 41-Stunden-Woche gilt für alle, auch für die älteren Mitarbeitenden, und entspricht in etwa 6 Tage zusätzlich Frei pro Jahr. Diese bekommen natürlich alle und gleichzeitig sind wir bei den älteren Arbeitnehmenden immer noch gut im Schnitt, es ist also immer noch eine gute Ferienregelung, welche wir dort haben.

Wichtig ist, wir haben bei beiden Orten nicht gesagt, dass es Auswirkungen auf das Budget hat. Einerseits haben wir bei der Wochenarbeitszeit, welche wir senken, gesagt, das wird nicht unbedingt zu Mehrstellen führen - es kann in Einzelfällen sein, aber dann kompensieren wir dies - aber wir haben umgekehrt auch gesagt, dass die Anpassung der Ferienregelung der älteren Mitarbeitenden nicht zu einer Budgetentlastung führt. Das einfach, damit ihr seht, wir haben hier wirklich das Gefühl, dass alle von dieser Flexibilität und dieser zusätzlichen Ferientage profitieren können und dass es weniger am Alter hängt.

Das Lohnfolgeprojekt wurde erwähnt und das ist auch noch wichtig: Wir wollten diese Revision abwarten, denn es gibt einen Artikel, welchem ihr heute zustimmen müsst, wo es darum geht, dass man diese Lohnstufen abschafft und eben Lohnbänder einführt. Und wir wollten hier abwarten, damit ihr dies zuerst annehmen könnt, bevor wir jetzt ein Folgeprojekt, welches auch externe Kosten verursacht, in Gang setzen. Uns erschien es sinnvoll, dass wir hier zuerst eure Meinung abwarten. Es geht nicht nur darum, dass wir zu wenig Zeit hatten, sondern es geht insbesondere auch darum, dass wir es auch der Reihe nach machen können. Und es muss natürlich auf den 1. Januar eingeführt werden und die Zeit von jetzt bis zum 01.01.2026 ist schlichtweg zu knapp, denn wir wollen auch bei diesem Projekt Lohnbänder die Sozialpartnerschaft leben lassen.

Da müssen natürlich auch die Sozialpartner etwas dazu sagen können, wie wir dies umsetzen und dies kann man nicht einfach nur schnell durchdrücken. Auch aus Respekt vor den Mitarbeitenden.

Das war etwas mehr technisch. Insgesamt ist der Gemeinderat der Meinung, wir sind heute attraktiv, aber damit wir dies eben auch in Zukunft bleiben, dazu braucht es diese Revision. Wir sind der Meinung, dass wir hier die Mitarbeitenden und auch euch einbeziehen konnten und dass wir gemeinsam für diese sehr wichtigen Funktionen, welche wir haben, welche für unsere Gemeinde unglaublich elementar sind, gute Arbeitsbedingungen bieten können. Was vielleicht noch positiv zu erwähnen ist: Wir haben Fachkräftemangel, das wurde mehrfach erwähnt, oder allgemein Personalmangel, aber in der Vergangenheit konnten wir die Stellen wieder etwas besser besetzen und das ist auch unsere Ambition, denn wenn natürlich Leute im Team fehlen, ist es für die Mitarbeitenden auch sehr schwierig. Wenn man zu Wenige ist, dann ist dies für die Gesundheit durchaus auch nicht förderlich, darum ist unsere Ambition dort auch, auf allen Dimensionen, welche ich aufgezählt habe, positiv zu sein und die Mitarbeitenden dort gut mitzunehmen und auch dafür zu sorgen, dass unsere Stellen besetzt werden können.

Zu den einzelnen Anträgen werde ich dann später noch etwas sagen.

Detailberatung

Roland Akeret, GLP: Es ist ein Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion. Sie schlägt eine Anpassung von Artikel 46, Abs. 5 des Personalreglements bezüglich Vertrauensarbeitszeit für Kader vor. Die genaue Formulierung findet ihr auf der Tischvorlage. Wir möchten die heutige Kann-Formulierung in einen konkreten Auftrag umwandeln und den Gemeinderat beauftragen, in der Gemeinde Köniz ein Vertrauensarbeitszeitmodell für Kadermitarbeitende einzuführen. Speziell haben wir dabei an die obersten Führungskader gedacht, können uns aber auch vorstellen, dass dieses Modell auf andere Kader ausgeweitet wird.

Vertrauensarbeitszeit ist ein Modell, welches besonders für motivierte und selbständige Führungskräfte geeignet ist. Sie fördert ergebnisorientiertes Arbeiten und löst sich von starren Arbeitsplänen. Gerade für stark engagierte Mitarbeitende kann mit diesem Modell besser auf ihre Work-Life-Balance eingegangen werden. Wir sind uns aber auch bewusst, dass dieses System gerade bei äusserst engagierten Personen, die Gefahr einer Selbstausbeutung in sich trägt. Darum erfordert es eine hohe Selbstdisziplin jener, welche in diesem Modell arbeiten und eine starke und unterstützende Führung durch die Vorgesetzten. Ziele und Erwartungen müssen in einer offenen Kommunikation regelmässig festgelegt, geklärt und bei Bedarf auch nachjustiert werden. Damit wird das gegenseitige Vertrauen und der gegenseitige Respekt gefördert. Auch uns ist klar, dass dieses Modell nicht für alle Personen geeignet ist, darum schlagen wir dann auch eine Kann-Formulierung vor. Das bedeutet, dass im konkreten Einzelfall, wenn die Vertrauensarbeitszeit eben gerade nicht stimmig ist, am System der heutigen Arbeitszeiterfassung festgehalten werden kann. Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten durch Verordnung. Es gibt bewährte Modelle, welche adaptiert werden können, wie zum Beispiel das vom Kanton Bern oder das vom Bund. Wir können uns namentlich vorstellen, dass diese Vertrauensarbeitszeit mit Ausgleichstagen oder zusätzlichen Ferien oder auch finanziell entschädigt wird.

Die Vorteile liegen für uns auf der Hand: Die Vertrauensarbeitszeit steigert die Attraktivität von Köniz als Arbeitgeberin speziell für Top-Führungskräfte. Sie fördert die Eigenverantwortung und die Ergebnisorientierung und stärkt auch eine Kultur des Vertrauens und der Flexibilität und so erhöht sie auch die Zufriedenheit und die Bindung dieser Mitarbeitenden an die Gemeinde.

Dies dazu. Dann habe ich aber noch eine Frage an den Gemeinderat. Es geht um die Personalvereinigung: Uns würde es interessieren, wie viele Personen diese Personalvereinigung vertritt oder welchen Anteil des Personals sie vertritt.

Isabelle Steiner, SP Frauen: Die SP/JUSO wird den Antrag zu Art. 46 ablehnen. Es gibt gute Gründe, warum die Arbeitszeit erfasst wird, das gilt grundsätzlich auch für Kader. Vertrauensarbeitszeit birgt immer die Gefahr, dass die Abgrenzung zwischen Arbeit und Freizeit verwischt wird. Ohne diese Abgrenzung steigt das Risiko sowohl für überzogene Erwartungen von Seiten Vorgesetzten, als auch die Gefahr von Selbstausbeutung der Arbeitnehmenden aufgrund der eigenen Ansprüche an die Arbeitsleistung - das wurde erwähnt. Beides geht auf Kosten der Gesundheit.

Klar formulierte Erwartungen und eindeutige Abgrenzung zwischen Arbeitszeit und Freizeit sind darum mit der Arbeitszeiterfassung am besten gewährleistet. Und auch wenn damit tatsächlich ein Wunsch der Mitarbeitenden selber umgesetzt werden sollte, dann wäre es gerade dann wichtig, dass dieser Wunsch tatsächlich auch aus der Verwaltung kommt und vom Gemeinderat ermöglicht wird, was mit der bestehenden Regelung ebenfalls möglich wäre.

Dass dieser Wunsch tatsächlich vorhanden ist, wurde für uns bisher nicht ersichtlich. Sollte der Änderungsantrag angenommen werden, erwarten wir vom Gemeinderat, dass er auf Verordnungsstufe weitere Bestimmungen vorsieht, welche diesen neuen Regelungen gerecht werden, zum Beispiel ein höherer Ferienanspruch für die betreffenden Mitarbeitenden. Eine Einführung von Vertrauensarbeitszeit ohne Begleitmassnahmen, wäre aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion sehr problematisch.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Vertrauensarbeitszeit kann unter kumulative Bedingungen eingeführt werden, wie zum Beispiel, dass sie für leitende Angestellte mit grossem Gestaltungsspielraum und einem Bruttoeinkommen von mindestens CHF 120'000 ist. Das sind übergeordnete Bestimmungen, welche dies so vorgeben. Das ist in der Gemeinde Köniz nur für rund 15 Mitarbeitende der Fall, für welche dies also überhaupt in Frage kommt.

Vertrauensarbeitszeit ist ein Modell der Arbeitsorganisation, welche die erledigte Arbeit in den Vordergrund stellt und wo es vor allem darum geht, dass man eine grosse Gestaltungsautonomie hat und die Arbeitszeiten sehr selbstständig festgelegt werden können, was in einer Verwaltung, wie auch in Köniz eher nicht so der Fall ist. Darum bevorzugt der Gemeinderat auch eine flexible und selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung, aber im Rahmen der gesetzlichen Regelungen, welche für alle Mitarbeitenden gelten, auch für das obere Kader.

Diskussionen innerhalb des Kaders, wie auch vor allem bei Neuanstellungen zeigen immer wieder, dass diese Arbeitszeitleistung, welche wir heute haben, attraktiv und flexibel für diese Mitarbeitenden - auch gerade des oberen Kaders - ist und die Personalabteilung stellt bei Rekrutierungen des oberen Kaders auch immer wieder fest, dass das flexible Jahresarbeitszeitmodell für sie eine attraktive Lösung ist und dass sie eigentlich keine Vertrauensarbeitszeit wollen.

Wir geben auch noch zu bedenken, dass der Trend zu mehr Work-Life-Balance unvermindert anhält. Die heutige Generation möchte auch ihr Zeitmanagement verbessern und ist nicht unbedingt bereit, das auf Vertrauensarbeitszeit zu machen, sondern sie möchte geleistete Stunden eigentlich regelmässig kompensieren können, was mit unserem heutigen Jahresarbeitszeitmodell ebenfalls möglich ist. Zudem muss man auch bei der Vertrauensarbeitszeit gesetzliche Verpflichtungen einhalten. Das bedeutet, dass man die Arbeitszeit auch in irgendeiner Form aufzeichnen muss, lediglich einfacher, damit wir die Einhaltung der Vorschriften betreffend Höchstarbeitszeit, Einhaltung der Grenzen der Tagesarbeit etc., also dort, wo wir eine Fürsorgepflicht haben, nachweisen können. Das heisst, man kann nicht unglaublich viel Effizienz bei der Administration sparen, im Gegenteil, man muss dann zwei Arten führen, welche unterschiedlich sind, je nachdem, ob man Vertrauensarbeitszeit hat oder nicht. Das ist ein wichtiger Punkt.

Und der letzte Punkt: Der Gemeinderat war der Meinung, dass unsere Fürsorgepflicht auch gerade gegenüber dem obersten Kader wichtig und richtig ist. Wir wollen sehr gerne mit diesem Jahresarbeitszeitmodell sehen, wenn jemand zu viele Überstunden hat. Überstunden kommen vor, das ist für uns selbstverständlich, aber diese Überstunden sollen dann auch kompensiert werden können und die Leute nicht über Gebühr beansprucht werden, was ansonsten zu Krankheitsausfällen führt, was wir nicht gut finden. Und diese Fürsorgepflicht können wir mit dem heutigen Modell sehr gut wahrnehmen und aus all diesen Gründen bitte ich euch, diesen Antrag abzulehnen.

Roland Akeret, GLP: Der heutige Artikel 66 soll gemäss Antrag der SVP und FDP beibehalten werden, das heisst, es soll kein weiterer Ausbau dieser Familienzulage geben.

Wir sind nicht deren Meinung und möchten mehrheitlich einem massvollen Ausbau dieser Gemeindefamilienzulage zustimmen. Wie wir aber den Fraktionen im Vorfeld bereits mitgeteilt haben, beinhaltet aus unserer Sicht die aktuelle Formulierung einen technischen Fehler. Diese kann nämlich dazu führen, dass diese Zulage doppelt ausgeschüttet wird, nämlich dann, wenn beide Elternteile bei der Gemeinde arbeiten oder auch dann, wenn beide bei unterschiedlichen fortschrittlichen Arbeitgeber tätig sind und jeweils eine vergleichbare Zulage erhalten. Auch die Berechnungsbeispiele haben wir euch hier gestellt.

Das ist unschön, kostet die Gemeinde zusätzlich Steuergelder und ist vor allem ungerecht. Wir gehen von Einsparungen in einem fünfstelligen Bereich aus, es ist also nicht marginal. Unter der Annahme, dass rund 2/3 dieser Zweitanspruchsberechtigten eine vergleichbare Zulage erhalten würden, schätzen wir defensiv einen Betrag von rund CHF 20'000, welcher jährlich anfällt. Eine Mehrheit der Fraktion möchte diesen Fehler korrigieren. Dazu haben wir den Absatz 3 neu formuliert und der bestehende Absatz 3 wird neu Absatz 4. Den genauen Text findet ihr auf der Tischvorlage.

Schlussendlich geht es darum, dass die Summe von zwei ausbezahlten Gemeindefamilienzulagen für ein Kind nicht grösser ist, als diejenige bei einer Zulage bei einem 100% Pensum. Das ist auch bei der obligatorischen Familienzulage so, sie wird nur einmal pro Kind ausbezahlt.

Das angeblich komplizierte Mecchano existiert also bereits, warum soll dies bei der freiwilligen Gemeindegeldzulage und dergleichen nicht anders sein? Der Kanton Bern hatte ein vergleichbares Problem, welches er seit längerem rechtlich und praktisch gelöst hat. Auch das haben wir euch beschrieben. Unseres Erachtens ist der administrative Zusatzaufwand für die Gemeinde, wie auch für die betroffenen Mitarbeiter verhältnismässig gering und steht in einem guten Verhältnis zu den anfallenden Minderkosten.

Isabelle Steiner, SP Frauen: Wir werden auch diese beiden Anträge zu Art. 66 ablehnen. Warum wir diese neue Regelung begrüssen und dementsprechend den Anträgen der FDP und SVP nicht zustimmen können habe ich im vorherigen Votum bereits ausgeführt. Die Regelung, welche vom Gemeinderat vorgeschlagen wird, ist eine Verbesserung des Systems und beseitigt eine bestehende Diskriminierung. Dafür nehmen wir auch den zusätzlichen administrativen Aufwand in Kauf, welcher durch diese Anpassung entsteht.

Der Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion macht jetzt alles nochmals komplizierter und aufwändiger, sowohl für den Personaldienst als auch für die Mitarbeitenden. Familien- und Beziehungskonstellationen, Pensenanpassungen und Regelungen von anderen Arbeitgebenden müssen immer wieder überprüft werden und in Einklang gebracht werden. Es ist beispielsweise nicht klar, was passieren würde, wenn andere Arbeitgeber ebenfalls eine solche Regelung vorgesehen haben. Diese können ja auch zu einem späteren Zeitpunkt noch eingeführt werden, also erst noch entstehen. Das heisst also, es müsste wiederholt überprüft werden, ob andere Arbeitgebende eine solche Regelung einführen. Dieser Mehraufwand steht einer kleinen Einsparungsmöglichkeit entgegen. Wegnehmen würde man diese Zulage aber hauptsächlich Müttern, da häufig Väter in einem höheren Pensum arbeiten und es könnte eben auch Fälle geben, welche heute eine Zulage bekommen und dies in Zukunft dann nicht mehr erhalten würden. Das würde uns besonders stören.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Dieses Anliegen ist ein Anliegen, welches aus der Mitarbeitendenbefragung kommt und es geht explizit darum, die Gemeindefamilienzulage von der gesetzlichen Familienzulage zu entkoppeln. Heute ist es so, dass zusätzlich zur übergeordneten Familienzulage die Gemeinde Köniz eine Gemeindegeldzulage kennt, welche CHF 120 pro Kind und Monat beträgt, bei Teilzeit wird es linear gekürzt, aber diese ist an die Familienzulage gekoppelt. Mitarbeitende, welche keine Familienzulage erhalten, bekommen auch keine Gemeindefamilienzulage. Es ist also möglich, dass dies mehrheitlich, wie dies bereits erwähnt wurde, eher auf Frauen zutrifft, da meistens die Frauen jene sind, welche in tieferen Pensen arbeiten oder welche auch ansonsten vielleicht tiefere Löhne haben und darum bekommen die Gemeindefamilienzulage eher Männer als Frauen und das wird als ungerecht empfunden. Das haben die Mitarbeitenden auch so gesagt. Und darum haben wir auch auf die anderen Gemeinden geschaut, wie diese dies machen und da ist es wirklich so, dass diese dies anders machen, dass sie es nämlich entkoppeln und es allen auszahlen. Wir haben hier insbesondere das System der Gemeinde Thun angeschaut und fanden, dass dies ein wichtiges Anliegen aus der Mitarbeitendenbefragung war und dass wir das gerne umsetzen würden. Es würde also eigentlich nicht mehr dem Sinn und Geist entsprechen, wenn wir diesen Antrag annehmen würden. Dann würde man es wieder koppeln oder eher koppeln, vielleicht an zusätzliche freiwillige Familienzulagen, aber es wäre trotzdem wieder eine Koppelung und genau das möchten wir nicht.

Der zweite Punkt ist, dass man die Umsetzung möglichst einfach halten wollte. Da haben wir auch bei den anderen geschaut, zum Teil hatten sie früher ebenfalls komplexere Systeme, das kann dann sehr schnell, sehr aufwändig werden, wenn man Familienkonstellationen nachprüfen muss, da wollen wir auf ein sehr einfaches System gehen. Und es ist natürlich sehr viel einfacher, wenn man einfach allen, welche anspruchsberechtigt wären, sprich ein Kind in dem Alter haben, in welchem man anspruchsberechtigt ist, dass man diesen diese Familiengemeindegeldzulage linear zu ihrem Beschäftigungsgrad ausbezahlt. Wenn man dies anpasst, das habt ihr bereits verstanden, dann ist dies nicht mehr im Sinn und Geist des ursprünglichen Anliegens, aber selbstverständlich ist das umsetzbar, es wird einfach vermutlich eher mehr kosten, als das, was man insgesamt versucht einzusparen.

Darum haben wir diese ganze Sache angeschaut. Einerseits haben wir geschaut, wollen wir dies machen oder nicht und der Gemeinderat fand, dass dies ein wichtiges Anliegen sei. Und zweitens haben wir geschaut, wie wir dies umsetzen wollen. Und da haben wir jetzt explizit ein Modell, welches uns möglichst einfach und fair erscheint. Aus all diesen Überlegungen bitte ich euch auch, diese beiden Anträge abzulehnen und am ursprünglichen Antrag des Gemeinderates festzuhalten.

Dann habe ich noch eine Frage bekommen und würde hier gleich die Gelegenheit zur Beantwortung nutzen, da ich später dann nichts mehr sage: Die Personalvereinigung ist eine unabhängige Organisation, da habe ich gar nichts zu sagen und darum müsstest du deine Anfrage direkt an die Personalvereinigung richten, damit wir hier nichts vermischen. Es sind viele da, also eigentlich unsere Gäste, du kannst daher später nachfragen oder ansonsten Gabriela Schär, die Präsidentin, kontaktieren.

Beschluss Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion

Das Parlament stimmt folgendem Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion zu Art. 46 Abs. 5 zu:

Die Abteilungsleitenden, die Leitenden der den Direktionen direkt unterstellten Organisationseinheiten und die Leitenden der unabhängigen Fachstellen können im gegenseitigen Einvernehmen mit ihren vorgesetzten Personen ein Vertrauensarbeitszeitmodell vereinbaren. Der Gemeinderat kann diese Regel auf weitere Mitarbeitende des Kaders ausdehnen. Er regelt die Einzelheiten durch Verordnung.

(Abstimmungsergebnis: 21 Stimmen dafür, 14 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung)

Beschluss der Gegenüberstellung der Abänderungsanträge der EVP-GLP-Mitte-Fraktion und der SVP- und FDP-Fraktionen zu Art. 66

Der Antrag der SVP- und FDP-Fraktionen obsiegt gegenüber dem Antrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion:

Abänderungsantrag der SVP- und FDP-Fraktionen

Unverändert (gegenüber geltendem Recht)

Art 66 Abs. 1: Die Mitarbeitenden haben Anspruch auf eine Gemeindefamilienzulage für jedes Kind, für das sie als Angestellte der Gemeinde Köniz und als Erstsprachsberechtigte nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen⁴ eine Familienzulage beziehen.

Art 66 Abs. 2: Die Höhe und Anspruchsdauer der Gemeindefamilienzulage regelt der Gemeinderat durch Verordnung.

Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion

~~*Art. 66 Abs. 3 Einzelheiten, insbesondere Höhe und Anspruchsdauer der Gemeindefamilienzulage, regelt der Gemeinderat durch Verordnung.*~~

Art. 66 Abs 3 neu): Erhalten beide Elternteile gleichzeitig Gemeindefamilienzulagen nach diesem Reglement oder vergleichbare von anderen Arbeitgebenden ausgerichtete Zulagen, so wird die Gemeindefamilienzulage soweit gekürzt, dass die Summe der vorgenannten Zulagen pro Kind nicht höher ist als eine Gemeindefamilienzulage, wie sie bei einem Beschäftigungsgrad von 100 Prozent ausgerichtet wird.

Absatz 3 wird zu Absatz 4

Art. 66 Abs. 4: Einzelheiten, insbesondere Höhe und Anspruchsdauer der Gemeindefamilienzulage, regelt der Gemeinderat durch Verordnung.

(Abstimmungsergebnis: 11 Stimmen für Abänderungsantrag der SVP und FDP-Fraktion / 10 Stimmen für Abänderungsantrag der EVP-GLP-Mitte-Fraktion / 16 Enthaltungen)

Beschluss über Sieger der Gegenüberstellung

Das Parlament lehnt folgenden Abänderungsantrag der SVP und FDP-Fraktion zu Art. 66 (Sieger der Gegenüberstellung) ab:

Unverändert (gegenüber geltendem Recht)

Art 66 Abs. 1: Die Mitarbeitenden haben Anspruch auf eine Gemeindefamilienzulage für jedes Kind, für das sie als Angestellte der Gemeinde Köniz und als Erstanspruchsberechtigte nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen⁴ eine Familienzulage beziehen.

Art 66 Abs. 2: Die Höhe und Anspruchsdauer der Gemeindefamilienzulage regelt der Gemeinderat durch Verordnung.

(Abstimmungsergebnis: 20 Stimmen dagegen den Abänderungsantrag der SVP und FDP-Fraktionen / 10 Stimmen für den Abänderungsantrag der SVP und FDP-Fraktionen / 7 Enthaltungen)

Beschluss (Schlussabstimmung Reglementsentwurf, Ziffer 1 GR-Antrag)

1. Das Parlament beschliesst die Änderung des Personalreglements mit folgender Änderung gegenüber dem vorgelegten Entwurf.

Art 46 Abs 5: Die Abteilungsleitenden, die Leitenden der den Direktionen direkt unterstellten Organisationseinheiten und die Leitenden der unabhängigen Fachstellen können im gegenseitigen Einvernehmen mit ihren vorgesetzten Personen ein Vertrauensarbeitszeitmodell vereinbaren. Der Gemeinderat kann diese Regel auf weitere Mitarbeitende des Kaders ausdehnen. Er regelt die Einzelheiten durch Verordnung.

(Abstimmungsergebnis: 36 Stimmen dafür / 0 Stimmen dagegen / 1 Enthaltung)

Beschluss Ziffer 2 GR-Antrag

2. Die Änderungen der Artikel 51 und 56 Personalreglement treten am 1. Januar 2027 in Kraft, alle übrigen Änderungen des Personalreglements am 1. Januar 2026.

(Abstimmungsergebnis: 36 Stimmen dafür / 0 Stimmen dagegen / 1 Enthaltung)

PAR 2025/41

V2502 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Digitaler Parlamentsbetrieb zur Stärkung der politischen Teilhabe"

Beantwortung; Parlamentsbüro

Vorstosstext

Das Parlamentsbüro wird beauftragt,

1. den Audiostream der Parlamentssitzungen in Echtzeit im Internet zu übertragen.
2. zusätzlich auch einen Videostream zu übertragen.
3. die dadurch erfassten Daten in einem öffentlich zugänglichen Archiv zu speichern. Sofern Videodaten erfasst werden, können diese aufgrund des erhöhten Speicherbedarfs auch nur zeitlich beschränkt gespeichert werden.

4. eine Regelung zu formulieren, die dem Parlamentsbüro erlaubt, in Ausnahmefällen auf eine Echtzeitübertragung zu verzichten.
5. das geltende Verbot von Foto- und Videoaufnahmen zu lockern.
6. geeignete Massnahmen zum Schutz vor Missbrauch der erfassten Daten zu treffen.
7. zu prüfen, ob und wie das Parlament mit einer Abstimmungsanlage ausgestattet werden kann.

Begründung

Transparenz und Partizipation sind unverzichtbare Grundpfeiler der Demokratie. Dennoch nimmt die Beteiligung an Parlamentssitzungen, sowohl von Medienschaffenden als auch von Bürgerinnen und Bürgern, stetig ab. Selbst der Gemeinderat beabsichtigt, seine Anwesenheit während der Sitzungen zu reduzieren. Dadurch entfallen wichtige Kommunikations- und Informationskanäle.

Ein digitalisierter Parlamentsbetrieb mit Übertragung und Archivierung der Parlamentsdebatten sowie dem Einsatz einer Abstimmungsanlage schafft Flexibilität und erhöht den Zugang für die Künizer:innen zum Parlamentsbetrieb und den lokalpolitischen Diskussionen. Interessierte können Sitzungen online verfolgen oder zeitversetzt abrufen. Dies erleichtert die politische Teilhabe. Moderne Archivierungssysteme bieten zudem die Möglichkeit automatischer Transkription des gesprochenen Worts. Eine Abstimmungsanlage macht den Parlamentsbetrieb effizienter und die parlamentarischen Entscheide besser nachvollziehbar.

Sofern Videos aufgezeichnet und gespeichert werden, sollen die Ausschnitte so gewählt werden, dass möglichst keine Arbeitsplätze, Bildschirme oder persönliche Utensilien von Parlamentsmitgliedern mitgefilmt werden. Aufgrund des erhöhten Ressourcenbedarfs von Videodaten kann die Speicherung auch zeitlich beschränkt werden. Audiodaten sollen jedoch zeitlich unbegrenzt verfügbar sein.

Das Parlamentsbüro soll die Motion technisch und rechtlich so umsetzen, dass allfälligem Missbrauch - insbesondere dem Missbrauch durch Deepfakes und Identitätsdiebstahl - von erfassten Daten abgemessen vorgebeugt wird. Das Parlamentsbüro soll ausserdem in begründeten Ausnahmefällen auf eine Echtzeitübertragung, nicht aber auf die Archivierung, verzichten können.

Eingereicht

10.02.2025

Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Lukas Erni, Toni Eder, Reto Zbinden, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Sara Gasser, Urs Mumenthaler, Janka Hamm, Roger Tanner, Fabienne Marti, Sandra Röthlisberger, Laura Hoffman, Mayra Faccio, Klaus von Mural, David Müller, Arlette Mürger, Katja Streiff, Matthias Müller, Selin Lopez, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

Antwort des Parlamentsbüros

1. Formelle Prüfung

Für die Umsetzung der Motion bedarf es eine Änderung des Geschäftsreglements des Parlaments. Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Parlamentsbüro einen verpflichtenden Auftrag (siehe Beilage 1).

2. Ausgangslage

Die Sitzungen des Künizer Parlaments sind für die Öffentlichkeit über die Tribünenplätze im Rosshall oder bei Sitzungen mit einem besonderen öffentlichen Interesse (beispielsweise, wenn eine Volksvorlage behandelt wird) über die Echtzeitübertragung im Internet zugänglich. Bisher wurden diese Aufnahmen nicht archiviert. Die vorliegende Motion fordert, dass die Parlamentssitzungen künftig regelmässig – und nicht nur bei Vorliegen von besonderen Gründen – im Internet mit Ton und allenfalls auch mit Bild in Echtzeit im Internet übertragen werden – es sei denn, wenn das Parlamentsbüro in Ausnahmefällen explizit auf eine Echtzeitübertragung verzichtet.

Neu sollen die erfassten Ton- (allenfalls auch die Bild-) Daten in einem öffentlich zugänglichen Archiv aufbewahrt werden, damit diese auch noch im Nachgang einer Sitzung konsultiert werden können. Darüber hinaus verlangt die Motion eine Regelung zum Schutz vor allfälligem Missbrauch der erfassten Daten sowie auch eine Lockerung der heutigen Regelung bezüglich Bild- und Tonaufnahmen der Sitzungen (gemäss Art. 11 Abs. 2 GRP). Schliesslich soll geprüft werden, inwiefern das Könizer Parlament mit einer Abstimmungsanlage ausgestattet werden kann.

3. Technische Umsetzung

Das Parlamentsbüro hat an ihrer Sitzung vom 18. März 2025 David Imseng, Geschäftsführer und Mitgründer der Firma recapp, die führende Anbieterin für multilinguale Spracherkennung im Bereich akzentuierten Sprache und Dialekte in der Schweiz für eine Präsentation der Einsatzmöglichkeiten ihrer Software eingeladen.

Wird der Vorstoss überwiesen, wird das Parlamentsbüro weitere Abklärungen mit dem Betriebsleiter des Kulturhofs Schloss Köniz (z. B. betreffend feste Installationen im Rossstall) sowie mit dem Informationszentrum (z. B. Speicherung der Audio- und Videodaten auf einem IZ-Server) vornehmen.

4. Rechtliche Auswirkungen

Wenn das Parlament die Motion erheblich erklärt, muss das Geschäftsreglement des Parlaments (Art. 11, 20, 65 ev. weitere Artikel) angepasst werden.

5. Argumente

Aus der Sicht des Parlamentsbüros sprechen folgende Argumente für bzw. gegen die Umsetzung der verschiedenen Ziffern der Motion:

Dafür	Dagegen
Automatisierte Erstellung des Wortprotokolls	
Effizienzsteigerung und Kosteneinsparungen bei Protokollierung	Durch die Anschubinvestition entstehen Mehrkosten im Budget 2025
Audio- und Videostream in Echtzeit im Internet übertragen	
Der heutigen Zeit angepasste Stärkung der politischen Teilhabe durch orts- und zeitunabhängige Möglichkeit, die Parlamentssitzungen mitzuverfolgen.	Höhere Kosten für das Streaming als bisher (CHF 890.-/Übertragung), wenn jede Parlamentssitzung gestreamt wird.
Möglichkeit eines interaktiven Protokolls, bei dem Video und Text verlinkt werden. Debatten können so bei Bedarf in sozialen Medien geteilt werden.	Risiko von Deepfakes durch Aufzeichnung
Effizienzsteigerung beim Suchen der relevanten Informationen	
Archivierung der Streams	
Möglichkeit, die Streams zeit- und ortsabhängig im Nachhinein zu verfolgen	Unklar, ob Nutzen grösser als Kosten
Abstimmungsanlage	
Volle Transparenz und Nachvollziehbarkeit der politischen Entscheidungen	Durch höhere Transparenz könnte Bereitschaft zu parteiübergreifenden Kompromissen oder zu individuellem, von der Fraktion abweichendem Stimmverhalten sinken
Effizienzsteigerung bei den Abstimmungen	hohe einmalige Installationskosten insbesondere bei Komplettintegration

6. Finanzen

Die Kosten für die Nutzungsarten und die verschiedenen Varianten der Digitalisierung des Parlamentsbetriebs können für die verschiedenen Nutzungsvarianten wie unten folgt grob beziffert werden. Die Beträge verstehen sich inkl. 8.1% MWST. Inbegriffen sind auch die Kosten für das regelmässige Software-Update und für den Support.

Nutzung A: manuelle Erfassung der Metadaten (Sprechermarken, Abstimmungsergebnisse) mit Audioaufnahme mit oder ohne Audioarchiv

Transkriptionssoftware ohne Audioarchiv (keine einmaligen Installationskosten nötig)

Variante 1 Transkriptionssoftware ohne Audioarchiv
Inkl. Audio-Livestream wie bisher bei Youtube

- Jährliche Lizenzgebühren: CHF 6'378.- / Jahr

Transkriptionssoftware mit Audioarchiv (keine einmaligen Installationskosten nötig)

Variante 2 Transkriptionssoftware mit Audioarchiv
Inkl. Audio-Livestream wie bisher bei Youtube

- Jährliche Lizenzgebühren: CHF 10'594.- / Jahr

Variante 3 Transkriptionssoftware und Audioarchiv
inkl. Audio-Livestream bei Infomaniak (Schweizer Webhosting-Unternehmen, das Live-Streaming-Dienste anbietet)

- Einmalige Installationskosten: CHF 6'486.- einmalig
- Jährliche Lizenzgebühren: CHF 13'837.- / Jahr

Nutzung B: manuelle Erfassung der Metadaten (Sprechermarken, Abstimmungsergebnisse) mit Videoaufnahme

Transkriptionssoftware mit Videoarchiv

- Einmalige Installationskosten: CHF 10'810.- einmalig
- Jährliche Lizenzgebühren (inkl. Software):

Variante 1 Videostreaming bei Youtube CHF 13'837.- / Jahr

Variante 2 Videostreaming bei Infomaniak CHF 17'080.- / Jahr

Zusätzlich zu diesen Kosten würden bei Nutzung B entsprechende Personalkosten für die Videoaufnahme vor Ort im Rosstall anfallen.

Nutzung C: vollautomatische Erfassung der Metadaten (Sprechermarken, Abstimmungsergebnisse) mit Videoaufnahme

- Integrationskosten mit Abstimmungsanlage im Saal bei recapp: CHF 12'972.- einmalig
- Einmalige Beschaffungs- und Installationskosten bei einem Partner:
 - Variante 1** Budget-Variante CHF 64'860.- einmalig
 - Variante 2** Minimallösung CHF 108'100.- einmalig
 - Variante 3** Komplettintegration CHF 216'200.- einmalig

➤ Jährliche Lizenzgebühren (inkl. Software):

Variante 1	Videostreaming bei Youtube	CHF 13'837.- / Jahr
Variante 2	Videostreaming bei Infomaniak	CHF 16'215.- / Jahr

Zusätzlich würden auch bei Nutzung C entsprechende Personalkosten für die Videoaufnahme anfallen.

Testphase mediaparl

➤ Variante 1:	3-monatige Testphase ohne Integration	CHF 838.- einmalig
	Videostreaming durch Patrick Zaugg von prmedia (bisher) für 3 Parlamentssitzungen	3 x CHF 890.-
		Total Testphase: CHF 3'508.-
➤ Variante 2:	3-monatige Testphase mit Integration (für Streaming)	CHF 10'810.- einmalig
	Videostreaming durch Infomaniak	CHF 810.- (für 3 Monate)
		Total Testphase: CHF 12'561.-

Der Betrag für den Testbetrieb ist nicht im Budget 2025 (Ratskredit) eingestellt.

Berechnung der Einsparungen durch automatische Protokollierung:

Das Könizer Parlament tagt jährlich zwischen 10- bis 13-mal während zirka 40 Sitzungsstunden. Der Arbeitsaufwand für das Wortprotokoll der Parlamentssitzungen ab Audiodatei von Dialekt ins Hochdeutsche beträgt zirka 1:7 (1 Stunde Sprechzeit benötigt ca. 7 Stunden Arbeitszeit). Im Jahr fallen folglich ungefähr 280 Arbeitsstunden für die Protokollierung an.

Gemäss Angaben der Software-Anbieterin kann durch die Protokollierungssoftware mediaparl bis 50 Prozent des Arbeitsaufwands eingespart werden. Im Jahr könnte somit ein mittlerer vierstelliger Betrag eingespart werden. Falls die Software auch für Kommissionssitzungen verwendet würde, könnten weitere Einsparungen gemacht werden.

7. Fazit

Das Parlamentsbüro schlägt vor, die Ziffern 1, 2, 3, 4 und 6 der Motion in ein Postulat umzuwandeln, damit die Produkte in einer 3-monatigen Testphase ausprobiert werden können. In der Testphase würden 3-Videostreamings stattfinden, unabhängig davon, ob besondere Gründe für eine Live-Übertragung der Parlamentssitzung vorliegen (gemäss Art. 11 Abs. 1bis GRP). Danach sollen die Erfahrungen aus dem Testbetrieb ausgewertet werden. Nach Ablauf des Testbetriebs legt das Parlamentsbüro dem Parlament eine Vorlage für einen definitiven Entscheid vor. Bezüglich Testbetrieb spricht sich das Parlamentsbüro für die kostengünstigere Variante ohne Integration aus. Die Kosten, die somit für die 3-monatige Testphase anfallen würden, belaufen sich voraussichtlich auf CHF 3'508.-.

Ziffer 5 bedingt eine Änderung des Artikels 11 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Parlaments und kann unabhängig vom Testbetrieb umgesetzt werden. Das Parlamentsbüro teilt die Ansicht, dass der restriktive Umgang mit Foto- und Videoaufnahmen nicht mehr zeitgemäss ist, und beantragt daher, Ziffer 5 als Motion zu überweisen.

Ziffer 7: Das Parlamentsbüro erachtet die Kosten für eine Abstimmungsanlage (gemäss Offerte von recapp) im Vergleich zum erwarteten Nutzen als zu hoch. Das Parlamentsbüro schlägt die Umwandlung von Ziffer 7 in ein Postulat vor. Folgt das Parlament diesem Vorschlag, wird das Parlamentsbüro abklären, ob es eine günstigere Alternative zu den offerierten Abstimmungsanlagen gibt.

8. Stellungnahme des Gemeinderats

Der Gemeinderat begrüsst die Bestrebungen zur Erhöhung der Transparenz sowie zur weitergehenden Digitalisierung des Parlamentsbetriebs. Der Gemeinderat verzichtet auf eine Stellungnahme zu den Punkten 1-6 der Motion. Die Prüfung der Ausstattung des Parlaments mit einer elektronischen Abstimmungsanlage (Punkt 7) lehnt der Gemeinderat aus Kostengründen ab. Der Gemeinderat weist darauf hin, dass bei Annahme des Vorstosses die verschiedenen zuständigen Verwaltungsabteilungen zwecks Koordination/Verknüpfung der Systeme und der Anpassung der rechtlichen Grundlagen frühzeitig beigezogen werden sollen.

Antrag des Parlamentsbüros

Das Parlamentsbüro beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffern 1, 2, 3, 4, 6 und 7: Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Ziffer 5: Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 31.03.2025

Das Parlamentsbüro

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion
- 2) Offerte recapp vom 24.03.2025
- 3) Stellungnahme Gemeinderat vom 7.05.2025

Diskussion

Erstunterzeichner, Lukas Erni, Grüne: Ich habe zuvor schnell nach draussen geschaut, es wird langsam dunkel, wir kommen also langsam in diese Dämmerungsphase hinein. Ich versuche mich kurz zu halten und halte hier auch gleich das Fraktionsvotum:

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich beim Parlamentsbüro bedanken. Die Antwort auf unsere Motion wurde sorgfältig und nachvollziehbar erarbeitet und ich glaube, den Kern und die Absicht dieser Vorlage wurde sehr gut erkannt, auch wenn man bei diesen vielen verschiedenen Varianten mit diesen technischen Details beinahe den Überblick verlieren kann.

Ich finde vor allem den Vorschlag mit der dreimonatigen Testphase gut, denn dies ist aus unserer Sicht ein sehr pragmatischer Schritt, weil dieser es ermöglicht, das Ganze technisch und organisatorisch zu prüfen und auch die finanziellen Fragen im Detail klären zu können. Der Grossteil wurde jedoch bereits geklärt. Und vor allem kann man diese Produkte auch einmal ausprobieren.

Uns ist dabei wichtig, dass dieser Testbetrieb nicht nur zu einer Klickzählung genutzt wird, um zu schauen, wie viele Leute denn zuschauen. Natürlich interessiert uns dies, aber ein neues Angebot braucht Zeit - das Wissen alle KMUlerinnen und KMUler, dass dies auch hier gilt. Politische Teilhabe misst sich nicht an den Klickzahlen, sondern nach Zugänglichkeit und genau um das geht es eigentlich. Der digitale Parlamentsbetrieb ist nämlich kein Luxus, sondern ein Dienst an der Demokratie und an der Bevölkerung. Es ist ein Service public, welcher Köniz transparenter, nahbarer und auch zugänglicher macht. Und es ist eigentlich nicht die Frage, ob Köniz irgendeinmal den Parlamentsbetrieb digitalisiert, sondern vielmehr wann dies geschieht. Und nicht zuletzt sehen wir hier auch eine Produktivitätssteigerung.

Da es so aussieht, als gäbe es für die Überweisung von Punkt 5, nämlich bezüglich des Verbots von Foto- und Videoaufnahmen keine Mehrheit, möchte ich diesen Punkt gerne explizit in ein Postulat umwandeln. Ich hoffe, das reicht so, wenn ich dies so sage. Dann wäre es dann eigentlich ein vollständiges Postulat.

Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen unterstützen die Umwandlung in dieses volle Postulat und stimmen dem restlichen Vorschlag des Parlamentsbüros zu.

Ich weiss, der Wahlkampf ist gestartet, aber ich hoffe trotzdem auf kühle Köpfe und eure Unterstützung und wenn wir es ganz genau nehmen, haben wir nämlich bereits seit einigen Jahren eine kleine lokale Liveübertragung. Und zwar einen Stock tiefer und hie und da, zuletzt heute, haben auch Leute unten zugeschaut. In diesem Sinn, vielen Dank für eure Unterstützung.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Vielen Dank Lukas, wir werden bei Gelegenheit überprüfen, ob dieser Bildschirm unten reglementswidrig ist. Ich halte fest, dass der Motionär die Motion in ein Postulat umgewandelt hat und ich halte fest, dass Gemeinderat Hans-Peter Kohler die Sitzung verlassen hat.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard: Eine Fülle von Möglichkeiten werden uns hier zur Lösung des Problems geboten. Wir haben die Qual der Wahl.

Die Antwort des Parlamentsbüros ist ausführlich. Unter den Punkten Finanzen und Berechnung der vermeintlichen Einsparungen durch automatische Protokollierung werden die Nutzungsarten A bis C und die verschiedensten Varianten der Digitalisierung aufgelistet - von der minimalen bis zur maximalen Variante. Uns ist nicht ganz klar, was man hier nun kaufen würde. Ist dies die berühmt-berüchtigte Salamiaktik, bei welcher stetig etwas mehr dazu kommt und plötzlich haben wir das Ganze, was wir eigentlich gar nie wollten? Das Angebot reicht von CHF 3'508 bis CHF 12'561 für eine minimale Version, bis zur Nutzung unter C von CHF 216'200 einmalig und dann bei allen Varianten jährlich wiederkehrende Lizenzgebühren von stets über CHF 10'000 inkl. Software. Es kann also teuer werden.

Wir entnehmen der Berechnung der Einsparungen, durch die automatische Protokollierung, dass pro Jahr ein mittlerer vierstelliger Betrag eingespart werden kann, da die Arbeitsstunden für die Protokollierung halbiert werden können. Diesem vierstelligen mittleren Betrag der Einsparung stehen jedoch bei den vorgeschlagenen Nutzungsvarianten stets eine jährlich wiederkehrende Lizenzgebühr von einem notabene über der Mitte liegenden vierstelligen bis zu einem fünfstelligen Betrag gegenüber. Die Einsparung frisst sich somit selber auf resp. je nach vorgeschlagener Variante verteuert sich das ganze Vorhaben jährlich.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen kam daher zum Schluss, dass der Status quo beibehalten werden soll. Es gibt keine wesentlichen Einsparungen. Wir lehnen den Antrag des Parlamentsbüros für alle Ziffern einstimmig ab, auch für jene, welche hier jetzt noch umgewandelt worden ist. Wir stellen zudem auch den Antrag, dass die Abstimmungen ausgezählt werden, damit man die Zustimmungen, Ablehnungen und Enthaltungen sieht, damit dies auch transparent ausgewiesen wird.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Mayra Faccio, JUSO: Wir haben in der SP/JUSO-Fraktion den Vorschlag des Parlamentsbüros lange diskutiert. Das wir unseren Parlamentsbetrieb an das heutige Zeitalter anpassen sollten, ist für uns klar. Darum finden wir auch, dass eine Lockerung dieses Verbots hier angebracht ist. So wird das Parlament niederschwellig und greifbar für die Bevölkerung. Wir haben aber beim Diskutieren gemerkt, dass wir mehr Informationen und eine genauere Prüfung brauchen, bevor wir hier alles verändern.

Die Offerte für die Übertragung der Parlamentssitzungen und einer möglichen Abstimmungsanlage, fanden wir doch etwas hoch. Bei der Abstimmungsanlage haben wir auch darüber diskutiert, ob eine klassisch fest installierte Abstimmungsanlage wirklich mit der Mehrbenützung des Rossstalls funktioniert. Vielleicht gibt es dort auch eine unkompliziertere und günstigere Lösung, welche besser zu unserem Parlamentsbetrieb passt. Auch bei der Übertragung der Parlamentssitzungen haben wir uns gefragt, ob denn der Anbieter die richtige Lösung für unser Parlament ist.

Ob die Videoübertragung wirklich nötig ist oder Audio ausreichen würde, hat bei uns ebenfalls für Diskussionen gesorgt. Genauso wie die Frage, ob man dann die Daten wirklich archivieren und aufschalten muss. Für uns war bei der Übertragung per Video vor allem der Datenschutz ein Thema, darum ist für uns Punkt 6 auch sehr wichtig. Es ist heute sehr einfach, von einem Livestream eine Bildschirmaufnahme zu machen, darum ist es wichtig, sich zu überlegen, wie man mit solchen Sachen umgeht und diese möglichst verhindern kann damit es keinen Missbrauch der Daten gibt.

Auch dass man im Parlament Film- und Fotoaufnahmen machen kann, ist ein Mittel, welches die Politik nahbarer macht. Gleichzeitig sehen wir auch hier ein Risiko, da Aussagen aus dem Kontext gerissen oder willkürlich zusammengeschnitten werden können. Im Allgemeinen sind wir also gegenüber einer Lockerung dieses Verbots und der Möglichkeit einer Übertragung positiv gestimmt. Es muss aber definitiv noch besser ausgearbeitet werden. Darum stimmen wir einer Umwandlung dieser Motion in ein Postulat einstimmig zu.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ihr habt unsere Stellungnahme im Antrag auf Seite 6. Grundsätzlich ist der Gemeinderat der Meinung, dass der Parlamentsbetrieb in eurer Kompetenz ist und da wollen wir uns auch nicht einmischen und eigentlich haben wir zu den Punkten 1 bis 6 gar nichts dazu zu sagen.

Bei Punkt 7, wollen wir sagen, dass dies ein ziemlicher Kostenpunkt wäre, für etwas – und darum sagen wir etwas, weil wir finden, es ist aus unserer Sicht sehr aufwändig – das man im Könizer Parlament doch noch mit sehr einfachen Mitteln selber machen kann, nämlich die Stimmen zu zählen. Da würden wir euch aufgrund der Kosten beliebt machen, dass ihr diesen Punkt 7 ablehnt, unabhängig, ob jetzt Postulat oder nicht.

Sprecherin Parlamentsbüro, Selin López, FDP: Gerne möchte ich Namens des Büros noch einige Worte dem vorliegenden Geschäft widmen: Wir sind im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz, LLM, Gen AI, Social Media und Streamingdienste angelangt, aber der Parlamentsbetrieb ist noch so wie vor Jahrzehnten. Das Büro empfiehlt, mit der Zeit und mit dem technologischen Wandel der Zeit mitzugehen. Schlussendlich sind wir eine moderne Gesellschaft und wollen moderne Instrumente haben. Wäre es nicht schön gewesen, wenn mehr Leute aus Köniz der angeregte Diskussion bei der Jahresrechnung hätten folgen können? Die Jahresrechnung, die Diskussionen, das Hick und Hack, das wäre jetzt doch einmal etwas gewesen, was die Leute vielleicht einmal spannend gefunden hätten.

Mittels Motion der Grünen/Jungen Grünen, EVP-GLP-Mitte-Fraktion unter dem Titel "Digitaler Parlamentsbetrieb zur Stärkung der politischen Teilhabe" wurde das Büro mit der vorliegenden Antwort dieser Motion beauftragt. Ich habe zur Kenntnis genommen, wie auch bereits der Präsident, dass die Umwandlung in ein Postulat in Ordnung geht und auch der Versuch eines Testbetriebs sehr geschätzt wird.

Jetzt noch zu einigen Voten, welche hier gefallen sind: Es gab Äusserungen, dass man Ängste hat - unter anderem zu Deepfakes bei der SP/JUSO - und das nehmen wir sehr ernst. Der Auftrag, wie er ursprünglich gestellt wurde, hat auch genau das beinhaltet: Es muss verhindert werden können, dass hier irgendwelche Persönlichkeitsverletzungen geschehen.

Was vielleicht noch erwähnt werden kann, ist, dass viele Parlamente in der Schweiz solche Tools bereits im Einsatz haben - sei dies als Audio und/oder Videoaufzeichnung. Wenn man jetzt schaut: Ist die Gemeinde Köniz jetzt wirklich so spannend für solche Deepfakes? Da kann man ein grosses Fragezeichen setzen, auch wenn wir immer wieder sagen, Köniz ist die kleine Schweiz, ich glaube, da dürfen wir uns nicht zu gross fühlen.

Im Hinblick auf die vorgeworfene Salamiaktik, welche von der FDP vorgebracht wurde, kann ich versichern, dass wir die Prüfung der Kosten sehr genau genommen haben. Darum kam es auch so detailliert in dieser Antwort und wir werden diese Angebote sicherlich weiterhin kostenbewusst prüfen. So haben wir unter anderem im Büro bereits festgehalten, dass eine Abstimmungsanlage gemäss der vorliegenden Antwort tatsächlich etwas zu teuer wäre - da sind wir auch mit dem Gemeinderat einig. Aber trotzdem würden wir gerne nach weiteren Varianten, welche günstiger sind, weiter suchen und darum empfehlen wir eben auch, das Postulat beizubehalten und nicht abzulehnen.

Das Büro findet, die Zeit ist reif für einen Testbetrieb - kommen wir im 21. Jahrhundert an.

Erstunterzeichner, Lukas Erni, Grüne: Ich danke dem Parlamentsbüro vielmals für diese Zusatzausführungen. Die Firma, welche dies anbietet ist eine Schweizer Firma, ein Schweizer KMU, da müsste eigentlich die FDP naturgemäss bereits dafür sein. Diese Investitionen sind eigentlich eine lokale Wertschöpfung, welche hier stattfinden und das sind auch Löhne. Aber dies nur als Randbemerkung.

Es ist eine Umwandlung in ein Postulat. Mit dem wird noch gar nichts ausgegeben, sondern es geht wirklich nur darum, diese Sache weiter zu verfolgen – also doch, einmalig wird natürlich doch etwas ausgegeben, aber danach sind wir an nichts gebunden, sondern es geht darum, dies auszulegen und dies zu prüfen, so dass man sagen kann, ob dies etwas für uns ist oder nicht und in welcher Form. Wir kaufen keine Katze im Sack, wir wissen haargenau, was darin enthalten ist, wir wissen es danach sogar besser also zuvor und das ist bei den Geschäften nicht immer gegeben. Und darum habe ich das Gefühl, es ist super, wenn man dies testen kann und dann können wir am Schluss nochmals die Debatte führen, was genau für uns das geeignete Instrument ist.

Beschluss

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 28 Stimmen für erheblich erklären / 6 Stimmen für ablehnen / 3 Enthaltungen)

PAR 2025/42

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- V2515 Motion (Jugendparlament Köniz) "Wiedereinführung Jungbürger:innenfeier in der Gemeinde Köniz"
- V2516 Motion (Grüne, Junge Grüne, SP, JUSO) "ÖV on demand auch in Köniz"
- V2517 Motion (SP-JUSO, Grüne, Junge Grüne) "Einführung einer Mietzinskontrolle in Köniz – steigende Mieten sind kein Naturgesetz"
- V2518 Motion (EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Grüne/Junge Grüne Fraktion, SP/JUSO) "Schritte gegen invasive Neophyten"
- V2519 Anfrage (SVP-Fraktion) "Wirksamkeit und Kommunikation der Neophytenbekämpfung in der Gemeinde Köniz"
- V2520 Dringliche Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Auftrag der Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (KOP)?"
- V2521 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Schutzräume und Schutzanlagen in Köniz"
- V2522 Motion (SVP-Fraktion, FDP-Fraktion, EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Mehr Transparenz bei der Bezeichnung öffentlicher Leistungen der Gemeinde Köniz"
- V2523 Interpellation (FDP) "Verkehrssituation in der Gemeinde Köniz"
- V2524 Postulat (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Bilingualer Unterricht an den Könizer Schulen"

Diskussion

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Etwas weniger heiteres: Ihr habt es aus der Zeitung erfahren, unsere Partner-Gemeinde Blatten wurde am 28. Mai sehr hart getroffen und wir hätten gleichzeitig in diesem Jahr 60 Jahre Partnergemeinde Blatten-Köniz. Wir waren ziemlich betroffen, ihr vielleicht auch. Als Gemeinderat waren wir im vergangenen November in Blatten zu Besuch, wir hatten dort eine Klausur und es ist beinahe unvorstellbar, wie sich dort alles in ganz kurzer Zeit, innert nur weniger Minuten, geändert hat.

Wir haben im Vorfeld, als man gesehen hat, dass es sehr viel Bewegung am Berg gibt, mit unserer Partnergemeinde Kontakt gehabt, schon mehrfach. Das Letzte, was wir von ihnen gehört haben, bevor die Gesteinsmassen auf den Gletscher gestürzt sind und es dann diesen Bergsturz gab, war, dass sie eigentlich guten Mutes waren. Sie hatten das Gefühl, es komme portionenweise und werde nicht ganz so schlimm, doch leider kam es viel schlimmer, als man es sich im Vorfeld vorstellen konnte.

Ich weiss, dass viele von euch oder auch viele andere in Köniz einen Bezug zu Blatten haben. Das liegt daran, dass wir bereits seit 60 Jahren Partnergemeinde sind - das ist eine sehr lange Zeit und dies war nicht nur auf dem Papier der Fall, sondern es gab tatsächlich zu verschiedenen Zeiten immer wieder sehr viel Austausch. Ein grosser Austausch, welchen wir hatten, war mit dem Zivilschutz. Wir waren mehrfach dort, auch nach anderen Naturkatastrophen - sie waren einfach noch nie so schlimm, wie diese. Aber auch bei Lawinen oder Überschwemmungen war unser Zivilschutz bereits im Einsatz. Wir hatten aber auch auf anderer Ebene einen Austausch. Zum Beispiel konnten wir eine Zeit lang vergünstigt in Blatten Skifahren gehen. Darum gingen dann viele Könizerinnen und Könizer nach Blatten, und es gab auch Schullager in Blatten. Oder ihr habt vielleicht auch in den Medien gelesen, dass es bis letztes Jahr immer noch einen Austausch von Berufsschulen gab, welche dort arbeiten gingen und es fand auch auf exekutiver Ebene immer ein Austausch statt.

Für uns ist ganz klar, dass unsere Partnergemeinde uns jetzt mehr denn je braucht, dass diese Partnerschaft jetzt ganz wichtig ist. Wir haben als Gemeinderat beschlossen, dass wir eine Sofortspende in der Höhe von CHF 200'000 machen, einfach das, was in unserer Kompetenz liegt und sind aufgrund der vielen Rückmeldungen aus der Bevölkerung wirklich davon ausgegangen, dass es auch ein allgemeines Bedürfnis ist, dass wir dies machen.

Andererseits möchten wir einen Solidaritätsanlass im Herbst machen. Ihr wisst alle, die grossen Fragen kommen für Blatten erst. Im Moment ist es sehr schwierig alleine nur schon an das Aufräumen zu denken, da sich der Berg immer noch bewegt. Zum Teil müssen die Blattnerinnen und Blattner täglich die Bilder ihrer überschwemmten Häuser sehen, jene, welche noch stehen und können gar nichts machen.

Ich stelle mir dies als sehr schwierig vor. Aber auch für die Gemeindebehörde ist es im Moment sehr schwierig, da ihnen die Hände gebunden sind und sie gar nicht vorwärts machen können. Und man spürt und wer die Blattner Bevölkerung kennt, weiss auch, wie viel Kraft sie haben und wie stark sie es gewöhnt sind, mit der Natur und mit ihren Unwegsamkeit umzugehen und sie haben Pläne – das habt ihr vielleicht in den Medien auch bereits gesehen – wie sie es wieder aufbauen wollen. Und es ist uns allen klar, dass dies nicht über Nacht passieren wird und das wird einen langen Atem brauchen. Im Moment sind sehr viele Sachen noch unklar, sie bekommen sehr viel Unterstützung, aber sehr viele Sachen sind noch unklar, wie dies gehen soll, wie es weitergeht und wir sind der Meinung, dass wir dort langfristig dabei bleiben wollen und ihnen die Unterstützung zu geben, welche sie brauchen wollen und welche ihnen auch zusteht. Das wollte ich hier erwähnen, weil ich weiss, dass es viele von euch ebenfalls beschäftigt. Und sobald wir mehr wissen, werden wir euch dies sicherlich mitteilen, so, dass ihr dort dann auch einen Beitrag leisten könnt. Aber im Moment ist dies wirklich alles, was spruchreif ist.

Noch ganz zum Schluss: Wir haben auch versucht, sie in Ruhe zu lassen. Wir hatten zwar auch nach dem Unglück Kontakt, aber es ist allen klar, das ist solche eine Extremsituation. Wir haben viel Bewunderung für die Behörde in Blatten. Wer die eine oder andere Medienkonferenz gesehen hat - das war sicherlich gar nicht einfach. Dort ist gleichzeitig dein eigenes Haus betroffen, das von deinen Freunden, es ist ein Todesfall zu beklagen und unter dieser Extremsituation haben sie unglaublich funktioniert und uns ist auch allen klar, dass man irgendwann mal durchatmen muss und dass es jetzt das Letzte ist, was sie brauchen, dass wir sie ständig anrufen. Aber sie haben einen Brief des Gemeinderates erhalten, so dass die ganze Bevölkerung weiss, dass es für uns wichtig ist. Mit ganz vielen anderen Briefen zusammen hängt dieser in der Turnhalle von Wiler, ihrer Nachbargemeinde. Dem haben wir Ausdruck verliehen. Aber wir möchten auch um Verständnis bitten, dass wir sie jetzt auch nicht ständig behelligen, sie wissen alles, was wir bieten können und ich glaube, es braucht jetzt auch etwas Zeit, damit man an das Aufräumen und vor allem auch an den Wiederaufbau denken kann. Das möchte ich hier auch zu Händen des Protokolls sagen.

Wenn ihr Fragen habt, könnt ihr gerne auf mich zukommen und mir diese auch stellen. Und wenn ihr etwas machen wollt, dann könnt ihr mir dies gerne auch sagen.

Matthias Müller, EVP: Ganz spontan merci Tanja Bauer für diese proaktive Information dieser Situation, das ist uns allen auch sehr nahe gegangen.

Es ist jetzt bereits dunkel, darum wage ich jetzt doch noch eine Frage an den Gemeinderat zu stellen. Wir haben am 3. Juni aus dem Newsletter der Gemeinde Informationen gelesen, bezüglich der FILAG-Revision. Es gibt, wir wissen es jetzt leider, keine Anpassungen an die Realität von dynamischen Agglomerationen, wie wir eine sind. Ich teile diese Einschätzung und bin ebenfalls kritisch gegenüber dem Ergebnis, dass keine Zentrumslasten geltend gemacht werden können.

Wie steht der Gemeinderat aber generell zu dieser Gesetzesänderung? Steht er dieser positiv gegenüber? Das liest man in dieser Mitteilung eben nicht. Darum meine Frage: Befürwortet der Gemeinderat von Köniz diese FILAG-Revision so, wie sie jetzt vorliegt? Es geht doch immerhin um rund CHF 220'000 wiederkehrende Beiträge. Danke für die Beantwortung.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Es ist so, dass dies eine Vernehmlassung ist und du hast Recht, es geht natürlich um viel mehr, als nur um den Teil Köniz bzw. wir kommen eben gar nicht vor und das ist sehr bedauerlich. Aber es geht um den gesamten FILAG. Und diese Zentrumslasten sind das einzige, was massgeblich ändern soll und worüber man jetzt spricht. Aber es geht um den gesamten FILAG und das möchte ich hier jetzt ausdrücklich sagen. Dem steht Köniz positiv gegenüber, denn da sind auch sehr viele Sachen enthalten, welche uns nützen und welche durchaus sinnvoll sind. Und das hat der Gemeinderat auch bereits in der letzten Stellungnahme zu Protokoll gegeben. Die letzte Stellungnahme umfasste einen Bericht und liegt ein oder eineinhalb Jahre her und jetzt kommt die Gesetzesrevision und der Gemeinderat hat wieder eine Vernehmlassungsantwort eingegeben.

In dieser Antwort sagen wir, dass wir grundsätzlich positiv eingestellt sind und wir äussern uns nicht über die Zentrumslasten der anderen grossen Gemeinden, denn dazu gibt es einen überwiesenen Vorstoss - es ist nur ein Postulat - aber da finden wir, als Gemeinde Köniz müssen wir nicht Stellung nehmen. Es soll der Grosse Rat und die Fraktionen besprechen, ob jetzt Burgdorf und Langenthal in diesen Zentrumsstopp hineindürfen. Was aber wichtig zu wissen ist: Burgdorf und Langenthal dürfen heute bereits wie Thun, Bern und Biel, Abzüge im HEI machen, es gibt eben zwei Zentrumsausgleiche und Köniz hatte eigentlich angestrebt, in diesen zweiten Bereich hineinzukommen, welche die anderen schon lange haben. Das ist also nicht dieser Topf, sondern da geht es wirklich darum, dass man gewisse Auslagen, welche man tatsächlich hat und man nachweisen kann, auch geltend machen kann. Und dort wurden wir nicht begrüsst.

Wir haben zu Handen des Regierungsrates erneut zu Protokoll gegeben, dass wir damit nicht einverstanden sind und dass wir sehr enttäuscht sind. Das ist im Grunde der Inhalt der Medienmitteilung, welche wir auch dem Regierungsrat mitgeteilt haben.

Und es wird auch ins Parlament, also in den grossen Rat kommen und dort wird die Debatte schliesslich stattfinden. Wir werden sicher mit den Könizer Grossrätinnen und Grossräten Kontakt aufnehmen und versuchen, dies in diesem Sinn zu besprechen. Allerdings finden wir, es steht dem Gemeinderat von Köniz nicht unbedingt zu, jetzt hier ein Urteil zu bilden, wie man mit den anderen Gemeinden umgehen soll. Wir haben darauf hingewiesen, dass es Mehrkosten für die anderen Gemeinden gibt, aber das ist bei anderen Verschiebungen im FILAG auch der Fall.

Wir werden uns aber weiter dafür einsetzen, dass wir dort wahrgenommen werden. Dieser FILAG wird immer wieder angeschaut und revidiert. Was wir besonders bedauern ist, dass es ein Zurückschauen ist, anstatt ein nach vorne schauen. Diese Diskrepanz wird zunehmend grösser werden.

Wir sind vielleicht auch nicht die einzige Agglo-Gemeinde, welche hier betroffen ist oder welche Zentrumsfunktionen hat und wir bedauern es vor diesem Hintergrund schon, dass man nicht einmal versucht hat, mit uns das Gespräch zu suchen, damit wir erklären können, was unsere Anliegen sind. Das wäre das Minimum gewesen, was wir erwartet hätten. Am liebsten möchten wir natürlich, dass man sich fundiert überlegt, wenn die Raumplanung so grundlegend ändert, dass es dann vielleicht auch eine Änderung der finanziellen Mechanismen dazu braucht – Stichwort "innere Verdichtung", welche bei uns ja sehr stark passieren soll und welche wirklich eine Veränderung der Gleichgewichte in der ganzen Region bringen soll und man will sicherlich auch nicht, dass wir eine reine Schlafagglomeration sind, sondern dass man es qualitativ macht. Qualitativ bedeutet ja auch automatisch, dass man eigentlich Zentrumsfunktionen mitentwickeln soll und da fehlt mir wirklich auch von der Regierung der Weitblick und die Debatte. Und dort werden wir uns auch über diese Revision hinaus einbringen. So etwas kann einige Revisionen gehen, bis man gehört wird, aber man kann dann natürlich auch sagen, wir haben dies bereits 2025 gesagt und wir haben es bereits 2023 gesagt, es gibt also eine Dokumentation, dass wir schon sehr früh darauf aufmerksam gemacht haben und wir werden dort einfach nicht locker lassen.

Reto Zbinden, SVP: Ich habe eine etwas weniger komplizierte Frage, denn das ist wirklich etwas sehr komplexes mit diesem FILAG, aber ich kann von meiner Seite her sagen, wir bleiben da sicherlich dran. Mir geht es um den Bären in Niederscherli. Dort konnte die Gemeinde ja den Saal wieder übernehmen und soweit ich mich erinnere, war da mal eine Information mit den Vereinen. Mich würde es hier interessieren, ab wann die Vereine damit rechnen können, dass man diesen wieder nutzen kann? Wie ist der Zeitplan? Wenn man hier das Parlament darüber updaten könnte - das muss auch nicht heute sein, es kann auch das nächste Mal sein.

Parlamentspräsident Casimir von Arx: Vom Gemeinderat will heute dazu niemand etwas sagen, dann wird die Beantwortung an der nächsten Sitzung erfolgen.

Wenn es keine Voten mehr aus dem Parlament gibt, dann habe ich noch einige Informationen:

- Das erste: Der Sitzplan, welchen wir haben, diesen gibt es neu mit Fotos, ihr findet ihn im Internet.
- Dann hat das Parlamentsbüro heute im Vorfeld der Sitzung über die Verlängerung der Beantwortungsfristen von zwei Vorstössen beraten und folgende Beschlüsse gefällt:
 - V2503 Postulat SP/JUSO "Umsetzung Istanbul-Konvention". Die Beantwortungsfrist wird nicht verlängert.
 - V2506 Motion EVP-GLP-Mitte-Fraktion und Grüne/Junge Grüne-Fraktion "Förderung von Photovoltaikanlagen in der Gemeinde Köniz": Die Beantwortungsfrist wird ebenfalls nicht verlängert.

Dazu noch eine Anmerkung: Der Gemeinderat hat in seinem Antrag mit ähnlichen Themen argumentiert, welche man gemeinsam besprechen oder debattieren könnte. Wir finden diese Anregung gut. Im Grossen Rat gibt es die sogenannte gemeinsame Beratung, in welcher man ähnliche Geschäfte in einem beraten kann und dadurch Zeit spart. Wir haben für dies hier aber keine klaren reglementarische Grundlagen, aber das Büro stellt in Aussicht, dass es diese Grundlage schafft, damit wir dies zukünftig so machen können.

Über den dritten Verlängerungsantrag, welcher ebenfalls noch vorliegt, haben wir noch keinen Beschluss gefasst.

- Dann ein Hinweis: Ich informiere euch gerne noch über den geplanten Austausch mit Mitgliedern anderer Berner Gemeinde- bzw. Stadtparlamente am 18. August 2025. Im Rahmen eines kleinen Apéros im neueröffneten Restaurant zum Schloss, besteht vor unserer Parlamentssitzung im August die Möglichkeit, sich mit anderen Parlamentsmitgliedern aus anderen Gemeinden informell auszutauschen und den einen oder anderen Kontakt zu knüpfen. Die Einladung folgt in den nächsten Tagen.
- Dann komme ich noch zu den groben Eckpunkten des Parlamentsausflugs: Das Datum, 29. August, ab 17.00 Uhr, haben wir bereits bekannt gegeben. Die groben Eckpunkte werden euch noch vor den Sommerferien bekannt gegeben. Es wird mit Essen, Trinken, Bewegung, Kreativität und Wissen ein volles Abendprogramm geben.

Die nächste Parlamentssitzung findet am 18. August 2025 statt. Die Sitzung ist geschlossen.

Im Namen des Parlaments

Casimir von Arx
Parlamentspräsident

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament